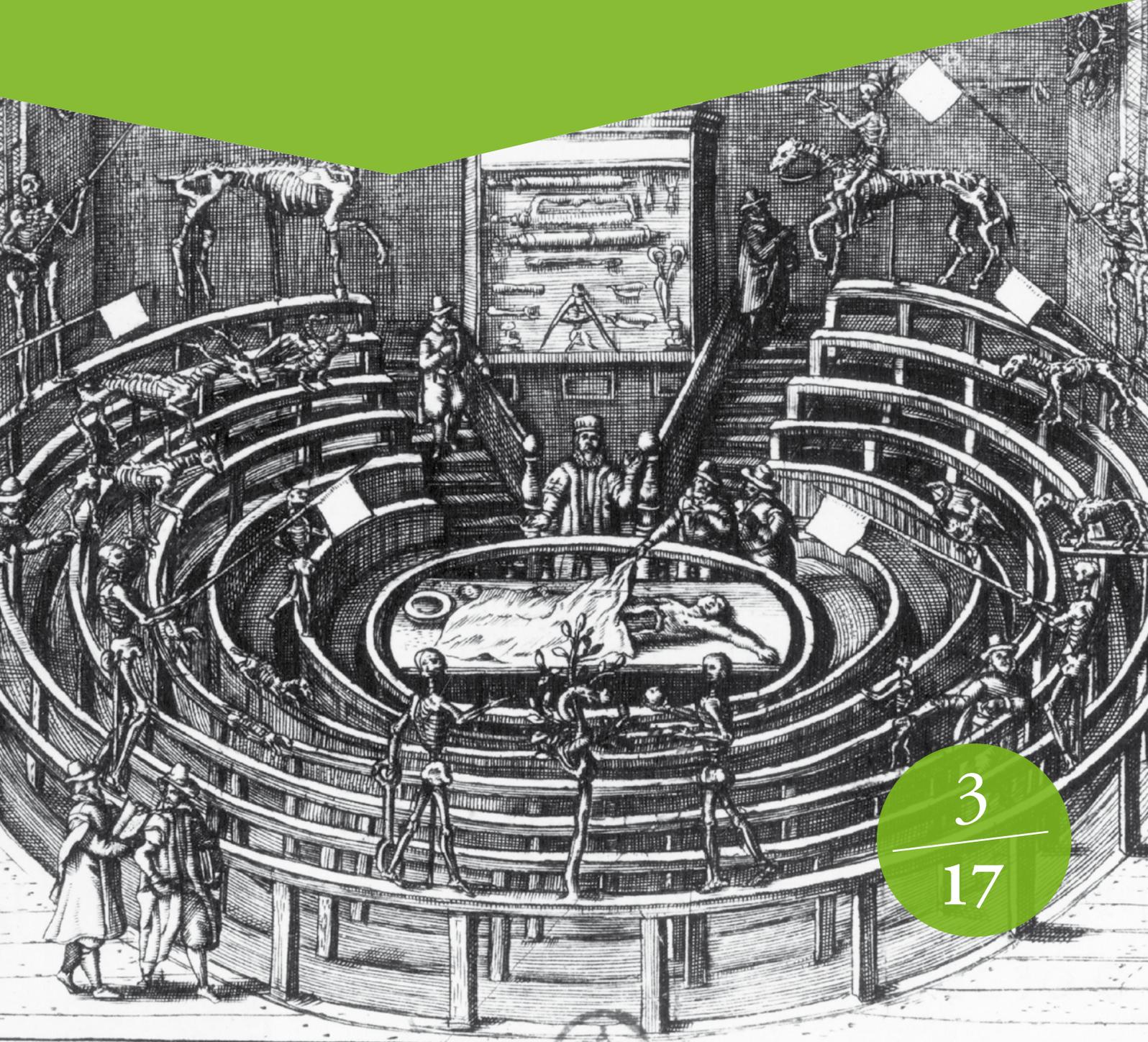




Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



3
—
17

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

unser Titelbild zeigt diesmal nicht etwa ein frühneuzeitliches Parlament, sondern einen niederländischen Stich aus dem Jahr 1612, der einen anatomischen Seziersaal wie eine Theaterbühne inszeniert. Der Chirurg in der Bildmitte wirkt wie ein hoher Priester des Fortschritts. Religiöse Motive sind marginalisiert: so zum Beispiel Adam und Eva und der Baum der Erkenntnis. Im Mittelpunkt steht die wissenschaftliche Erforschung der menschlichen Natur und damit der medizinische Fortschritt. Mit letzterem befasst sich in diesem Heft auch Roland Brey in seinem Beitrag über den Arzt Dr. Schleis von Löwenfeld, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts in der Oberpfalz wesentlich zu der Einführung eines modernen Gesundheitswesens beitrug.

Außerdem lesen Sie folgende Beiträge:

- Natascha Wodin, Autorin der preisgekrönten dokumentarischen Biographie „Sie kam aus Mariupol“, erzählt über die Hintergründe ihrer Familiengeschichte;
- in der Serie über den Russischen Revolutionszyklus befasst sich Klaus Gestwa in Teil 2 mit der Ereignisgeschichte der Jahre 1904-1914;
- im dritten Teil der Serie zur Bundestagswahl 2017 diskutieren Jan Dinter und Kristina Weissenbach TV-Duelle als in der Bundesrepublik relativ neues, aber einflussreiches Wahlkampfinstrument;
- und Kristina Milz beschreibt in ihrem Länderporträt Israel ihre durchaus widersprüchlichen Eindrücke von dem Land der „Start-ups, Siedler und „smarten Pazifisten““.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre! Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@stmbw.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Dr. med. Roland Brey ist seit 2002 Leiter des Gesundheitsamtes Amberg (zuständig für die Stadt Amberg und den Landkreis Amberg-Sulzbach).

Jan Dinter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Kommunikationsstress im Ruhrgebiet. Die Gesprächsstörung zwischen Politikern, Bürgern und Journalisten“ an der NRW School of Governance (Universität Duisburg-Essen) und forscht zu den Themen Politische Kommunikation, demokratische Öffentlichkeit und politische Beteiligung.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Kristina Milz ist Fachjournalistin für den Nahen Osten, Doktorandin der Zeitgeschichte und Mitarbeiterin im Institut für Zeitgeschichte.

Dr. Kristina Weissenbach ist Akademische Rätin an der Universität Duisburg-Essen und koordiniert den Forschungsbereich der NRW School of Governance. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Parteieninstitutionalisierung, Entstehungsprozesse neuer Parteien und Politische Kommunikation.

Inhalt



„Ich bin in einem doppelten Schweigen aufgewachsen“

Gespräch mit der Schriftstellerin Natascha Wodin
Interview: Monika Franz

4



Der Russische Revolutionszyklus, 1905-1932

Teil 2: Geschehnisse, 1904-1914
von Klaus Gestwa

12

Das TV-Duell im Bundestagswahlkampf 2017

Sein Stellenwert und Wirkungspotential zum Höhepunkt des Wahlkampfes
von Jan Dinter und Kristina Weissenbach

32



Israel: Start-ups, Siedler und „smarte Pazifisten“

Länder des Nahen Ostens im Portrait
von Kristina Milz

44

„Zum Beweise seines Bestrebens, dem Staate nützlich zu seyn und immer nützlicher zu werden“

Die Gesundheitsberichte des Landgerichtsarztes Dr. Schleis von Löwenfeld
 (1772-1852)
von Roland Brey

64

— 73 —
 Uebersicht der Krankheitsformen,
 welche die Menschen im Reiche Solcher,
 Surben Ind.

Namen der Krankheiten		Namen der Krankheiten	
Erkrankung	14 15 16	Starkkrankheit	17 18 19
Starkkrankheit	20 21 22	Starkkrankheit	23 24 25
Starkkrankheit	26 27 28	Starkkrankheit	29 30 31
Starkkrankheit	32 33 34	Starkkrankheit	35 36 37
Starkkrankheit	38 39 40	Starkkrankheit	41 42 43
Starkkrankheit	44 45 46	Starkkrankheit	47 48 49
Starkkrankheit	50 51 52	Starkkrankheit	53 54 55
Starkkrankheit	56 57 58	Starkkrankheit	59 60 61
Starkkrankheit	62 63 64	Starkkrankheit	65 66 67
Starkkrankheit	68 69 70	Starkkrankheit	71 72 73
Starkkrankheit	74 75 76	Starkkrankheit	77 78 79
Starkkrankheit	80 81 82	Starkkrankheit	83 84 85
Starkkrankheit	86 87 88	Starkkrankheit	89 90 91
Starkkrankheit	92 93 94	Starkkrankheit	95 96 97
Starkkrankheit	98 99 100	Starkkrankheit	101 102 103

„Ich bin in einem doppelten Schweigen aufgewachsen“

„Ich bin in einem doppelten Schweigen aufgewachsen“

Ein Gespräch mit der Schriftstellerin Natascha Wodin



*Natascha Wodin 2009
Foto: ullstein bild/Fotograf: Schleyer*

Die Schriftstellerin Natascha Wodin (bekannt unter anderem durch ihren Roman „Nachtgeschwister“) rekonstruiert in ihrer dokumentarischen Familienbiographie „Sie kam aus Mariupol“ die tragische Biographie ihrer Mutter und deren russisch-ukrainischer Familie. Schon in der Ukraine aufgrund ihrer großbürgerlichen Herkunft von den Sowjets beraubt und verfolgt, werden die Eltern in Deutschland als Zwangsarbeiter in der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie jahrelang ausgebeutet. Nach dem Krieg gelingt es der Familie, der Repatriierung in die Sowjetunion zu entgehen; sie ist aber gezwungen, sich in größtem materiellem Elend in verschiedenen Lagern für (kurs.) displaced persons durchzuschlagen. Entwurzelt und gebrochen durch die Aussichtslosigkeit ihrer Situation, nimmt sich Wodins Mutter das Leben.

Natascha Wodins lakonische Erzählung wirft ein Schlaglicht auf ein Schicksal, das Millionen von deportierten Menschen im 20. Jahrhundert erlebt haben. Sie erzählt von den Diskriminierungen, denen DPs im Nachkriegsdeutschland ausgesetzt waren, von dem Umgang mit dem schweren Schicksal ihrer Eltern und dem langsamen Weg in die Mitte der Gesellschaft.

Für „Sie kam aus Mariupol“ wurde Natascha Wodin 2017 der Preis der Leipziger Buchmesse verliehen.

LZ: Was bedeutet es für Sie, dass die deutsche Gesellschaft, die Sie zu Beginn Ihres Lebens so fürchterlich behandelt und diskriminiert hat, Sie jetzt so umarmt und preist?

Natascha Wodin: Ich muss sagen, dieses Gefühl, verachtet und abgelehnt zu werden, ist schon sehr lange vergangen. Ich habe ja auch schon vor dem Buchpreis in diesem Jahr viele Auszeichnungen bekommen und das Leben hier ist für mich zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Die Zeit meiner Jugend ist heute schon für mich sehr verschwommen. Ich bin fast 72 – und die Diskriminierungen haben in dem Moment aufgehört, als ich mit neunzehn Jahren einen deutschen Mann geheiratet habe und mit ihm nach München gezogen bin, wo mich niemand kannte. Ich hatte jetzt einen deutschen Nachnamen und die deutsche Staatsbürgerschaft. Das hat mein Leben entscheidend verändert.

München war wirklich mein Aufbruch. Als ich 1970 – stolz, Deutsche und Münchnerin zu sein, und auch mein Mann wollte das so gerne - mit Dirndl und Haarteil zur Sprachenschule gegangen bin, haben sich alle kaputt gelacht, waren aber trotzdem sehr nett zu mir. Ich bin unter die „Achtundsechziger“, die Studenten, geraten und die



1983

Foto: sz photo/Fotografin: Brigitte Friedrich

haben mich erstmal über vieles aufgeklärt. Von ihnen habe ich zum ersten Mal gehört, dass nicht die Russen, sondern die Deutschen den Krieg begonnen hatten. Das war uns in der Schule von den Lehrern anders erklärt worden – auch immer ein bisschen auf mich als „die Russin“ gemünzt.



Cousinen der Mutter und ihr Bruder Sergej am Dnjepr, ca. 1927
Fotos: privat



Lidia, die Schwester der Mutter, ca. 1935

LZ: Was wurde denn in Ihrer Familie erzählt?

Natascha Wodin: Da wurde darüber nicht gesprochen. Ich bin in einem doppelten Schweigen aufgewachsen. Meine Familie, meine Eltern haben über etwas Anderes geschwiegen als die Deutschen. Ich war irgendwie in diese zwei Schweigen eingemauert und habe nichts gewusst und verstanden.

LZ: Haben die Demokratisierungs- und Aufklärungskampagnen der – in Ihrem Fall amerikanischen – Besatzungsmacht überhaupt nicht gewirkt?

Natascha Wodin: Was glauben Sie, in einer Kleinstadt in Franken nach dem Krieg, in einer Zeit, in der jeden Tag vor den Russen gewarnt wurde, noch vor kurzem wurden sie als böartige barbarische Wesen mit Hörnern und Schwänzen dargestellt. Die Russen waren der Weltfeind, gegen die Angst vor ihnen war kein Kraut gewachsen, das war eine regelrechte Phobie, der Mythos vom Bösen. Ronald Reagan hat Russland ja noch im Jahr 1983 als das „Reich des Bösen“ bezeichnet....

LZ: Wenn man Ihre Familie betrachtet, sieht man eine sehr komplexe Geschichte, die in der Biographie Ihrer Mutter mit dieser doppelten Anfeindung durch Kommunisten und Nationalsozialisten ihre tragische Seite zeigt.

Natascha Wodin: Die Anfeindungen gab es auch schon früher! Mein Großvater hatte sich bereits in der Zarenzeit den Bolschewiki angeschlossen und wurde deshalb für 20 Jahre nach Sibirien verbannt. Später wurde er dann vom Sowjetregime verfolgt, für das er ja gekämpft und sein Leben eingesetzt hatte. Und natürlich war die ganze Familie in Lebensgefahr. Ehemalige Aristokraten und Kapitalisten waren Volksfeinde und gehörten auf den Müll der Geschichte.

LZ: Ihre Mutter wurde gleichsam zwischen den Mühlsteinen der Geschichte zerrieben.

Natascha Wodin: Ja, meine Mutter hat überhaupt nichts anderes erlebt als Gewalt. Aber ich denke, das ist im letzten Jahrhundert nichts Besonderes gewesen, das war das Schicksal von Millionen. Und wenn man heute auf die Welt blickt – Gewalt an allen Ecken und Enden.

LZ: Für Ihre Mutter gab es überhaupt keinen Ausweg. Auf gar keinen Fall konnte sie nach Kriegsende in die Sowjetunion zurückgehen...

Natascha Wodin: Da hätte man sie umgebracht. Das hat sie dann lieber selber gemacht. Ich kann das heute nachvollziehen. Sie hatte keinen Weg. Im Ghetto in der fränkischen Kleinstadt waren wir die einzigen Russen. Dort



Drei Geschwister: Natascha Wodins Mutter (Mitte) mit Bruder Sergej und Schwester Lidia, ca. 1928
Fotos: privat



Natascha Wodin mit Vater und Schwester am Grab der Mutter, ca. 1957

mochte man uns nicht. Die Russen mochten niemand. Auch die osteuropäischen Zwangsarbeiter, die da lebten, hassten uns. Meine Eltern und vor allem meine Mutter waren immer auf der falschen Seite.

LZ: War niemand in der Lage zu unterscheiden zwischen Regimeanhängern und „normalen“ Menschen?

Natascha Wodin: Heute sind wir aufgeklärt und sehen die Dinge differenzierter. Aber damals war es finster; viele Menschen waren innerlich zerbrochen und zerstört von der Verschleppung und der Zwangsarbeit. Da war einfach nur irrationaler Hass.

LZ: In einer Szene Ihres Buchs beschreiben Sie, wie Sie Ihre Mutter von einem deutschen Mädchen außerhalb des Hofes wegrißt. Wie haben Sie sich die Handlung Ihrer Mutter erklärt?

Natascha Wodin: Das ist relativ einfach– wir lebten ja nach meiner Erinnerung bei einem Fabrikbesitzer, waren fünf Jahre von ihm geduldet auf dem Fabrihof. Wir lebten versteckt – illegal und für alle die ganz Fremden und Ausätzigen. Eigentlich hätten wir in ein Lager für *Displaced Persons* gehört; meine Eltern wollten da aber absolut nicht hin und haben das auch irgendwie geschafft. Der Fabrikbesitzer war wohl ein human eingestellter Deutscher - er

machte sich mit dieser Duldung eigentlich strafbar. In der von Ihnen genannten Situation lief ich als Kind auf das Nachbargrundstück. Meine Mutter wollte mich schützen, wahrscheinlich wollte sie verhindern, dass wir entdeckt werden und doch in das Valka-Lager in Nürnberg kommen. Das war in unseren Augen die verrufenste Gegend der Welt. Da lebten zusammengewürfelt alle Zwangsarbeiter aus allen osteuropäischen Ländern; die Leute waren alle fix und fertig. Alle hatten sie – wie man es heute nennen würde – posttraumatische Belastungsstörungen. Man bekam im Monat 12,50 Mark für den Lebensunterhalt. Davon konnte man nicht leben, und deswegen ging man Schwarzarbeiten nach. Es wurde gestohlen, geschlagen, sogar gemordet. Da ging es wüst zu, weil Tausende Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht waren. In einer Baracke lebten 30 – 50 Menschen. Man hatte keine Privatsphäre. Meine Mutter hatte panische Angst davor, in dieses Lager zu kommen, aber es blieb ihr schließlich doch nicht erspart.

LZ: Bei den Repatriierungen ist es zu beispiellosen Szenen und Suizidwellen gekommen, weil diesem Aufruf sehr viele aus Angst um ihr Leben nicht nachkommen wollten.

Natascha Wodin: Es gab solche, die wollten sehr gerne zurück, die meisten haben das später bereut. Aber man

hatte normalerweise keine Wahl, man wurde zwangsrepariert. Wie meine Eltern es geschafft haben, in Deutschland zu bleiben, und auch so einige andere, konnte ich nicht aufklären. Das waren Ausnahmefälle. Viele wollten auf gar keinen Fall zurück, haben sich zum Teil den Amerikanern zu Füßen geworfen und haben gebettelt „Lasst uns hier, lasst uns hier.“

LZ: Wann ist Ihnen klar geworden, dass die Wahrheit anders aussah, als Ihnen erzählt worden war? Dass NS-Deutschland den Krieg begonnen hatte usw. – haben Sie nicht eine große Wut bekommen?

Natascha Wodin: Das haben mir, wie schon gesagt, erst die Achtundsechziger erklärt, sie haben mich aus mei-



*Natascha Wodins Mutter in Mariupol, ca. 1943
Foto: privat*

nem Dornröschenschlaf erweckt. Das hatte fatale Folgen für mich. Ich habe nicht mit Wut reagiert, sondern mit Selbsterstörung. Mich haben krankhafte, irrationale Ängste überfallen, deren Ursache ich lange Zeit nicht verstehen konnte. Das gelang erst sehr langsam in einer Psychotherapie. Wenn ich mir heute die Welt ansehe, bin ich froh, dass ich in Deutschland leben kann. Aber ich habe teuer dafür bezahlt. Ich war lange Zeit meines Lebens psychisch krank und konnte die Wohnung nicht verlassen, die Außenwelt war zu einer lebensbedrohlichen Fremde für mich geworden. Zu einer Zeit, als ich eigentlich längst hätte frei und selbstbestimmt leben können. Ein Linker, der die Psychologie für eine bürgerliche Wissenschaft hielt, sagte damals zu mir: „Du solltest lieber an der Veränderung der Welt arbeiten, anstatt deine privaten Wehwehchen zu kurieren.“ Die Achtundsechziger haben mich irgendwann tatsächlich wütend gemacht mit ihrer Arroganz und ihrer ständigen inquisitorischen Fahndung nach Überresten von Bürgerlichkeit in den eigenen Reihen. Aber ohne sie wäre ich heute nicht da, wo ich bin. Es hat nur sehr lange gedauert, Jahrzehnte, bis ich zu mir kommen konnte. Die traumatischen Erfahrungen meiner Kindheit haben dazu geführt, dass ich mein Leben nicht leben konnte.

LZ: Das ist eine harte Aussage.

Natascha Wodin: Wenn ich mein Leben hätte leben können, hätte ich heute ein ganz anderes Leben. Ich weiß nicht, was für eines, aber es wäre anders. Vieles ist eine Folge dieser Zeit. Deswegen bin ich auch Schriftstellerin geworden. Ich habe begonnen zu schreiben, als ich begonnen habe verrückt zu werden. Als ich nicht mehr aus dem Haus gehen konnte. Da hatte ich keine andere Wahl mehr. Ich habe schon als Kind geschrieben, weil ich sehr einsam war und niemanden zum Reden hatte. Das Schreiben war lange Zeit mein einziges Ausdrucksmittel. Inzwischen leide ich an einer Art Formulierungszwang. Ich muss alles, was ich sehe und erlebe, sofort in Worte fassen, es festhalten. Erst durch die Worte wird das Erlebte wirklich.

LZ: Ganz anderes Thema: Was verbinden Sie heute mit Bayern?

Natascha Wodin: Ehrlich gesagt, habe ich zu Bayern immer noch nicht die große Liebe. Es ist merkwürdig, ich komme zum Beispiel nach Forchheim und schon springt mir ein Frosch im Magen. Ich steige in Ansbach aus dem Zug und werde in meine Kindheit versetzt. Mit München verbinde ich wegen meiner privaten Verhältnisse auch

nichts so Gutes. Ich hatte geheiratet, um aus Franken wegzukommen. Der Vater meines Mannes war ein alter Nazi, und sie haben versucht, die „kleine Russin“ umzuerziehen. Diese schreckliche Ehe und danach der große Zusammenbruch - auch das alles hat sich in Bayern abgespielt. Erst mit Wolfgang Hilbig habe ich 1987 Bayern verlassen, wir lebten sechs Jahre im rheinland-pfälzischen Edenkoben, wo wir uns fühlten wie im Urlaub auf Lebenszeit. Wäre nicht die deutsche Einheit dazwischen gekommen, wären wir da geblieben, und alles wäre anderes gekommen. Die deutsche Einheit war für mich persönlich das Ende für viel Gutes und viel Schlechtes.

LZ: Ist heute Berlin also der einzige Ort, an dem Sie wohnen können?

Natascha Wodin: Vielleicht schon. Berlin war in der Nachwendzeit absolut mein Ort. Ich bin nach Berlin gekommen und habe zwar geheult, weil ich wusste, ich habe mein Paradies in Edenkoben verloren. Aber gleichzeitig wusste ich, an diesem Berlin komme ich nicht vorbei. Berlin war die Ost-West-Achse und ist es auch heute noch. Als ich kurz nach der Wende hierher gezogen bin, das war die schönste Zeit meines Lebens. Das beschreibe ich ja in den „Nachtgeschwistern“.

Ich habe hier wieder russische Freunde, spreche jeden Tag russisch und insofern hat sich ein Kreis geschlossen. Allerdings bin ich inzwischen etwas stadtmüde und würde gerne rausziehen in die Natur.

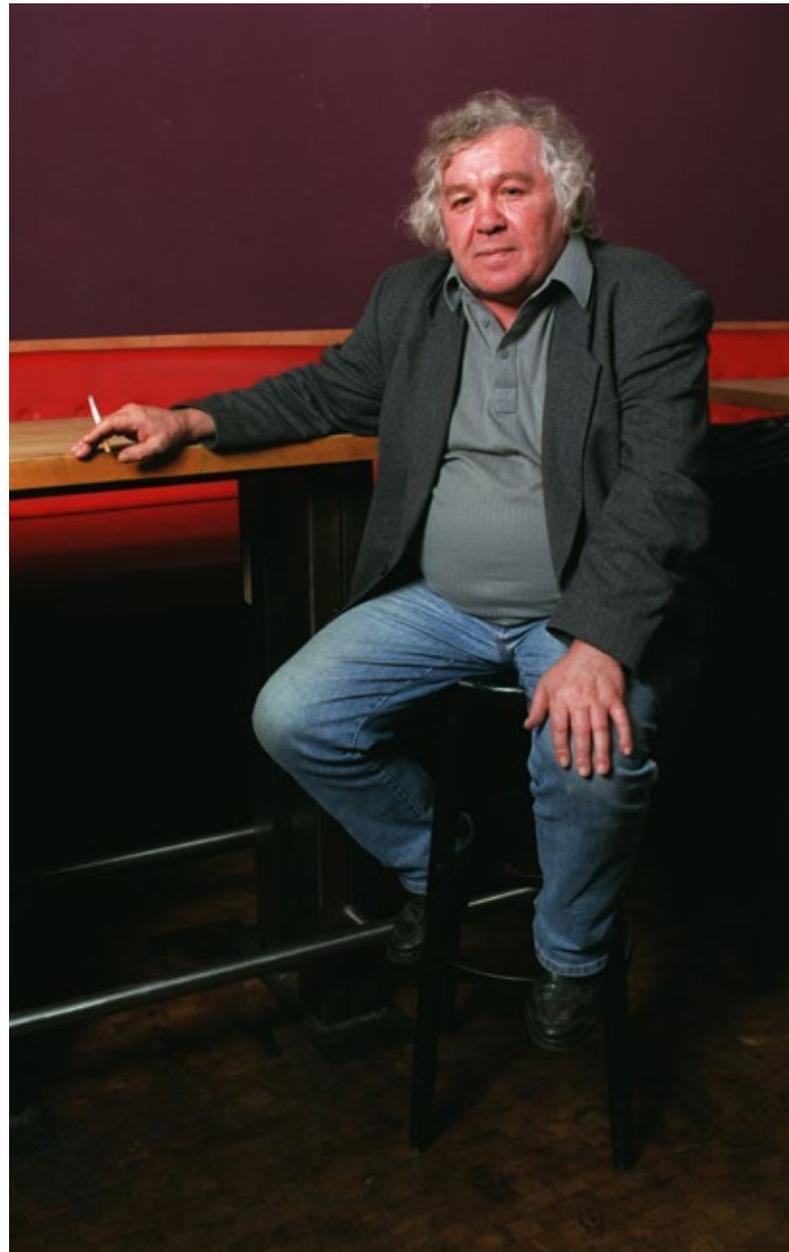
LZ: Wolfgang Hilbig hat angeblich gesagt, er habe den Westen überhaupt nicht vertragen. Konnten Sie da nicht ein bisschen „dolmetschen“?

Natascha Wodin: Stimmt. Ich war ja eigentlich östlicher als er, aber für ihn war ich „die Wessi“ – ist das nicht grotesk? War ich in Moskau, war ich die Deutsche, in Bayern die Russin, bei Wolfgang Hilbig war ich die Westdeutsche.

LZ: Was steht für Sie für den Westen?

Natascha Wodin: Für Wolfgang Hilbig waren die Westmenschen die „Übermenschen“. Er trug einen schweren Ostkomplex mit sich herum. Und er war nicht der einzige Ostdeutsche, dem das so ging. Ich glaube, das ist etwas, was die meisten Westdeutschen nicht verstehen.

LZ: Kann man heute überhaupt noch dezidiert von West- und Ostdeutschen sprechen? Meistens geht es hier doch nur um Stereotypen.



Wolfgang Hilbig, u.a. Bachmann- und Georg-Büchner-Preisträger, Köln 2002
Foto: Teutopress/sz-photo

Natascha Wodin: Kann sein, dass das für heutige junge Generationen gar kein Begriff mehr ist. Aber Menschen, die in der DDR groß geworden sind, sind natürlich auch heute noch geprägt von dem damaligen Leben. Diese Prägungen wird man ja nie los.

LZ: Wie wäre denn dann der richtige Umgang miteinander?

Natascha Wodin: Ich glaube, das braucht einfach immer noch Zeit. Man wollte, dass die Deutschen über Nacht wieder ein Volk werden. Das hat nicht funktioniert und

funktioniert ja bis heute nicht. Viele Menschen im Osten fühlen sich immer noch überfahren, allein gelassen. Man muss ihnen Zeit geben, in das neue System hineinzuwachsen, die ganz andere Lebensform für sich anzunehmen, weil eine andere nun einmal nicht mehr zur Verfügung steht. Man müsste viel mehr miteinander sprechen, stattdessen ziehen sich viele ins Altbekannte und Vertraute zurück. Aber das gilt natürlich nur für die Menschen, die noch in der DDR aufgewachsen sind. Die neuen Generationen können sich zum größten Teil das Leben in der DDR gar nicht mehr vorstellen.

LZ: Verstehen Sie das Argument mit der angeblichen „Nicht-Anerkennung der „Lebensleistung““?

Natascha Wodin: Ich frage mich oft, wie es wohl umgekehrt gewesen wäre, wenn wir eines Tages im Osten aufgewacht wären und man uns gesagt hätte, dass wir jetzt in der DDR leben müssen. Und alles vergessen sollen, was vorher war, ein wertloses Leben, ein Leben, das eigentlich gar nicht zählt. So hat man das ja den Menschen tatsächlich oft gesagt.

LZ: Hat man nicht eher gesagt: Ihr musstet in einem diktatorischen System leben, das schlecht war, nicht: „Ihr wart schlecht?“, sondern: „Ihr wurdet nach der Nazi-Diktatur Opfer eines neuen Regimes“?

Natascha Wodin: Das sehen viele Ostdeutsche nicht so. Sie trauern ihrer wirtschaftlichen Sicherheit nach. In der DDR hat man nicht grade luxuriös gelebt, aber man war von der Wiege bis zum Grab versorgt. Die materielle Sicherheit ist ja nicht zu unterschätzen, nach der strebt jeder Mensch, und bei weitem nicht jeder erreicht sie, auch nicht in unserem heutigen reichen Deutschland. Die meisten Menschen lebten in der DDR doch einen ganz normalen Alltag, sie waren nicht ständig mit dem System beschäftigt. Gleichzeitig wussten sie natürlich, dass die Westdeutschen tolle Autos fahren, reisen durften, jedes Buch lesen konnten, das sie lesen wollten. Viele Missverständnisse entstehen, wenn man sich nicht bewusst macht, von welchem Standpunkt aus ein anderer Mensch spricht.

Ich hatte mit einigen Ostdeutschen große und groteske Missverständnisse, und manche Beziehungen mussten beendet werden. Wir fanden einfach keine gemeinsame Sprache. Es gab viel gegenseitige Anklage.

LZ: Manchmal auch in Form eines fortgesetzten Täter-Opfer-Schemas, wie es z.B. bei Christa Wolf oft anklingt?

Natascha Wodin: Christa Wolf hat den Westen abgelehnt. Diese Haltung verstehe ich. Sie wollte nicht im Kapitalismus leben. Man hat sie gezwungen. Sie hätte gerne die DDR verändert.

LZ: Aber dieses Land als das „menschlichere“ darzustellen, ist trotzdem problematisch. Ein Land, in dem es den „unerwarteten Nahschuss“ gab.

Natascha Wodin: Ich glaube nicht, dass jemand den Staat der DDR als den menschlicheren darstellt. Aber das Zusammenleben der Menschen scheint in vielem angstfreier, offener gewesen zu sein als bei uns. Eine Nachbarin, eine ostdeutsche Pfarrerstochter, hat mir neulich gesagt, sie sei so dankbar für die Jahre, die sie ohne Geld leben durfte. Bei uns hingegen entscheidet das Geld ja über fast alles, was ich sehr traurig finde.

LZ: Wie sehen Sie die heutige Entwicklung der Ost-West-Kontakte, etwa zwischen „dem“ Westen und Russland?

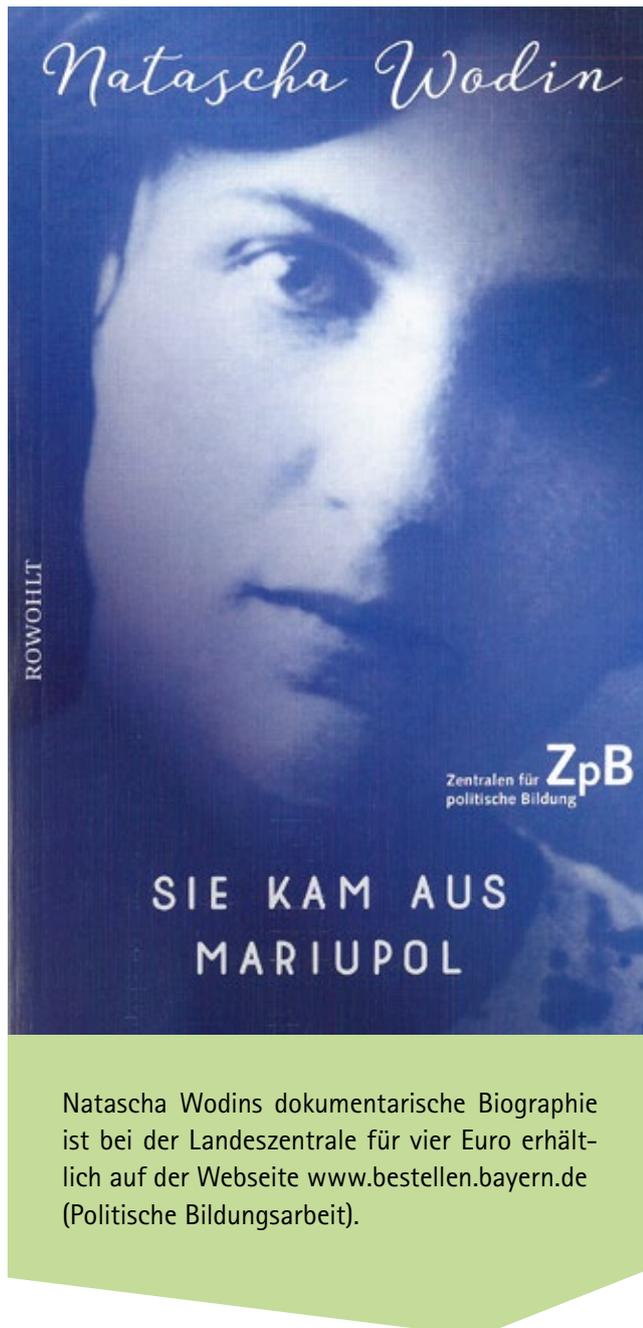
Natascha Wodin: Da klafft heute leider ein großer Abgrund, es herrscht eigentlich wieder Kalter Krieg. Leider wissen die Russen nicht viel von uns, und wir wissen nicht viel von ihnen. Niemand scheint sich die Mühe zu machen, die andere Seite zu verstehen, es wird meistens nur mit Klischees gearbeitet. Man muss verstehen, dass es in Russland keine demokratischen Traditionen gibt, die Menschen wissen nicht, was Demokratie ist. Seit dem Zarenismus hat sich dort eigentlich nicht viel verändert. Einerseits herrscht Anarchie, andererseits erwarten die Menschen wie in alten Zeiten die Rettung von oben. Putin ist der neue Zar, die neue Ikone, zu der die Menschen beten.

LZ: Ist das nicht die einzige Art, mit der dieses Land regiert werden kann?

Natascha Wodin: Man müsste eine Möglichkeit finden, die Menschen langsam „von der Leine zu lassen“, ihnen nach und nach mehr Eigenverantwortung zu übertragen. Die Revolution war ja im Grunde vor allem ein Aufstand des Pöbels, der geraubt und gemordet hat. Eine Folge der bitteren Armut und Finsternis in der Zarenzeit. Man müsste ganz langsam noch einmal von vorn anfangen, an der Basis. Für die Ukraine gilt dasselbe. Das ist heute ein korrupter Oligarchenstaat.

LZ: Was halten Sie von der Kritik, die sogenannten „Russlandverstehern“ entgegengebracht wird?

Natascha Wodin: Davon halte ich überhaupt nichts, denn genau darum geht es: um das Verstehen, was nicht gleichbedeutend mit Gutheißen ist. Wir müssen das Verstehen lernen, das ist unsere einzige Chance, die richtigen Entscheidungen zu treffen und die Welt nicht in einen neuen Krieg zu stürzen.



LZ: Wie sehen Sie der Zukunft entgegen?

Natascha Wodin: Manchmal denke ich, ich habe schon so vieles gelebt und wundere mich dann oft, dass ich immer noch da bin. Der Tod war bei mir immer schon Thema. Aber nicht die Endlichkeit des Lebens, sondern der Tod als beängstigendes Ereignis. In der Jugend war man ja unsterblich und der Mittelpunkt der Welt. Ich finde, es ist sehr angenehm, dass das mit dem Mittelpunkt sich relativiert, wenn man älter wird. Ich bin mir nicht mehr so wichtig, wie ich mir mal war

Das Interview führte Monika Franz. ●

Der Russische Revolutionszyklus, 1905-1932

Teil 2 : Geschehnisse, 1904-1914

von Klaus Gestwa

Serie:
Der Russische
Revolutions-
zyklus



Darstellung der Krönungszeremonie von Nikolaj II. in der Kirche Mariä, Moskau 1896. Gemälde von Henri Gervex Foto: ullsteinbild/Imagno

Seit Ende des 19. Jahrhunderts hatte das Zarenreich bei seinem Aufbruch in das Industriezeitalter deutlich an Fahrt gewonnen. Dabei war die soziale und ökonomische Entwicklung der politischen bald weit enteilt. Während die liberal gesinnten Eliten auf den Übergang zu einem parlamentarischen Verfassungsstaat drängten und sich Bauern sowie Arbeiter nicht angemessen in die russische Gesellschaft integriert fühlten, verschanzte sich der russische Kaiser Nikolaj II. unbeirrt hinter einem einfältigen Weltbild. In seinem autokratischen Starrsinn erklärte er: „Ich betrachte Russland als einen Landbesitz, dessen Eigentümer der Zar, dessen Verwalter der Adel und dessen Arbeiter der Bauer ist.“¹ Diese archaische Metapher für eine ungerechte und überkommene Gesellschaftspyramide drückte einen akuten Mangel an Modernität aus. Gefangen in ihrer Selbstbezogenheit, hatte sich die russische Autokratie auf einen politischen Blindflug in die ferne Vergangenheit eines idealisierten 17. Jahrhunderts begeben, statt die Herausforderungen der Zeit anzugehen. Mahnende Stimmen, mehr Partizipation und Emanzipation zu wagen, fanden am Zarenhof nicht hinreichend Gehör; die russische Regierung griff vielmehr verstärkt zu Repressionen. Offensichtlich ging es Nikolaj II. und seiner Petersburger Entourage mehr um den Erhalt ihrer Selbstherrschaft und weniger darum, das Land in den Strom der Zeit zu bringen und es zukunftsfähig zu machen.

Die seit 1902 zu beobachtende Zunahme bäuerlicher Unruhen und städtischer Streiks veranschaulichte die gesellschaftlichen Gärungsprozesse. Damals erklärte der russische Innenminister Vjačeslav von Pleve (1846-1904): „Um die Revolution einzudämmen, brauchen wir einen kleinen siegreichen Krieg.“² Die imperiale Expansion sollte als Ablenkungs- und Kompensationsmittel zur Stilllegung innergesellschaftlicher Konflikte dienen. Diese Dringlichkeiten permanenter Krisensteuerung hielten die russische Regierung zu waghalsigen Abenteuern an, die unweigerlich Konfrontationen mit anderen Großmächten heraufbeschworen und damit die internationale Politik mit Spannungen aufluden.³

Allerdings scheiterte von Pleves sozialimperialistischer Rettungsversuch. Statt zum Verhinderer sollte der Krieg schon bald zum Geburtshelfer der Revolution in Russland werden. Er sorgte dafür, dass sich die seit Längerem schwelenden gesellschaftlichen Brandherde explosionsartig entzündeten. Die Innenseite der Außenpolitik kam 1905 auf eine Art zum politischen Ausdruck, die der Zarenhof nicht erwartet hatte und die das Fundament des Russischen Imperiums erschütterte.

Der Russisch-Japanische Krieg 1904/5

Zum Selbstverständnis Russlands gehörte es seit dem 18. Jahrhundert, als Großmacht auf der internationalen Bühne eine führende Rolle zu spielen. Mit dem Anbruch des Imperialismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde unter dem Einfluss eines übersteigerten Nationalismus die Vorstellung zur Staatsräson, das Zarenreich dürfe bei der anstehenden Verteilung der Welt keinesfalls Fall leer ausgehen.

1 Zit. n. Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, München 2001, S. 53.

2 Dieses Zitat überlieferte Sergej Ju. Vitte: Vospominanija, Bd. 2, Moskva 1960, S. 291.

3 Dazu immer noch wegweisend Dietrich Geyer: Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860-1914, Göttingen 1977.



Zar Nikolaj II. und Zarin Alexandra im Krönungsornat
Foto: ullstein bild/Top Foto

Nachdem die Niederlage im Krimkrieg zunächst einmal den Petersburger Ambitionen auf dem Balkan und am Schwarzen Meer einen Riegel vorgeschoben hatte, richtete sich der Blick fortan vor allem nach Asien. Seit den 1860er Jahren drang das Russische Reich immer weiter in die zentralasiatischen Steppen- und Wüstengebiete vor und eroberte hier große Territorien, um seine Stellung in dieser Weltregion merklich zu stärken.⁴

Noch weiter östlich hatte schon während der 1850er Jahre der Generalgouverneur von Ostsibirien, Nikolaj Murav'ev (1809-1881), in einer Art Kanonenbootpolitik die damalige Schwäche des chinesischen Reichs genutzt, um große Gebiete an den Flüssen Amur und Ussuri für Russland zu annektieren.⁵ Den damit einhergehenden Machtzuwachs im Fernen Osten dokumentierten zwei Stadtgründungen. Am Zusammenfluss von Amur und Ussuri entstand als florierendes Handelszentrum Chabarovsk und am südlichen Ende der neuen russischen Pazi-

-
- 4 Daniel Brower: *Turkestan and the Fate of the Russian Empire*, New York 2002; Jeff Sahadeo: *Russian Colonial Society in Tashkent, 1865-1923*, Bloomington 2007, S. 18-52; Alexander Morrison (Hg.): *The Russian Conquest of Central Asia*, New York 2014 (=Themenheft von *Central Asian Survey* 33 (2014), Nr. 2).
 - 5 S. C. M. Paine: *Imperial Rivals. China, Russia, and Their Disputed Frontier*, Armonk 1996; Mark Bassin: *Imperial Visions. Nationalist Imagination and Geographical Expansion in the Russian Far East, 1840-1865*, Cambridge 1999.



Karte: Peter Palm



Ein zeitgenössisches Foto des Hafens von Vladivostok, in dem ein russisches Geschwader liegt, 1904/05
Foto: szphoto/Scherl

fikküste die Hafenstadt Vladivostok. Der Bedeutung ihres Namens entsprechend („Beherrsche den Osten!“), wurde Vladivostok 1900 zum Heimatstützpunkt der russischen Pazifikflotte und 1903 zur Endstation der Transsibirischen Eisenbahn. Damit stieg die neue Stadt zum Tor Sibiriens und Russlands in die pazifische Welt auf.⁶

Der russische Kolonialdiskurs erhob damals den Amur zum „asiatischen Mississippi“. Während die Russen in Europa nur als Trabanten, Sklaven und Tataren angesehen würden, so der bekannte Schriftsteller Fedor Dostoevskij (1821-1881), könnten sie in Asien als Europäer und Herren auftreten und hier sowohl den hohen Stand ihrer Kultur als auch ihre Fähigkeit zu fortschrittlichem Handeln beweisen. Diese imperialen Visionen dienten einem kompensatorischen Nationalismus, um sich im Vergleich mit den angeblich „Unzivilisierten“ an der eigenen Peripherie kulturelle Überlegenheit zu attestieren und so den quälen-

den Makel der Rückständigkeit gegenüber Westeuropa zu kaschieren.⁷

Der Vorstoß im Fernen Osten brachte Russland zunehmend in Konflikt mit Japan. Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts lebte das Inselreich fast völlig von der Außenwelt abgeschlossen. Doch dann erschien im Juli 1853 ein amerikanischer Flottenverband in der Bucht von Tokyo und erzwang ultimativ den Abschluss eines Handelsvertrages. Diese gewaltsame Öffnung stürzte Japan in eine tiefe Krise. 1868 ergriff schließlich eine Gruppe reformerischer Samurai die Herrschaft. Mit ihrer Meiji-Revolution schufen sie ein modernes Steuer-, Finanz- und Handelswesen und bauten mit amerikanischer sowie europäischer Hilfe sowohl eine leistungsstarke Industrie als auch eine schlagkräftige Armee auf. 1889 erhielt das Land sogar eine Verfassung. Allerdings importierte Japans Elite auch den

6 John J. Stephan: *The Russian Far East. A History*, Stanford 1994, S. 43-50 u. 81-90; Birgitta M. Ingemannson: *Vladivostok – Russia's Frontier Town on the Pacific*, in: Eva-Maria Stolberg (Hg.): *The Siberian Saga. A History of Russia's Wild East*, Frankfurt am Main 2005, S. 119-130.

7 Mark Bassin: *Imperialier Raum/Nationaler Raum. Sibirien auf der kognitiven Landkarte Rußlands im 19. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 378-403 (Zitat auf S. 391); David Schimmelpennick van der Oye: *Toward the Rising Sun. Russian Ideologies of Empire and the Path to War with Japan*, DeKalb 2001.



Der russische Schriftsteller Fedor Dostoevskij (1821-1881)
Foto: ullstein bild/Imagno

europäischen Imperialismus und nutzte die fortgesetzte politische Lähmung Chinas, um 1895 in das Nachbarland Korea vorzudringen. Mit diesem Sprung auf den asiatischen Kontinent stieg Japan für Russland im Fernen Osten zu einem ernsthaften imperialen Rivalen auf.⁸

Nachdem auf beiden Seiten Militärs und Politiker zunehmend auf einen Waffengang gedrängt hatten, schlugen die japanischen Truppen im Februar 1904 los. Nach fünfmonatiger Belagerung eroberten sie die wichtige, von Russland gepachtete Hafenstadt Port Arthur an der Südspitze der chinesischen Halbinsel Liaodong. Im März 1905 erlitt die russische Armee in der Mandschurei sodann eine vernichtende Niederlage; zugleich ging die japanische Kriegsflotte aus den blutigen Seegefechten

als Sieger hervor. Damit war der Krieg entschieden. Unter Vermittlung der USA wurde im September 1905 Frieden geschlossen. Russland musste Japans Vorherrschaft über Korea anerkennen, die Mandschurei räumen, die Pachtrechte in Port Arthur und die Südhälfte Sachalins an Japan abtreten.

Der Russisch-Japanische Krieg war alles andere als klein gewesen. Er wurde mit den damals modernsten militärischen Mitteln ausgefochten und trieb beide kriegsführenden Staaten fast in den Bankrott. Der Triumph der Japaner stellte einen Meilenstein auf dem Weg zum erwachenden Selbstbewusstsein der asiatischen Völker dar. Erstmals in der neueren Geschichte hatte ein asiatisches Land eine europäische Großmacht im Krieg vernichtend geschlagen. Verblendet von Arroganz und Hochmut hatten die russischen Militärs und Politiker die Stärke Japans offensichtlich unterschätzt. Das imperialistische Kriegsabenteuer endete darum für Petersburg in einem demütigenden Debakel, das den Großmachtstatus Russlands schwer beschädigte.⁹

Die Revolution von 1905: Das Vorbeben

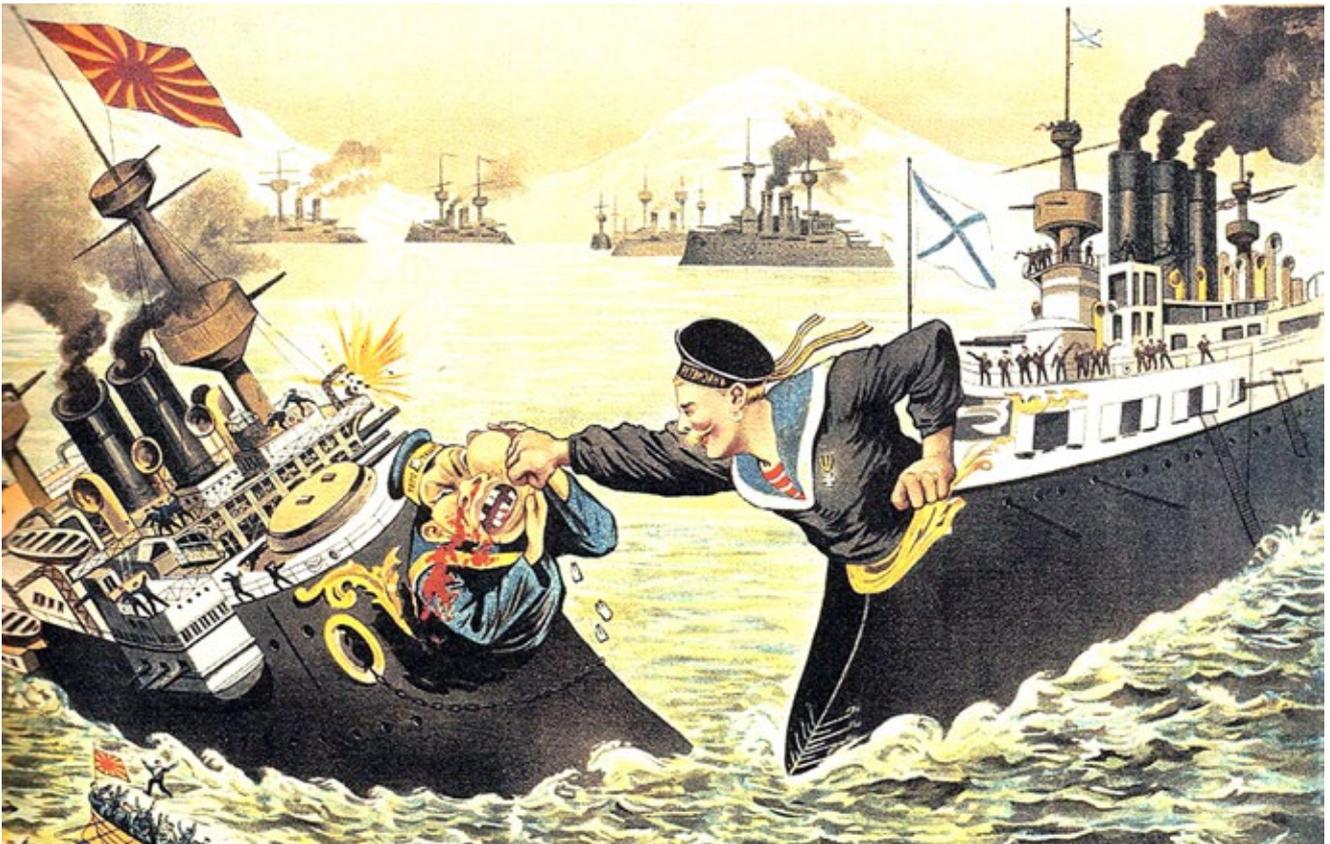
Die Schockwellen der Kriegsblamage trafen das politische und gesellschaftliche Gefüge des Zarenreichs ins Mark. „Niemals war ein Krieg derart unpopulär“, erinnerte sich später der in Petersburg weilende französische Botschafter Maurice Bompard. „Die Leute verstanden weder seine Ursachen noch seine Ziele [...]. Die Bevölkerung, die der Armee mehr als eine Million ihrer Söhne geben musste, fiel bald in eine tiefe Depression angesichts dieses unerklärlichen Krieges, umso mehr als der Zar nicht im Stande war, die Notwendigkeit dieser Opfer zu erklären.“¹⁰

Wie von Pleve hatte auch Lenin, der damals schon zur Führung der radikalen Fraktion der russischen Sozialdemokraten, der sogenannten Bolschewiki, gehörte, im Krieg eine politische Chance gesehen, allerdings unter völlig anderen Vorzeichen. Im Unterschied zu den Verfechtern eines sozialistischen Pazifismus plädierte Lenin für die revolutionäre Qualität des Kriegs. Er sprach sich öffentlich sogar für einen Sieg der Japaner aus, weil er sich davon einen entscheidenden Schlag gegen den reaktionä-

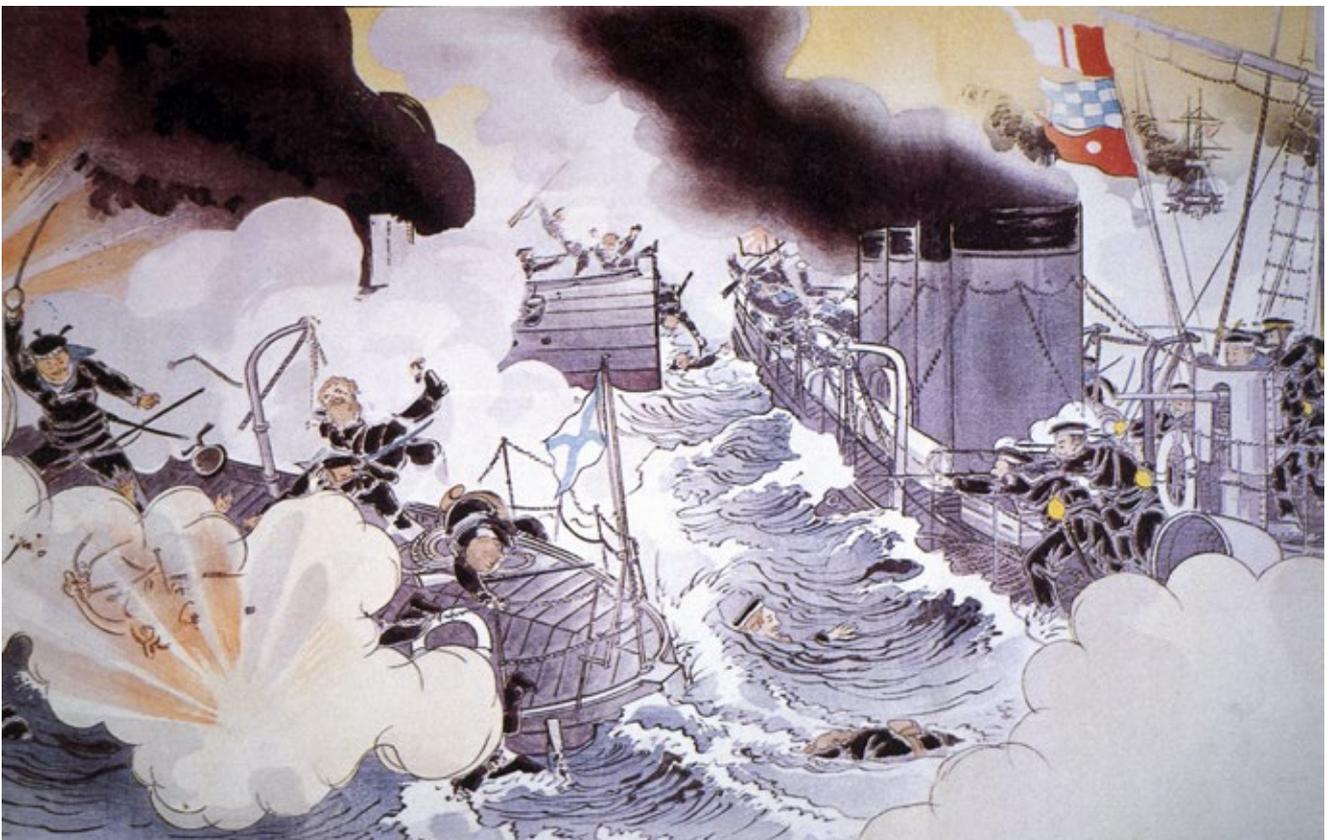
8 Peter Duus: *The Abacus and the Sword. The Japanese Penetration of Korea, 1895-1910*, Berkeley 1995; Richard Connaughton: *Rising Sun and Tumbling Bear: Russia's War With Japan*, Cassel 2003; Christian Oberländer: Von den Ungleichen Verträgen zur Großmacht. Japans Weg zum modernen Nationalstaat, in: Josef Kreiner (Hg.): *Kleine Geschichte Japans*, Stuttgart 2010, S. 262-331; Reinhard Zöllner, *Geschichte Japans: Von 1800 bis zur Gegenwart*, Paderborn 2013, S. 181-308.

9 Anlässlich des 100. Jahrestags des Kriegs sind mehrere neuere Studien entstanden. Einen guten Überblick darüber gibt Gerhard Krebs: *World War Zero oder der Nullte Weltkrieg? Neuere Literatur zum Russisch-Japanischen Krieg 1904/05*, in: *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens* 78 (2008), S. 187-248.

10 Zit. n. Wolfgang Zank: *Japans Triumph, Russland Debakel*, in: *Die Zeit*, 7 (2004) (<http://www.zeit.de/2004/07/A-Japan> [Stand: 06.09.2017]).



Ein russisches Propagandaplakat zum Russisch-Japanischen Krieg demonstriert Überlegenheit.
Abbildung: ullsteinbild/Pictures from History



Japanische Darstellung der Seeschlacht von Tsushima am 27. Mai 1905
Abbildung: Interfoto/Sammlung Rauch



Vladimir I. Lenin. Polizeifoto aus dem Jahr 1905
Foto: picture alliance/akg

ren Zarismus erhoffte, um so den revolutionären Bewegungen mächtigen Auftrieb zu geben. Mit „banalen Phrasen über den Frieden“ – so Lenin – sei den unterdrückten Klassen nicht geholfen. Der imperialistische Krieg mache vielmehr den Weg für „einen neuen gewaltigen Krieg“ frei, für den „Krieg des Volkes gegen die Selbstherrschaft, den Krieg des Proletariats für die Freiheit.“¹¹

Lenins Vertrauen auf die revolutionäre Hebelwirkung des Kriegs sollte sich 1905 bestätigen. Mit Beginn des Russisch-Japanischen Kriegs verschärfen sich die sozialen Missstände und die allgemeine Unzufriedenheit. Heftige Proteste gab es vor allem gegen die forcierte Einberufung von Reservisten. Ferner kam es vielerorts zu Versorgungsengpässen, die Bauern und Arbeiter in ihren prekären Lebensver-



„RED SUNDAY“ IN ST. PETERSBURG, JANUARY 22, 1905

„Vater“ Gapon, Führer der Demonstranten, tritt den zarischen Truppen entgegen. Zeichnung von Arthur Garratt, 1905
Abbildung: Interfoto/Mary Evans

hältnissen besonders stark zusetzten. Die gesellschaftlichen Entwicklungen schienen immer mehr außer Kontrolle zu geraten, zumal die beschämende Kriegsniederlage im Fernen Osten neben dem außenpolitischen Prestigeverlust gleichfalls einen Autoritätsverlust der russischen Regierung im Inneren heraufbeschwor.¹²

In dieser äußerst angespannten Situation versuchten einige Regierungsvertreter, die Lage durch kleinere Zugeständnisse wie Lockerung der Pressezensur und die Freilassung von Oppositionellen zu entschärfen. Die liberale Zemstvo-Bewegung und die Berufsverbände der Bildungsschichten begannen, sich im Einvernehmen mit dem Innenministerium politisch zu organisieren. Sie gründeten mit dem „Bund der Bünde“ einen Dachverband, den der Historiker Pavel Miljukov (1859-1943) leitete. Die Liberalen zeigten sich dialogorientiert, um gemeinsam mit der Regierung die erwünschten politischen Veränderungen auf friedlichem Weg zu erreichen. Nachdem Nikolaj II.

11 Zit. n. Dietrich Geyer: Die Russische Revolution, Göttingen 1985, S. 48.

12 Jan Kusber: Krieg und Revolution in Russland. Das Militär im Verhältnis zu Wirtschaft, Autokratie und Gesellschaft, Stuttgart 1997, S. 58-65.

zunächst zwischen Entgegenkommen und Ablehnung laviert hatte, brüskierte er dann im Dezember 1904 die auf Verständigung drängelnden Regierungskreise, als er noch einmal die Unverletzbarkeit der Autokratie bekräftigte und der liberalen Opposition vorwarf, mit ihren Initiativen ihre Kompetenzen zu überschreiten und Meinungen zu vertreten, die dem russischen Volk fremd und für das Land schädlich seien.¹³

Bevor es zu weiteren Verhandlungen kommen konnte, eskalierte die Entwicklung dann zu Beginn des Jahres 1905. Die Aktivitäten verschoben sich aus den Verhandlungsräumen der gehobenen Gesellschaft auf die Straße. Das soziale Aufbegehren gewann eine neue Qualität, als sich am Sonntagmorgen des 9. Januars an verschiedenen Plätzen in Petersburg eine Menge von bis zu 100.000 Menschen versammelte, unter ihnen viele Frauen und Kinder, die ihren Unmut über den Mangel an Brot und die willkürliche Entlassung von Arbeitern in den Putilov-Werken öffentlich bekunden wollten. Den prozessionsartigen Arbeiteraufmarsch hatte der Priester Georgij Gapon (1870-1906) organisiert, der mit seinen Predigten und seinem politischen Engagement sowohl in der Arbeiterschaft Ansehen erworben als auch Regierungskreise auf sich aufmerksam gemacht hatte. Als Priester wollte Gapon seinen Beitrag dazu leisten, das Bündnis zwischen Zar und Volk zu festigen und dem Zarenmythos in der Arbeiterschaft zu neuem Ansehen zu verhelfen. Deshalb hielten die demonstrierenden Arbeiter am 9. Januar auch Zarenporträts, Ikonen und Spruchbänder in den Händen, auf denen sie Nikolaj II. inständig um Hilfe baten. Das Ziel des Arbeiterumzugs sollte der Winterpalast sein, um dort



Der „Blutsonntag“ in St. Petersburg (9. Januar 1905 nach dem julianischen Kalender): Demonstranten vor der Kasaner Kathedrale auf dem Newski-Prospekt
Foto: ullstein bild/Fotograf: Valerian Gribayedoff/Julius Grape

dem Zaren eine Petition zu übergeben. Diese war moderat und konziliant im Ton, hielt aber auch konkrete politische Forderungen fest, so die Gewährung von Grund- und Wahlrechten, die Einberufung eines Parlaments und die Einführung des achtstündigen Arbeitstags.

Mit dem von Gapon angeführten großen Arbeiteraufmarsch waren die schlecht vorbereiteten Petersburger Ordnungskräfte hoffnungslos überfordert. Vermutlich infolge eines falsch verstandenen Hornsignals eröffneten Soldaten schließlich an mehreren Stellen das Feuer. 130 Demonstrierende verloren ihr Leben, weitere 300 wurden verletzt. Die Menge reagierte mit Entsetzen und Zorn. Voller Verzweiflung und Entrüstung soll Gapon verkündet haben, es gebe fortan weder Gott noch Zar. In die russische Geschichte ging dieser 9. Januar 1905 wegen seines tragischen Verlaufs als „Blutsonntag“ ein.¹⁴

Das Massaker in der Hauptstadt wirkte als Fanal der brutalen Unterdrückung. In Windeseile verbreiteten sich die Nachrichten, dass der Zar auf sein eigenes, ihm treu ergebenes Volk schießen ließ. Der Mythos vom gütigen Herrscher erlitt

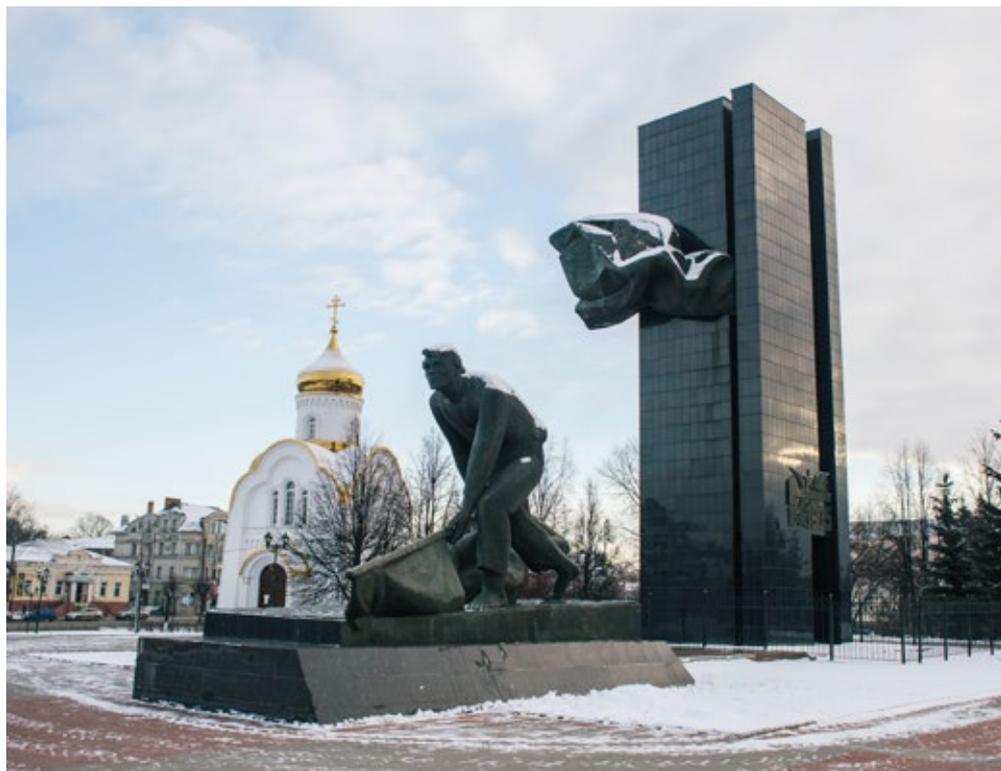
13 Heinz-Dietrich Löwe: Der Russisch-Japanische Krieg und die russische Innenpolitik. Vom „kleinen erfolgreichen Krieg“ in die erste Revolution von 1905, in: Maik Hendrik Sprotte/Wolfgang Seifert/Heinz-Dietrich Löwe (Hg.): Der Russisch-Japanische Krieg 1904/05. Anbruch einer neuen Zeit?, Wiesbaden 2008, S. 147-171, hier S. 158-161; Peter Enticott: The Russian Liberals and the Revolution of 1905, London 2016, S. 14-22.

14 Figs (wie Anm. 1), S. 187-193; Walter Sablinsky: The Road to Bloody Sunday. Father Gapon and the St. Petersburg Massacre of 1905, Princeton 1976; Abraham Ascher: The Revolution of 1905. Bd. 1: Russia in Disarray, Stanford 1988, S. 74-101.

unwiederbringlichen Schaden. Die Solidarisierung mit den Petersburger Arbeitern führte zur Radikalisierung und Mobilisierung der Bevölkerung. Mit dem Blutsonntag brachen die Dämme; der angestaute Unmut schlug jetzt in eine revolutionäre Protestwelle um, die sich über das gesamte Reich ergoss. Die politische Situation entglitt; das Imperium verlor Ordnung und Halt.

Auf dem Land gab es massive Bauernunruhen; zahlreiche Adelsgüter gingen in Flammen auf.¹⁵ In den Industriezentren legten Generalstreiks die Produktion wochenlang lahm.¹⁶ Den

protestierenden Fabrikarbeitern schlossen sich bald andere Beschäftigte an; wiederholt stellten die Eisenbahnen, die Post und die Telegrafämter ihren Betrieb ein. Das öffentliche Leben kam zum Erliegen. Unter dem Eindruck dieser revolutionären Ereignisse legten die beiden Fraktionen der Menschewiki und der Bolschewiki, die anfänglich nur eine Nebenrolle gespielt hatten, vorübergehend ihre parteiinternen Konflikte bei, um nun gemeinsam die Organisationsmacht der russischen Sozialdemokratie zu demonstrieren. Ausgehend von der knapp 250 Kilometer von Moskau entfernten Textilstadt Ivanovo – dem „russischen Manchester“ – bildeten die aufständischen Arbeiter erstmals sogenannte



Denkmal in Ivanovo zur Erinnerung an die Revolution
Foto: ullsteinbild/Sputnik

15 Zu den Bauernunruhen vgl. die anschaulichen Regionalstudien von Franziska Schedewie: Sozialer Protest im landwirtschaftlichen Zentrum Russlands. Die Bauernaufstände im Kreis Ostrogožsk, 1905-1907, in: Heinz-Dietrich Löwe (Hg.): Volksaufstände in Rußland. Von der Zeit der Wirren bis zur „Grünen Revolution“ gegen die Sowjetherrschaft, Wiesbaden 2006, S. 453-495; Burton Richard Miller: Rural Unrest during the first Russian Revolution, Kursk Province, 1905-1906, Budapest 2013. Zu den Bauernunruhen in der Ukraine Felix Schnell: Räume des Schreckens. Gewalträume und Gruppenmilitanz in der Ukraine, 1905-1933, Hamburg 2012, S. 60-71. Allgemein auch Jan Kusber: Die Bauern und das Jahr 1905. Befunde und Interpretationen, in: ders./Andreas Frings (Hg.): Das Zarenreich, das Jahr 1905 und seine Wirkungen, Münster 2007, S. 83-104.

16 Zum massiven Anstieg der Streiks und Unruhen vgl. die Statistik bei Hans-Heinrich Nolte u.a. (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014, S. 255.

Arbeiterräte. Sie sollten als Organe der Selbstverwaltung in der revolutionären Situation dafür sorgen, die Kontrolle über das öffentliche Leben zu erhalten.¹⁷

Die Streiks lösten auch eine Welle von Verbrechen aus und gingen mit zahlreichen Terroranschlägen einher. In der am Kaspischen Meer gelegenen Ölmetropole Baku ereigneten sich brutale Massenausschreitungen zwischen den christlichen Armeniern und den muslimischen Aserbajdschanern.¹⁸ Außerdem kam es zu den bis dahin schlimmsten Pogromen, weil die berüchtigten Schwarzen Hundertschaften vielerorts antisemitische Schlägertrupps zusammengestellt hatten, um die unzufriedenen und gewaltbereiten Menschen zu grausamen Übergriffen gegen die jüdische Bevölkerung anzustacheln.¹⁹

17 Figes (wie Anm. 1), S.194-197 u. 205 f.; Manfred Hildermeier: Geschichtete Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution, München 2013, S.1016 f.

18 Jörg Baberowski: Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003, S. 77-83.

19 Schnell (wie Anm. 15), S. 71-110; Figes (wie Anm. 1), S. 203 ff.; Shlomo Lanbroza: The Pogroms of 1903-1906, in: ders./John Klier (Hg.): Pogroms. Anti-Jewish Violence in Modern Russian History, Cambridge 1992, S. 195-247; Don C. Rawson, Russian Rightists and the Revolution of 1905, Cambridge 1995, S. 127-141; Stefan Wiese: Pogrome im Zarenreich. Dynamiken kollektiver Gewalt, Hamburg 2016, S. 115-240 (Wiese weist daraufhin, dass es auch Formen jüdischer Selbstwehr gab).



Der historische Panzerkreuzer Potemkin mit der meuternden Mannschaft
Foto: ullstein bild/United ARchives/World History Archive



General Konstantin von Kaufmann (1818 – 1882)
Foto: ullstein bild/Heritage Images/Fine Art Images

Neben Bauern und Arbeitern rebellierten auch viele Soldaten.²⁰ Besondere Aufmerksamkeit fand die Meuterei der Matrosen des Panzerkreuzers Potemkin. Als das Schiff im Juni 1905 in den Hafen von Odessa einlief, fand dort ein Generalstreik statt, dem sich die unzufriedenen Matrosen anschlossen. Wenige Tage später richteten zarische Truppen bei der Niederschlagung dieser Unruhen ein Blutbad an. 20 Jahre nach diesen Ereignissen drehte der sowjetische Regisseur Sergej Eisenstein (1898-1948) seinen weltberühmt werdenden Stummfilm Panzerkreuzer Potemkin, der heute wegen seiner innovativen Montagetechnik und seinen ungewöhnlichen Perspektiven zu den einflussreichsten Werken der internationalen Filmgeschichte gehört. Den revolutionären Geschehnissen in Odessa setzte Eisenstein damit ein eindrucksvolles kinematographisches Denkmal.²¹

.....
20 Kusber (wie Anm. 12), S. 90-126.

21 Robert Weinberg: The Revolution of 1905 in Odessa. Blood on the Steps, Bloomington 1993; James Goodwin: Eisenstein. Cinema, and History, Urbana/Chicago 1993, S. 57-78; Oksana Bulgakowa: Sergej Eisenstein. Eine Biographie, Berlin 1997, S. 75-88; Ronald Bergan: Sergei Eisenstein. A Life in Conflict, London 1997, S. 100-125; Richard Taylor: The Battleship Potemkin. The Film Companion, London 2000; Neal Bascomb: Red Mutiny. The True Story of the Battleship Potemkin, London 2007; Mike O'Mahon: Sergei Eisenstein, London 2008, S. 56-80.

Das Imperium in Aufruhr

1905 war aber nicht nur eine soziale, sondern auch eine nationale Revolution. Das Zarenreich war kein russischer Nationalstaat, sondern ein Vielvölkerimperium, in dem – so die Ergebnisse der großen Volkszählung von 1897 – ethnische Russen nur knapp 44 Prozent der Reichsbevölkerung stellten.²² Als weit ausgreifendes kontinentales Imperium zeichnete sich das Russische Reich durch eine große Heterogenität der Wirtschaftsweisen, Sozialordnungen und Kulturen aus. Dabei gab es ein klares West-Ost-Gefälle. Die westlichen Reichsgebiete zeichneten sich durch einen deutlich höheren Industrialisierungs- und Urbanisierungsgrad sowie ein überdurchschnittliches Bildungsniveau aus. Im Osten des Landes – in Sibirien und Zentralasien – gab es indigene Ethnien, die oftmals noch eine nomadische Lebensweise pflegten.²³

Diese Vielfalt der Lebens- und Arbeitsweisen stellte lange Zeit grundsätzlich kein Problem für das Zarenreich dar.

.....
22 Zu den Ergebnissen der Volkszählung vgl. Nolte u.a. (wie Anm. 16), S. 272 f.

23 Vgl. das Referenzwerk von Andreas Kappeler: Russland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall, München 1993. Einen guten Überblick über die neuere Imperiumsforschung gibt Roland Cvetkovski: Reich der Ränder. Zu den imperialen Peripherien in Russland, in: Neue Politische Literatur 55 (2010), S. 365-392.

Ganz im Gegenteil: Anlässlich der Krönungszeremonie von Nikolaj II. 1896 schrieb die russische Zeitung *Novoe Vremja* (Die Neue Zeit), die enorme Diversität der Kulturen und die beeindruckende Vielfalt unterschiedlichster Ethnien stelle einen besonderen Reichtum dar und sei die Quelle nationalen und imperialen Stolzes.²⁴ Nachdem sich Russland in seinem Expansionsprozess an seinen Rändern neue Gebiete einverleibt hatte, kam es zu einer Kooperation mit den dortigen Eliten, deren Angehörige sodann vielfach im Zarenstaat Karriere machten. Die Petersburger Reichselite war daher multiethnisch zusammengesetzt, dabei mit einem besonders hohen Anteil der Baltendeutschen und anderer Deutschstämmiger. Als nach 1864 die Expansion des Russischen Imperiums nach Zentralasien begann, stieg beispielsweise Konstantin von Kaufmann (1818-1882) zur zentralen Figur auf und bestimmte bis 1882 die zarische Kolonialpolitik im neu entstehenden Generalgouvernement Turkestan. Es wäre demnach verfehlt, von den Russen als alles dominierendes Reichsvolk zu sprechen.²⁵

Spätestens mit den „Großen Reformen“ der 1860er Jahre war eine neue Dynamik in das Reichsgefüge gekommen. Die nun verfolgte moderne Staatlichkeit erhob einen weit intensiveren Herrschaftsanspruch. Die bürokratische Modernisierung ging mit Prozessen der Systematisierung und Unifizierung einher. Das stellte die überlieferte Ordnung des vormodernen Vielvölkerreichs mit ihren besonderen Arrangements in Frage. Ferner diente stärker als zuvor das Russische fortan als der Klebstoff, der das Zarenreich in aller seiner soziokulturellen Unterschiedlichkeit zusammenhalten sollte. Die Moderne und der Fortschritt, das Imperiale und das Staatliche kamen nun immer mehr in der Form des Russischen zum Ausdruck.

Während aber Petersburg auf die Festigung der Reichseinheit drängte, entstanden in den nichtrussischen Peripherien erste Formen einer nationalen Identität. Die wachsenden nichtrussischen Bildungsschichten begannen, sich ihre Traditionen bewusst zu machen und durch die Identifizierung mit der eigenen Kultur sowie Sprache ständeübergreifende Prozesse der Nationswerdung anzustoßen. Als emotionale Bindekraft, die mittels geteilter Wir-Gefühle politische Großkollektive schaffen konnte, entfaltete der Nationalismus in der Zeit, in der sich die

Agrar- in eine industrialisierte Massengesellschaft transformierte, eine große Faszination. Er versprach, die neuen gesellschaftlichen Selbstfindungs- und Orientierungsbedürfnisse zu erfüllen. Mit seinen massenmotivierenden Energien trug das Bekenntnis zur imaginierten Willens- und Kulturgemeinschaft der Nation das Potenzial in sich, an die Stelle des russisch dominierten Reichspatriotismus zu treten. Das Imperiale und das Nationale gerieten damit in einen politischen Wettbewerb.²⁶

Das Spannungsverhältnis zwischen modernem Empire Building und Nation Building bestimmte vor allem die politischen Entwicklungen in den westlichen Landesteilen. Nachdem Polen im Zuge von drei Teilungen zwischen 1772 und 1795 seine Eigenständigkeit verloren hatte und seine Territorien Preußen, dem Habsburger und dem Zarenreich zugeschlagen worden waren, schloss die Petersburger Regierung 1815 die im Russischen Reich befindlichen Teilungsgebiete zum formal unabhängigen Königreich Polen (auch „Kongresspolen“ genannt) zusammen. Trotz dieser staatsrechtlichen Sonderstellung formierten sich im polnischen Adel, in der Studentenschaft Warschaus und in städtischen Bürgerkreisen schnell Gruppierungen, die sich gegen die zarischen Autoritäten auflehnten. Die gärenden Unruhen eskalierten 1863 schließlich in einem bewaffneten Aufstand. Er wurde allerdings von russischen Verbänden schnell niedergeschlagen, weil es den meist adlig-bürgerlichen Aufständischen nicht gelang, die polnischen Bauern für die gemeinsame nationale Sache zu gewinnen.²⁷

Die sogenannte „polnische Meuterei“ schuf in Russland das Bild von den untreuen Polen und provozierte harte Gegenmaßnahmen. Die polnischen Gebiete wurden zu einer einfachen Provinz, dem sogenannten Weichselland zurückgestuft. Wichtige politische und administrative Ämter übernahmen nun zugereiste nichtpolnische Beamte. Zusammen mit der personellen Depolonisierung verfügte die Petersburger Regierung, dass 1865 Russisch als Verwaltungssprache durchgesetzt und 1869 auch das polnische Schul- und Universitätswesen russifiziert wurde.²⁸

Von einer repressiven Nationalitätenpolitik waren neben den Polen vor allem Ukrainer und Weißrussen betroffen. Die Petersburger Eliten nahmen Großrussland, Weißrussland und die als Kleinrussland bezeichnete Ukraine als eine

24 Zit. n. Mark D. Steinberg: *The Russian Revolution 1905-1921*, Oxford 2017, S. 233.

25 Ulrich Hofmeister: *Der Halbzar von Turkestan: Konstantin von Kaufmann in Turkestan, 1867-1882*, in: Tim Buchen/Malte Rolf (Hg.): *Eliten im Vielvölkerreich: imperiale Biographien in Russland und Österreich-Ungarn (1850-1918)*, München 2015, S. 65-89.

26 Dietmar Neutatz: *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 42-49.

27 Malte Rolf: *Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864-1915)*, München 2015, S. 25-38; Dietrich Beyrau: *Krieg und Revolution. Russische Erfahrungen*, Paderborn 2017, S. 54-68.

28 Rolf (wie Anm. 27), S. 39-180; Beyrau (wie Anm. 27), S. 68-75.



*Demonstration national gesinnter Polen in Warschau, 1905
Foto: ullsteinbild*

integrale Einheit und in sich geschlossenen ostslawischen Kulturraum wahr. Daher sprachen sie den Weißrussen sowie Ukrainern die kulturelle Eigenständigkeit ab. Als sich unter dem Einfluss des Schriftstellers Taras Ševčenko (1814-1861) und des Historikers Mychajlo Hruševskij (1866-1934) begann, eine eigene ukrainische Sprache, Literatur und Geschichte zu entwickeln, diskreditierten russische nationale Kräfte das Ukrainische als Bauerndialekt.²⁹

Unter der von Petersburg aus betriebenen Homogenisierung und Russifizierung litt auch die 1802 von Balten-deutschen in Estland gegründete deutschsprachige Uni-

versität Dorpat. Sie hatte sich zur Mittlerin zwischen der russischen und der deutschen Kultur entwickelt. Gleichzeitig war sie der Geburtsort der estnischen und lettischen nationalen Erweckung. Das sorgte in Kreisen der russischen Öffentlichkeit und Regierung bald für Beunruhigung. Seit 1882 musste an der Universität Dorpat deshalb die Lehre mit wenigen Ausnahmen auf Russisch gehalten werden. Ein Jahrzehnt später wurde die deutsche Universität Dorpat sogar in die russische Universität Jur'ev umorganisiert und verlor dadurch die Mehrzahl der deutschsprachigen Professoren, Dozenten und Studenten.³⁰

29 Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, München 2014, S.129-144.

30 Erich Donnert: Die Universität Dorpat-Jur'ev 1802-1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Hochschulwesens in den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches, Frankfurt am Main 2007.

Diese restriktive Nationalitätenpolitik verstärkte die Sprengkraft sozialer und politischer Konflikte und setzte damit in den Randgebieten besondere Eskalationsdynamiken frei. Von den zwischen 1895 bis 1900 stattfindenden 59 großen Straßendemonstrationen fanden lediglich drei in den russischen Kerngebieten statt, dagegen 25 in den polnischen Westgebieten, jeweils neun in den Ostseeprovinzen und in der Ukraine, sieben in Weißrussland und sechs in Finnland. Auch die Bauernunruhen während der Zeit von 1902 bis 1904 erfassten im besonderen Maße ukrainische Gebiete und im Kaukasus vor allem Georgien.³¹

Zwar wurden 1905 nicht alle Regionen im gleichen Maß von der Revolutionswelle erfasst; dennoch zeigten die in Polen und im Baltikum besonders heftig tobenden Unruhen, wie stark das Russische Imperium an seinen Rändern schon zu brodeln und bröckeln begonnen hatte. Die Wucht der Revolution resultierte hier daraus, dass sich der nationale Impuls mit sozialen Forderungen von Bauern und Arbeitern sowie mit den politischen Forderungen der liberalen Intelligenz verband. Während der beiden Jahre von 1905 und 1906 gab es allein in Polen 7000 Streiks, an denen 1,3 Mio. Arbeiter teilnahmen. In Warschau geboten schließlich Armeeverbände mit Waffengewalt dem bald bürgerkriegsähnlichen Treiben Einhalt.³²

Im Baltikum brannten die aufständischen Bauern besonders viele Adelsgüter nieder.³³ Bei den darauffolgenden Strafexpeditionen gingen die zarische Armee und Geheimpolizei gnadenlos vor und töteten in den Ostseeprovinzen 2000 Menschen. Weitere 600 wurden anschließend in Gerichtsprozessen noch zum Tode verurteilt und tausende Andere zur Zwangsarbeit nach Sibirien verbracht. Von allen nach 1905 im gesamten Russischen Reich ausgesprochenen Todesurteilen entfielen 15 Prozent auf das Baltikum und ein Viertel auf Polen. Diese unverhältnismäßig hohe Zahl dokumentierte nicht nur die revolutionären Energien in den Westgebieten, sondern auch, dass die Petersburger Regierung in diesen nationa-

len Erhebungen eine große Bedrohung für den Fortbestand des Imperiums sah.³⁴

Scheinkonstitutionalismus

Angesichts der nicht abebbenden Protestwelle musste das Zarenregime 1905 um sein Überleben kämpfen. Die enorme Zunahme politisch motivierter Gewalt verdeutlichte, dass sich allein mit polizeistaatlicher und militärischer Repression die Lage nicht wieder dauerhaft in den Griff kriegen ließ. Um den Unruhen den Schwung zu nehmen, sah sich die Regierung gezwungen, partiell auf die Forderungen der liberalen Opposition einzugehen. Lange schwankte Nikolaj II., wie weit er mit seinen Zugeständnissen den gesellschaftlichen Forderungen entgegenkommen wollte. Als aber im September 1905 ein weiterer Generalstreik ausgerufen wurde und die Lage vollends zu kippen drohte, ließ sich die Entscheidung nicht mehr aufschieben.³⁵

Als Staatsmann von Format, der sowohl in Regierungskreisen als auch in der liberalen Gesellschaft Ansehen genoss, warnte der vormalige Finanzminister Sergej Witte (1849-1915) am 9. Oktober Nikolaj II. in schonungsloser Offenheit vor dem Schlimmsten: Der Untergang der Monarchie stehe bevor, weil es längst zu einem „gestörten Gleichgewicht“ zwischen Gesellschaft und dem bestehenden autokratischen Regime gekommen sei. Russland sei „über das bestehende System“ längst hinausgewachsen und benötige nun eine „auf bürgerlichen Freiheiten begründete Ordnung“. Falls Nikolaj II. dazu nicht bereit sei, bleibe nur die Alternative einer Militärdiktatur, auf die das Zarenregime aber kaum vorbereitet und deren politischer Ausgang daher völlig ungewiss sei.³⁶

Am 17. Oktober hatte Nikolaj II. endlich ein Einsehen und verkündete das von Witte ausgearbeitete sogenannte Oktobermanifest. Das sah die Einführung eines Zweikammerparlaments vor, bestehend aus einem Staatsrat und der neu zu bildenden Reichsduma, der eigentlichen Volksvertretung. Darüber hinaus gewährte das Oktobermanifest bürgerliche Grundrechte, darunter Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Das ermöglichte es, dass in der Folgezeit im Zarenreich eine freie Presse entstand. In den über 500 Zeitungen fanden bald stürmische gesellschaftliche Diskussionen statt. Zugleich durften sich Parteien, Gewerkschaf-

31 Kappeler (wie Anm. 23), S. 268.

32 Rolf (wie Anm. 27), S. 325-374; Christoph Gumb: Repräsentationen von Herrschaft und die Präsenz der Gewalt, Warschau (1904-1906), in: Jörg Baberowski/David Feest/Christoph Gumb (Hg.): Imperiale Herrschaft in der Provinz. Repräsentationen politischer Macht im späten Zarenreich, Frankfurt am Main 2008, S. 271-302.

33 Zum Jahr 1905 im Baltikum vgl. Detlef Henning: Die Revolution von 1905 in den „Deutschen Ostseeprovinzen Russlands“, ihre Ursachen und Bedeutung, in: Kusber/Frings (wie Anm. 15), S. 247-260; James D. White: The 1905 Revolution in Russia's Baltic Provinces, in: Jonathan D. Smele/Anthony Heywood (Hg.): The Russian Revolution of 1905. Centenary Perspectives, London/New York 2005, S. 55-78.

34 Zu den militärischen Strafaktionen vgl. Kusber (wie Anm. 12), S. 71-89.

35 Ascher (wie Anm. 14), S. 211-223.

36 Ebd., S. 224-226; Figes (wie Anm. 1), S. 205-208; Enticott (wie Anm. 13), S. 37-50.



Il'ja Repin: „Demonstration am 17. Oktober 1905“
Foto: picture alliance/akg-images

ten und andere gesellschaftliche Organisationen bilden, um fortan nicht mehr im Untergrund, sondern in der öffentlichen Arena des Politischen die Interessen sozialer Gruppen zu artikulieren. Mit der Entstehung einer Presse- und Parteienlandschaft machte das Oktobermanifest endlich den Weg frei, damit sich die russische Gesellschaft politisch organisieren und ihre Programme sowie Ideen öffentlich kundtun konnte.³⁷

Vor allem den Nationalbewegungen verlieh das Oktobermanifest Flügel und leitete einen „Völkerfrühling“ ein. In den nichtrussischen Gebieten entstanden nationale Parteien, Organisationen und Presseorgane. Nicht nur in Polen, in der Ukraine, im Baltikum und Kaukasus gewann das Nationale zunehmend an politischer Schlagkraft; selbst bei den sibirischen Völkern wie den Burjaten und Jakuten ließen sich damals erste Prozesse einer ethnischen Mobilisierung beobachten. Deren Protagonisten publizierten zunehmend Bücher in ihrer Muttersprache, drängten auf den Aufbau eines eigenen Schulwesens und

erhoben immer lauter den Ruf nach Selbstverwaltung.³⁸

Mit dem Oktobermanifest kam ein neuer Wind in die russische Politik; es eröffnete Chancen und Optionen, um auf dem Weg der Verständigung und Aushandlung den herbeigesehnten Wandel zu erreichen. Darum wurde in Russland das Oktobermanifest freudig begrüßt. Die damalige hoffnungsvolle Stimmung fing Il'ja Repin (1844-1930) in seinem Gemälde „Demonstration am 17. Oktober 1905“ gut ein. Darauf führt eine Blaskapelle einen bunt gemischten Freudenumzug an. Ein Mann wird auf Schultern getragen; seine Ketten sind gesprengt. Die Menschen führen unterschiedliche Fahnen mit sich: die russische Trikolore, die rote Flagge und eine weiße Fahne mit der Aufschrift „1905, 17. Oktober“. Wer sich das Gemälde näher anschaut, erkennt aber auch, dass ungeachtet des allgemeinen Freudentaumels einige Gesichter mit Skepsis nach vorne schauen, wie sich denn der neu eingeschlagene politische Kurs konkret gestalten ließ. Diese Besorgnis war durchaus berechtigt.³⁹ In vielen Städten gab es einen erneuten Ausbruch antisemitischer

37 Zum Oktobermanifest und seinen Folgen vgl. Enticott (wie Anm. 13), S. 62-66; Manfred Hagen: Die Entfaltung politischer Öffentlichkeit in Russland, 1906-1914, Wiesbaden 1982; Andrew M. Verner: The Crisis of Russian Autocracy. Nicolas II. and the 1905 Revolution, Princeton 1990, S. 218-245; Melissa K. Stockdale: Paul Miliukov and the Quest for a Liberal Russia, 1880-1918, Ithaca 1996, S. 128-169.

38 Kappeler (wie Anm. 23), S. 268-277; Rolf (wie Anm. 27), S. 373-398.

39 Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, S. 44 f.

Gewalt, weil Nationalisten und Monarchisten hinter dem Oktobermanifest jüdische Verschwörer witterten, die den Zaren beschimpft und die Wirren genutzt hätten, um die Autokratie zu beseitigen. Als Folge der massiven Pogrome von 1905 stieg die jüdische Migration aus dem Zarenreich vor allem nach Nordamerika massiv an.⁴⁰

Zudem hörten die Aufstände und Unruhen keineswegs auf. In Moskau kam es zu einem erneuten Arbeiteraufstand, den Gardetruppen im Dezember 1905 rücksichtslos niederschlugen und dabei über 700 Menschen, darunter auch Frauen und Kinder, töteten.⁴¹ Auch die Bauernaufstände erlebten noch einmal einen weiteren Höhepunkt. Die russische Regierung schickte daraufhin die gefürchteten Kosakenregimenter über das Land, um Dorf für Dorf auf brutale Weise zu befrieden. Angesichts der Überlegenheit und Brutalität der Staatsgewalt verzichteten die Bauern bald auf weitere Übergriffe und versuchten verstärkt, ihre Ansprüche auf friedlichem Weg durchzusetzen, indem sie Gerichte und Behörden anriefen oder sich bemühten, den Adligen Land abzukaufen.⁴²

Die russische Autokratie hatte sich mit dem Oktobermanifest noch einmal aus höchster Not befreit. Die revolutionäre Umwälzung war ausgeblieben, nicht zuletzt weil die Aussichten auf ein Parlament und eine Verfassung der liberalen Oppositionsbewegung den politischen Wind aus den Segeln genommen hatte. Nikolaj II. hatte mit dem Blutsonntag und den ausufernden Repressionen wohl seinen Nimbus als gütiger und gerechter Herrscher, aber längst noch nicht seine autokratische Starrsinnigkeit verloren.⁴³ Als sich die Situation allmählich wieder beruhigte, setzte er fortan alles daran, der Mitbestimmung der Reichsduma möglichst enge Grenzen zu setzen und von seinen Versprechen abzurücken, den politischen Prozess für neue gesellschaftliche Kräfte zu öffnen. Die Forderung der Liberalen nach einer verfassungsgebenden Versammlung, die über die weitere Gestaltung der politischen Ordnung

Russlands entscheiden sollte, übergang der Zar geflissentlich. Stattdessen erließ Nikolaj II. am 23. April 1906 im politischen Alleingang Grundgesetze. Seine von oben oktroyierte Verfassung schrieb zwar die schon erreichten bürgerlichen Freiheiten noch einmal fest. Aber sie versagte der Reichsduma die Mitsprache bei militärischen Dingen, bei der Außenpolitik und bei der Ernennung von Ministern. Zudem sorgten Notverordnungen und besondere Regelungen dafür, dass die Reichsduma bei Gesetzgebung und Haushaltsfragen kaum Einfluss auf die Entscheidungen nehmen konnte. Die Grundgesetze bestätigten eigentlich noch einmal die autokratische Alleinherrschaft und verlagerten die politischen Gewichte eindeutig zu Gunsten der Regierung. Die mit dem Oktobermanifest in Aussicht gestellte modern verfasste konstitutionelle Monarchie nahm daher in Russland keine Gestalt an.⁴⁴

Nikolaj II. war vor allem darauf bedacht, die Reichsduma auf Distanz zu halten. Deshalb trat die gewählte Volksvertretung im Taurischen Palast an einem Ort zusammen, der vom Zarenhof am Winterpalais und den benachbarten Regierungsgebäuden deutlich entfernt lag.⁴⁵ Der berühmte deutsche Soziologe Max Weber, der in Heidelberg in engen Kontakt mit russischen Studentengruppen stand, verfolgte diese politischen Ereignisse in Petersburg mit großer Skepsis und sprach von einem „Scheinkonstitutionalismus“, der im Zarenreich als Folge der Revolution von 1905 entstanden sei.⁴⁶

Wie sehr der Zarenhof das konstitutionell-parlamentarische Experiment sabotierte, auf das sich Russland eingelassen hatte, zeigten vor allem die Wahlen zur Reichsduma. Trotz eines den Adel begünstigenden Zensuswahlrechts setzten sich die 1. und 2. Reichsduma mehrheitlich aus Kritikern des Zarismus zusammen. Die Wahlergebnisse verdeutlichten, wie groß die Kluft zwischen Regime und Bevölkerung eigentlich war.⁴⁷ Weil Nikolaj II. unter allen Umständen eine Beschränkung seiner Alleinherrschaft vermeiden wollte, löste er die 1. und 2. Reichsduma nach

40 Steinberg (wie Anm. 24), S. 51 f.; Robert Weinberg: The Russian Right Responds to 1905. Visual Depictions of Jews in Postrevolutionary Russia, in: Stefani Hoffman/Ezra Mendelsohn (Hg.): The Revolution of 1905 and Russia's Jews, Philadelphia 2008, S. 55-69; Rebecca Kobrin: The 1905 Revolution Abroad. Mass Migration, Russian Jewish Liberalism and American Jewry, 1903-1914, in: ebd., S. 227-244.

41 Kusber (wie Anm. 12), S. 110-115; Hildermeier (wie Anm. 17), S. 1018 ff.; Ascher (wie Anm. 14), S. 304-323. Zu ähnlichen Gewaltexzessen kam es gegen Jahresende von 1905 in den Industriegebieten der Ukraine. Vgl. dazu die Fallstudien von Schnell (wie Anm. 15), S. 104-144.

42 Ascher (wie Anm. 14), S. 325-336; Hildermeier (wie Anm. 17), S. 1023-1030; Neutatz (wie Anm. 26), S. 117 f.

43 Richard Wortman: Nicholas II. and the Revolution, in: Hoffman/Mendelsohn (wie Anm. 40), S. 31-45.

44 Verner (wie Anm. 37), S. 281-350; Hildermeier (wie Anm. 17), S. 1050-1059; Ascher (wie Anm. 14), S. 62-80.

45 Jan Kusber: Kleine Geschichte St. Petersburgs, Regensburg 2009, S. 109 f.

46 Max Weber: Zur Russischen Revolution von 1905. Schriften und Reden 1905-1912. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Dittmar Dahlmann. (=Max Weber Gesamtausgabe. Abteilung I: Schriften und Reden. Bd. 10), Tübingen 1989; Dittmar Dahlmann: Max Weber und Rußland, in: ders./Wilfried Potthoff (Hg.): Deutschland und Rußland. Aspekte kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 253-275.

47 Enticott (wie Anm. 13), S. 103-139.



Sitzung der dritten Reichsduma ab November 1907. Hinter dem Rednerpult thront das Porträt des Zaren.
Foto: sz-photo/Scherl

jeweils drei Monaten schon wieder auf.⁴⁸ 1907 veränderten er und sein ein Jahr zuvor ernannter Regierungschef Petr Stolypin (1862–1911) eigenmächtig das ungleiche Zensuswahlrecht noch weitgehender zugunsten der besitzenden Schichten. Dadurch veränderten sich die parlamentarischen Kräfteverhältnisse grundlegend.⁴⁹ Der Anteil der nichtrussischen Abgeordneten sank von zuvor 44 auf nur noch 23 Prozent. Ganzen Regionen und Ethnien wurde sogar die Teilnahme an der Wahl verweigert.⁵⁰ Wahlgewinner waren zum einen die rechtsliberalen Oktobristen, die Partei der konstitutionellen Monarchisten;⁵¹ zum anderen erfuhren nationalistisch-monarchistische Kräfte einen beachtlichen Zuwachs an Abgeordneten, die sich bewusst antisemitisch und imperialistisch gaben.⁵² Diese mehrheitlich zarenloyale 3. Reichsduma erlebte zwar das

48 Ascher (wie Anm. 14), S. 81–215; Dittmar Dahlmann: Die Provinz wählt. Russlands Konstitutionell-demokratische Partei und die Dumawahlen 1906–1912, Köln 1996, S. 73–271.

49 Zu den Wahlergebnissen von 1907 vgl. u.a. Nolte (wie Anm. 16), S. 270–272.

50 Kappeler (wie Anm. 23), S. 279 f.; Dahlmann (wie Anm. 48), S. 272–332; Ascher (wie Anm. 14), S. 337–368.

51 Zu den Oktobristen vgl. Dmitrii B. Petrov: The Union of October 1917, in: Anna Geifman (Hg.): Russia under the Last Tsar. Opposition and Subversion 1894–1917, Oxford 1999, S. 179–198.

52 Zu den nationalistisch-monarchistischen Gruppierungen vgl. Rawson (wie Anm. 19), S. 19–72; Aleksandr Bokhanov: Hopeless Symbiosis. Power and Right-Wing Radicalism at the Beginning of the Twentieth Century, in: Geifman (wie Anm. 51), S. 199–213.

Ende ihrer Legislaturperiode; aber auch sie entwickelte keine produktive, auf Zuverlässigkeit und Dauer gestellte Zusammenarbeit mit der Regierung. Diese sah im Parlament weiterhin vor allem einen Störfaktor und weniger einen Partner der Politikgestaltung. Ihrer eigentlichen Funktion, soziale, ethnische und politische Konflikte zu lösen und die Zerrissenheit des Landes zu überwinden, konnte die Reichsduma darum niemals nachkommen.⁵³

Stolypins Versuch einer konservativen Modernisierung

Als erbarmungsloser Vertreter von Recht und Ordnung zögerte der Regierungschef Stolypin keinen Augenblick, Armeeverbände zur Niederschlagung von Unruhen einzusetzen, die infolge der Wahlrechtsreform 1907 wieder landesweit ausgebrochen waren. Zur Wiederherstellung der Ordnung setzte er auf ein System von Standgerichten, die erneut Tausende von Todesurteilen fällten. Dieses Vorgehen trug Stolypin den Titel „Eiserner Premierminister“ ein. Er wusste aber auch, dass Wandlungsprozesse eingeleitet werden mussten, um dem Zarenreich die dringend benötigte Stabilität zu verschaffen.⁵⁴

53 Aust (wie Anm. 39), S. 55–58; Christoph Schmidt: Russische Geschichte 1547–1917, München 2009, S. 109.

54 Peter Waldron: Between Two Revolutions. Stolypin and the Politics of Renewal of Russia, DeKalb 1998; Abraham Ascher: P. A. Stolypin. The Search for Stability in Late Imperial Russia, Stanford 2001.



Petr Arkadevich Stolypin (1863-1911), Aufnahme aus dem Jahr 1906
Foto: ullstein bild/Granger NYC

Stolypins ehrgeizigstes konservatives Modernisierungsprojekt war die Agrarreform, mit der er den ersten staatlichen Versuch startete, die überlieferte Dorfordnung und damit die bäuerliche Solidargemeinschaft zu zerstören. Seit der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 waren die Bauern zwar persönlich frei; sie blieben aber weiterhin an ihre Dorfgemeinde gebunden. Diese und nicht der einzelne Bauer besaß das von den Gutsherren abgelöste Land und verteilte es an die einzelnen bäuerlichen Haushalte. Je größer das zugeteilte Ackerland, desto größer war die vom Bauernhaushalt zu erbringende Steuer- und Abgablast. Alle Bewohner einer Gemeinde standen in kollektiver Haftpflicht und mussten Zahlungsrückstände ihrer Nachbarn kompensieren. Infolge dieser Umverteilung von Land und Abgaben wirkten im russischen Dorf Egalisierungsmechanismen, die eine starke soziale Ausdifferenzierung der Bauerngesellschaft in Arm und Reich hemmten.

Im Herbst 1906 erließ Stolypin ein Gesetz, das es dem einzelnen Bauer ermöglichte, aus der Dorfgemeinde

auszutreten und die von ihm bearbeiteten Äcker in sein Privateigentum umzuwandeln. Ziel war es, einerseits die Dorfgemeinde als Hort bäuerlichen Widerstands stillzulegen, andererseits eine ökonomisch leistungsstarke und loyale Schicht von Mittelbauern zu schaffen, die auf dem Land zur neuen sozialen Basis des Zarenregimes werden könnte. Flankiert wurde diese Agrarreform mit geringverzinsten Krediten, mit Bildungsprogrammen zur Verbreitung neuen agrarischen Wissens und mit der Förderung des Genossenschaftswesens, um die Bauern für den kapitalistischen Agrarmarkt fitzumachen und ihnen die Lust an der Revolution zu nehmen.

Bis 1915 nutzte schließlich knapp ein Viertel aller russischen Bauern die neuen Regelungen und schied aus ihren Dorfgemeinden aus. Zu Privatisierungsprozessen kam es vor allem in der Nähe von städtischen Märkten, wo es seit längerem profitorientierte Bauernhaushalte gab. Viele wollten hier auch nur ihre Verbindung zur Dorfgemeinde beenden, um sich ihren Verpflichtungen zu entledigen und dauerhaft in die Stadt überzusiedeln. In den traditionellen Agrargebieten, in denen die Landarmut und damit die Unzufriedenheit am größten waren, wagten aber nur wenige Bauern den Schritt aus der Dorfgemeinde, weil diese ihnen angesichts ihrer prekären Verhältnisse weiterhin gewisse soziale Sicherheiten zu gewährleisten schien. Auch wenn die Stolypinsche Agrarreform darum mancherorts neue Impulse setzte, führte sie dennoch nicht zu einer grundlegenden Transformation der ländlichen Verhältnisse.

Seinen Reformhebel hatte Stolypin an der Dorfgemeinde angesetzt, um den bäuerlichen Landhunger zu stillen, ohne dass der Adel dafür bezahlte. In diese Richtung zielte auch ein erneutes Umsiedlungsprogramm. Dank staatlicher Hilfen ergriffen zwischen 1907 und 1914 noch einmal 2,8 Mio. Bauern die Chance, im asiatischen Landesteil einen Neuanfang zu wagen. Auf diese Weise sollten der soziale Unmut und die bäuerlichen Energien in die Erschließung der Peripherien des Zarenreichs umgelenkt werden. Die von vielen Dorfbewohnern sehnsüchtig erwartete allgemeine Agrarreform, die Adelsland in Bauernland umwandeln sollte, ging die Regierung jedoch nicht an. Die soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit im Landbesitz blieb zum Unmut der Bauern weiter bestehen. Die explosive Agrarfrage ließ sich so nicht entschärfen.⁵⁵

.....
55 Figes (wie Anm. 1), S. 252-262; Richard Pipes: Die Russische Revolution. Bd. 1: Der Zerfall des Zarenreiches, Berlin 1992, S. 301-311; Judith Pallot: Land Reform in Russia, 1906-1917. Peasant Responses to Stolypin's Project of Rural Transformation, Oxford 1999.



Staatsakt zum hundertjährigen Gedenken an den Sieg über Napoleon, Moskau 1912. Im Bild: Zar Nikolaj II. mit Offizieren vor der Christ-Erlöser-Kathedrale
Foto: ullstein bild/Heritage Images/Fine Art Images [Fotoarchiv Krasnogorsk, Fotograf: K. von Hahn]

An der konservativen Modernisierung Stolypins scheiden sich die historischen Geister. Trotz der Widersprüche seiner Politik würdigen ihn einige Forscher und Publizisten sogar als potenziellen „russischen Bismarck“. ⁵⁶ Unbestritten ist jedenfalls, dass es seit der Ermordung Stolypins im Jahr 1911 der russischen Regierung an Ideen und am Willen fehlte, weitere Veränderungen anzugehen. Stattdessen feierte der Zarenhof 1912 mit großem Pomp den 100. Jahrestag des Siegs über Napoleon. Als sich im darauffolgenden Jahre zum 300. Mal der Beginn der Herrschaft der Romanovs jährte, beging Nikolaj II. dieses dynastische Jubiläum mit ausgedehnten Feierlichkeiten. Die überall inszenierten Begegnungen mit der einfachen Bevölkerung bestärkten ihn in dem Irrglauben, die Revolution

.....
⁵⁶ Zu dieser kontroversen Bewertung vgl. Schmidt (wie Anm. 53), S. 107-109 ff.

von 1905 hätte die Verbundenheit zwischen Zar und Volk nicht zerrissen. Das verstellte ihm einen schonungslosen Blick auf die vielen ungelösten Probleme. ⁵⁷

So brach 1912 erneut eine Welle von Streiks und Unruhen über Russland herein. Großes Aufsehen und Empörung erregte vor allem das Massaker an den streikenden Arbeitern auf den Goldfeldern am ostsibirischen Fluss Lena. Im Frühling und Frühsommer 1914 erschütterten sodann Arbeitsniederlegungen das wirtschaftliche und soziale Leben in Petersburg, Moskau und anderen Großstädten. Wieder war es die Mischung von sozialen Missständen und politischen Anliegen, die Hunderttausende auf die Straßen trieben, um

.....
⁵⁷ Figs (wie Anm. 1), S. 23-44; Felix Ph. Ingold: Der große Bruch. Russland im Epochenjahr 1913, München 2000, S. 45-50; Richard Wortman: Scenarios of Power. Myth and Ceremony in Russian Monarchy. Bd. 2: From Alexander II. to the Abdication of Nicholas II., Princeton 2000, S. 439-480.

ihrem Unmut an den bestehenden Verhältnissen Luft zu machen. Russland schien einfach nicht mehr zur Ruhe zu kommen; die soziale und politische Lage blieb explosiv.⁵⁸

Das galt auch auf dem Feld der Nationalitätenpolitik. Nach 1907 erhielten russisch-nationalistische Kräfte weiteren Aufwind. Zeitgenössische Korrespondenten wunderten sich über den „zoologischen Nationalismus“ des Petersburger Politikestablishments, das mit seiner Diskreditierung der Nichtrussen der zarischen Volkswirtschaft und dem gesellschaftlichen Miteinander großen Schaden zufüge.⁵⁹ Aber Zar und Regierung konnten das Rad nicht mehr auf die Zeit vor 1905 zurückdrehen. An den Rändern des Zarenreichs standen das Imperiale, das Russische und das Nationale weiter in einem Spannungsverhältnis zueinander, das sich nicht entschärfen ließ.⁶⁰ Bei seinem Russlandbesuch 1913 sprach der französische Präsident Raymond Poincaré darum voller Neugierde, aber auch voller Angst davon, dass das majestätische Riesenreich „in seinen Fugen krachte“.⁶¹

Die Wegzeichen des russischen Fin de siècle

Überall in Europa gab es in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg die Vorahnung, eine Epochenwende stehe unmittelbar bevor. Die Welt des Fin de siècle kennzeichnete ein Schwanken zwischen Aufbruchs- und Endzeitstimmung.⁶² Die „Synergie von durativen, durch Kontinuität bewahrenden und explosiven, durch Zerstörung erneuernden Prozessen“ führte zu einem allgemeinen Taumel der Zeit, der wegen des „kaleidoskopartigen Zusammenschießen des Ungleichen“ nirgendwo deutlicher spürbar als in Russland war.⁶³ Zwar hatte das Zarenreich ein erstes revolutionäres Vorbeben überstanden; sein politischer Aggregatzustand blieb angesichts „vieler Blockaden und Knoten“ sowie einer „Überlast an Problemen“ aber weiterhin äußerst instabil.⁶⁴

58 Neutatz (wie Anm. 26), S. 132-134; Robert B. McKean: St. Petersburg between the Revolutions. Workers and Revolutionaries, June 1907 - February 1917, New Haven 1990, S. 192-268 u. 297-317; Bernd Bonwetsch: Die Russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz, Darmstadt 1991, S. 84-94; Michael Melancon: The Lena Goldfields Massacre and the Crisis of the Late Tsarist State, College Station 2006.

59 Zit. n. Ingold (wie Anm. 57), S. 37 f.

60 Kappeler (wie Anm. 23), S. 280-283; Figes (wie Anm. 1), S. 262-268; Helmut Altrichter: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997, S. 70-74.

61 Ingold (wie Anm. 57), S. 49.

62 Philipp Blom: Der taumelnde Kontinent. Europa 1900-1914, München 2009; Michael Saler (Hg.): The Fin-de-siècle World, London 2015.

63 Ingold (wie Anm. 57), S. 10 u. 23.

64 Hildermeier (wie Anm. 17), S. 1059 f.

Diese Zeit von 1905 bis 1914 gilt als eine der widersprüchlichsten Phasen der russischen Geschichte, um deren Interpretation bis heute die historische Forschung ringt. Die sogenannten Optimisten verweisen auf die anhaltende Hochkonjunktur der russischen Wirtschaft seit 1907, die sowohl die Umgestaltung des gesamten Reichs vorantrieb als auch einen soliden Staatshaushalt gewährleistete. Zudem war mit der Gewährung bürgerlicher Freiheitsrechte eine bis dahin unbekannt Form politischer Öffentlichkeit entstanden. Eine Zivilgesellschaft begann sich zu formieren. Zusammen mit der neuen Parteilandschaft war sie – das betonen die sogenannten Pessimisten – jedoch nicht stark genug, um einen wirklich grundlegenden Wandel der Ordnung herbeiführen, diese zukunftsfähig machen und damit die Revolution verhindern zu können. Im Gegenteil: die neuen gesellschaftlichen Debatten lösten „eine Welle der Politisierung aus, die bestehende Institutionen umging – und daher nicht zu lenken war.“⁶⁵ Terror, Pogrome und überzogene staatliche Strafaktionen schufen eine Gewaltspirale, deren Eskalationsmechanismen leicht in Gang gesetzt werden konnten. Der Eindruck „eines allgegenwärtigen und tiefsitzenden – ideologisch, ethnisch und sozial motivierten – Hasses“ ließ die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg als besonders bedrohlich erscheinen.⁶⁶ Die gegenseitige Verachtung der politischen Akteure und die Radikalisierung des Zeitgeists führten allerorten zu Verbitterung und erschwerten es, Wege des Ausgleichs und Kompromisses zu beschreiten. Es hätte darum „eines Wunders bedurft, um Russland den organischen und friedlichen Übergang in eine konstitutionelle Demokratie zu ermöglichen.“⁶⁷

Angesichts der tiefen Zerrissenheit der Gesellschaft rangen sich führende russische Denker zu einer kritischen Standortbestimmung durch, die ihren Niederschlag 1909 im berühmten Sammelband Vechi (Wegzeichen) fand. In ihren Beiträgen warfen Philosophen und Publizisten wie Nikolaj Berdjajev, Sergej Bulgakov, Petr Struve und Semjon Frank, die sich früher selbst für liberale und marxistische Ideen begeistert hatten, den Intellektuellen und Revolutionären vor, diese hätten sich in ihrer Bigotterie und Überheblichkeit selbst dazu ermächtigt, die Rolle des Anwalts und Erziehers des einfachen Volkes zu spielen. Tatsächlich habe diese Radikalisierung der Intelligenz aber nur zur Revolutionierung der einfachen Bevölkerung geführt, um die gesellschaftlichen Konflikte ungezügelt explodieren zu lassen.

65 Schmidt (wie Anm. 53), S. 109.

66 Pipes (wie Anm. 55), S. 340.

67 Martin Malia: Vollstreckter Wahn. Russland 1917-1991, Stuttgart 1994, S. 110.



Der französische Präsident Poincaré (im schwarzen Anzug mit Schärpe) auf Staatsbesuch in Russland beim Abschreiten der Ehrenwache in St. Petersburg, 1914
Foto: ullstein bild/Fotograf: Karl Bulla

Die Vechi-Autoren riefen darum dringend zur Mäßigung auf. Die Gebildeten sollten endlich aus ihren weltfremden Tagträumen erwachen, den Habitus der Fundamentalopposition hinter sich lassen und sich konstruktiv um die Verbesserung der Verhältnisse sowie um die Kultivierung geistiger Werte kümmern. Nur so könnten sie Bauern und Arbeitern ein Vorbild geben, um zu verhindern, dass das gesamte Land in den Strudel von Chaos und Vernichtung stürze.⁶⁸

Der Sammelband galt 1909 als politische Sensation, weil er als prophetisches Werk deutlich machte, dass Russland an einer Wegscheide stand. Ganz in diesem Sinne konstatierte der russische Lyriker Aleksandr Blok damals „Gefühle von Unbehagen, Angst, Katastrophe, Explosion [...]. Wir wissen noch nicht genau, welche Ereignisse auf uns warten, doch in unseren Herzen hat die Nadel des Seismographen bereits zu zittern begonnen.“⁶⁹

Die Frage nach der Reform- und Überlebensfähigkeit des Zarismus gab am Vorabend des Ersten Weltkriegs offensichtlich viel Grund zur Besorgnis. Dennoch wohnte dem Russischen Revolutionszyklus keine inhärente Logik inne, die – 1905 einmal in Gang gesetzt – nicht aufzuhalten gewesen sei. Auch wenn sich die politischen Möglich-



Der russische Schriftsteller Aleksandr Blok, Aufnahme um 1900
Foto: ullsteinbild/Heritage Images/Fine Art Images

keitsräume, die sich in den bewegenden Jahren nach der ersten Russischen Revolution eröffnet hatten, durch die anschließenden Entscheidungen der historischen Akteure sukzessive verengten, barg das Zarenreich selbst 1913 noch einige Entwicklungswege in sich. Eine Revolution erschien damals vielen durchaus denkbar; aber keineswegs unvermeidbar.⁷⁰ Erneut war es der Krieg, der zum Geburtshelfer der Revolution und dieses Mal dann auch zum Totengräber des Zarenregimes wurde, das sich 1914 auf einen „Höllenstein“⁷¹ einließ, aus dem es nicht als Triumphator hervorgehen konnte. ▲

68 Zu diesem Sammelband vgl. Karl Schlögel (Hg.): Vechi – Wegzeichen. Zur Krise der russischen Intelligenz, Frankfurt 1990; Rainer Goldt: Die Revolution und ihre Intellektuellen. Der Sammelband „Vechi“ (Wegzeichen) im Kontext seiner Zeit, in: Kusber/Frings (wie Anm. 15), S. 383–412.

69 Zit. n. Pipes (wie Anm. 55), S. 341.

70 Aust (wie Anm. 39), S. 62 f.

71 Ian Kershaw: Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2016.

Das TV-Duell im Bundestagswahlkampf 2017

Stellenwert und Wirkungspotential eines Medienereignisses zum Höhepunkt des Wahlkampfes

von Jan Dinter und Kristina Weissenbach

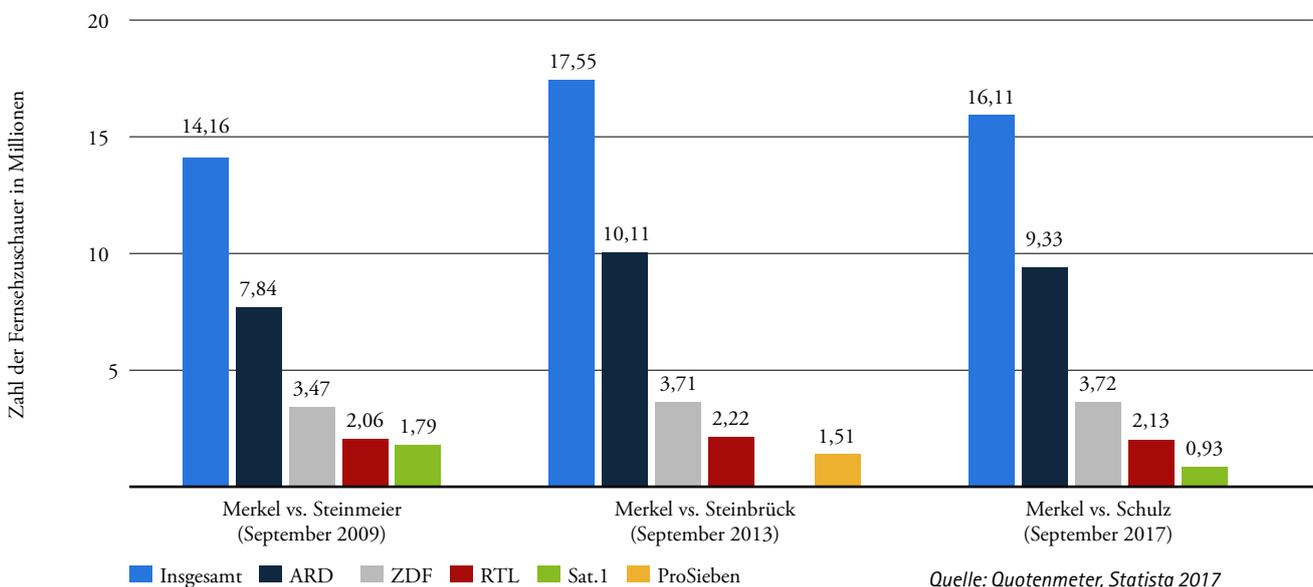
Serie:
Bundestagswahl
am 24. September
2017



*Eher konsensuell als konfrontativ: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Herausforderer Martin Schulz im TV-Duell am 3. September in Berlin
Foto: picture alliance/Fotograf: Michael Kappeler/dpa*

Drei Wochen vor der Bundestagswahl, am 3. September 2017, trafen die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien CDU und SPD im TV-Duell aufeinander, um die zentralen Themen des Bundestagswahlkampfes 2017 in 90 Minuten live vor laufenden Kameras zu diskutieren. Die ARD, RTL, SAT.1 und das ZDF stellten mit Sandra Maischberger, Peter Kloeppel, Claus Strunz und Maybrit Illner einerseits die Moderatoren für das Diskussionsformat, zum anderen übertrugen alle vier Sender das Duell. In der Reihe vieler anderer Fernsehformate, die entweder die Spitzenkandidaten der kleinen Parteien um „Platz drei“ debattieren ließen oder Angela Merkel (CDU) und Martin Schulz (SPD) getrennt voneinander mit Publikumsfragen konfrontierten (z.B. die „Wahlarena“ in der ARD oder „Klartext, Frau Merkel“, „Klartext, Herr Schulz“ im ZDF), war das TV-Duell des 3. September das einzige Format, in dem Angela Merkel und Martin Schulz direkt aufeinander trafen, und damit – bei einer Zuschauerzahl von 16,11 Millionen – Höhepunkt des Wahlkampfes zum 19. Deutschen Bundestag.

Anzahl der Fernsehzuschauer bei den TV-Duellen der Kanzlerkandidaten 2009–2017



Entgegen des Wunsches der vier Fernsehanstalten, das Fernsehformat offener, spontaner und mit mehr Raum zum konfrontativen Diskurs zwischen den Kandidaten zu gestalten, sowie mit mehr Zeit am Stück für je ein Moderatorenpaar zum kritischen Nachfragen, führten die Vorabgespräche mit den Vertretern der Spitzenkandidaten dazu, dass das Duell nach dem Modell des Jahres

2013 praktiziert wurde: vier Themenblöcke mit abwechselnden Fragen der Moderatorinnen und Moderatoren strukturierten den Abend. Eine Publikumsbegleitung oder Zuschauerfragen waren nicht vorgesehen. Themen wie Klima, Digitalisierung oder Familie und Beruf wurden vernachlässigt. Außenpolitische Themen und Fragen der Flüchtlingssituation in Deutschland – also Felder, in

denen sich die Positionen von Angela Merkel und Martin Schulz nur in Nuancen unterscheiden – waren dominant. Für die Zuschauerinnen und Zuschauer konnten wirkliche parteipolitische Unterschiede nur in einem kurzen „Ja-Nein-Frage-Antwort“-Block klar ersichtlich werden – der das einzige Novum beim diesjährigen Duell darstellte.

Als Raum verdichteter, höchst intensiver Wahlkampfkommunikation war das Kanzlerduell eine eigene kleine Kampagne im Gesamtwahlkampf. TV-Debatten erfüllen eine Vielzahl von Funktionen – z.B. versuchen die Spitzenkandidaten in ihnen die beträchtliche Zahl noch unentschlossener Wähler für sich zu gewinnen, auf den letzten Metern des Wahlkampfendspurts Journalisten zu überzeugen und den Ton der Medienberichterstattung zu ihren Gunsten zu verbessern oder aber bestehende Sympathien für einen Kandidaten zu verstärken. Auch in diesem Bundestagswahlkampf fieberten Parteien, Journalisten und nicht zuletzt Wählerinnen und Wähler auf das Duell drei Wochen vor dem Urnengang hin. Besonders die SPD und ihr Spitzenkandidat Martin Schulz hofften, in der Konfrontation mit Angela Merkel noch einmal „Boden“ gutzumachen und die vielen Journalisten, die für den „Herausforderer“ keine realistische Chance auf einen Wahlsieg mehr sahen, vom Gegenteil zu überzeugen.¹

Der Auftritt der beiden Kandidaten und ihre Argumentation traten aber angesichts zweier Streitpunkte in den Hintergrund: Vor dem Duell wurde die vermeintliche Einflussnahme der Amtsinhaberin Angela Merkel auf die Gestaltung des Formats breit kritisiert.² Im Nachgang der Debatte wurde wiederum dem Moderatorenteam eine einseitige und populistische Themen- und Fragenauswahl vorgeworfen.³ All das verdeutlicht mehrere Punkte: Obwohl die Kommunikations- und Politikwissenschaft mehrfach nachweisen konnte, dass

.....

1 Lisa Caspari: „Schulz sollte im TV-Duell nicht mit Merkel reden“, Interview mit Frank Stauss, Zeit Online v. 30.08.2017, online abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/bundestagswahlkampf-tv-duell-martin-schulz-frank-stauss> [Stand: 18.09.2017].

2 Deutscher Journalisten-Verband: Kanzlerduell. Veränderungen erforderlich, Pressemitteilung v. 29.08.2017, online abrufbar unter: <https://www.djv.de/startseite/profil/der-djv/pressebereich-download/pressemitteilungen/detail/article/veraenderungen-erforderlich.html> [Stand: 18.09.2017]; Welt.de v. 26.08.2017: Vorwürfe gegen Merkels Bedingungen für das TV-Duell mit Schulz, online abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168016093/Vorwurfe-gegen-Merkels-Bedingungen-fuer-das-TV-Duell-mit-Schulz.html> [Stand: 18.09.2017].

3 Stefan Koldehoff: „Das journalistische Resultat war unterdurchschnittlich“, Interview mit Volker Lilienthal, Deutschlandfunk.de v. 04.09.2017, online abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/moderatoren-beim-tv-duell-das-journalistische-resultat-war-2907.de.html?dram:article_id=395054 [Stand: 18.09.2017]; Kathleen Hildebrand: Die Angst der Moderatoren vor dem Mob, Sueddeutsche.de v. 04.09.2017, online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/medien/tv-duell-die-angst-der-moderatoren-vor-dem-mob-1.3652046> [Stand: 18.09.2017].

TV-Debatten demokratisches Potenzial besitzen und Wähler sowohl mobilisieren als auch informieren können, treten die Argumente der Kandidaten in der öffentlichen Debatte vor und nach den Duellen häufig in den Hintergrund. Obwohl es sich um das vermutlich wichtigste Wahlkampfeignis handelt, wurde die Planung und Organisation zwischen den ausstrahlenden Sendern und den Parteien lange nicht beachtet. Dabei wird schon länger argumentiert, dass angesichts der Bedeutung der Duelle klare Regeln und transparente Entscheidungen notwendig seien.⁴ Nicht zuletzt spiegelt sich auch im TV-Duell ein Wandel von Wahlkämpfen und politischer Debatte wider. Populismus, Polarisierung und Big Data als große Trends der jüngsten Wahlkämpfe in Europa und Amerika bildeten die Hintergrundfolie auch für den Bundestagswahlkampf 2017.

Welche Wirkung haben TV-Debatten nun auf Wählerinnen und Wähler? Wie verläuft die Organisation von TV-Duellen und welche Rollen spielen sie (noch) im Wahlkampf? Der vorliegende Beitrag setzt sich mit diesen Fragen auseinander und bietet einen Überblick über die Forschung zur Wirkung von TV-Debatten auf Wählerinnen und Wähler, zum Umgang mit diesem Format in der Wahlkampfberichterstattung sowie zu Rhetorik und Argumentationsstrategien der Kandidaten. Außerdem wagen die Autoren einen Blick hinter die Kulissen der Organisation von TV-Debatten. Zweitens werden aktuelle Veränderungen in den Kampagnen der Parteien und dem medialen Umfeld des Bundestagswahlkampfes nachgezeichnet, um die Frage zu beantworten, welche Bedeutung das „klassische“ Format der TV-Debatte (noch) haben wird. Zuletzt wird der Blick auf den Bundestagswahlkampf 2017 gerichtet und erörtert, wie die bestehenden Forschungsergebnisse zu TV-Debatten vor diesem Hintergrund einzuordnen sind und welche Fragen das Duell „Merkel vs. Schulz“ für kommende Debatten aufwirft.

Zwischen Wahlkampfinstrument und demokratischer Lehrstunde: Wirkungen, Inhalte und Organisation von TV-Debatten

Das TV-Duell ist nicht nur ein wichtiges Wahlkampfinstrument für die Parteien. Es ist auch ein Fernsehformat mit demokratischem Potenzial; die Bedeutung von Fernsehdebatten sollten nicht unterschätzt werden. Die politik- und kommunikationswissenschaftliche Forschung hat interessante Antworten auf die Fragen gefunden, ob Debatten als Hilfestellung für Wähler dienen, welche Effekte sie auf Wahl-

.....

4 Vgl. Christoph Bieber: Wer darf auf die große Bühne?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.03.2016, S. 15.



Christian Nitsche (Moderator), Sonia Seymour Mikich (Moderatorin), Sahra Wagenknecht (Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, DIE LINKE), Cem Özdemir (Parteivorsitzender, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Joachim Herrmann (Innenminister des Freistaates Bayern, CSU), Christian Lindner (Parteivorsitzender, FDP) und Alice Weidel (AfD Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2017) im „Fünfkampf“ am 04. September 2017
Foto: ullstein bild/ Müller-Stauffenberg

entscheidung und Wahlbeteiligung sowie mediale Berichterstattung haben und welche Strategien in den Sendungen von Kandidaten und Parteien verwendet werden.

Allem voran lässt sich feststellen, dass Fernsehdebatten das Potenzial besitzen, die Images der Kandidaten und auch die Wahlabsichten der Zuschauer zu ändern. Maurer und Reinemann kamen zu dem Schluss, dass das Kanzlerduell im Bundestagswahlkampf 2005 sogar das Zünglein an der Waage war. Wie viel Einfluss eine Debatte auf den Wahlausgang hat, hängt dabei aber vom Zeitpunkt und der Ausgangslage vor dem Duell ab. Allgemein können sich Kandidaten bei einem guten Auftritt einen Imagegewinn, jedoch nur in deutlich geringerem Maße einen Stimmengewinn erhoffen.⁵ Am meisten profitieren die weniger bekannten Kandidaten, die sich mit den Duellen Aufmerksamkeit verschaffen können und so häufig ihr Image aufbessern. Einen Imageverlust haben auch Amtsinhaber in der Regel nicht zu befürchten.⁶ Viel wichtiger ist aber, dass die Politikwissenschaft auch positive Effekte der Debatten auf die Demokratie feststellen konnte. Fernsehdebatten können nämlich die Einstellung der Zuschauer

zum politischen System verbessern, Informationen über Politik im Allgemeinen und die Kandidaten im Besonderen vermitteln und Zuschauer motivieren, wählen zu gehen.⁷ Besonders bei politisch eher uninteressierten Zuschauern können die TV-Duelle daher wie eine Art „Lehrstunde der Demokratie“ wirken.⁸ Dadurch, dass sich diese Rezipienten nach den Debatten subjektiv kompetenter fühlen und sogar objektiv mehr Wissen erlangen, bekommen sie das Gefühl, dass politische Akteure responsiv handeln.⁹ Vor allem deshalb wird TV-Debatten auch ein „demokratisches Potenzial“ zugesprochen.¹⁰ Einige Studien haben jedoch gegenteilige Ergebnisse hervorgebracht. Sicher ist aber ohne Frage, dass die positive Wirkung von TV-Duellen auf die demokratische

5 Vgl. Marcus Maurer/Carsten Reinemann: Warum TV-Duelle Wahlen entscheiden können. Befunde und Konsequenzen der TV-Duell-Studie 2005, in: Schröder gegen Merkel. Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells 2005 im Ost-West-Vergleich, hg. v. Marcus Maurer/Carsten Reinemann/Jürgen Maier/Michaela Maier, Wiesbaden 2007, S. 229–246, hier S. 246.

6 Vgl. André Blais/Andrea M. L. Perella: Systemic Effects of Televised Candidates' Debates, in: The International Journal of Press/Politics 13 (2008), S. 451–464, hier S. 460.

7 Vgl. Kenneth D. Wald/Michael B. Lupfer: The Presidential Debate As a Civic Lesson, in: Public Opinion Quarterly 42 (1978), H. 3, S. 342–353; Thomas M. Holbrook: Political Learning from Presidential Debates, in: Political Behavior 21 (1999), H. 1, S. 67–89; Jürgen Maier/Thorsten/Michaela Maier: Mobilisierung durch Fernsehdebatten: Zum Einfluss des TV-Duells 2009 auf die politische Involvement und die Partizipationsbereitschaft, in: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, hg. v. Bernhard Weißels/Harald Schoen/Oscar W. Gabriel, Wiesbaden 2013, S. 79–96; Jan Dinter/Kristina Weissenbach: Alles Neu! Das Experiment TV-Debatte im Europawahlkampf 2014, in: Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, hg. v. Michael Kaeding/Niko Switek, Wiesbaden 2015, S. 233–246; mit gegenteiligen Ergebnissen: David Weaver/Dan Drew: Voter Learning in the 2004 Presidential Election: Did the Media Matter?, in: Journalism & Mass Communication Quarterly 83 (2006), H. 1, S. 25–42.

8 Vgl. Holbrook (wie Anm. 7); Maurer/Reinemann (wie Anm. 5).

9 Vgl. Maier/Faas/Maier (wie Anm. 7), S. 90.

10 Maurer/Reinemann (wie Anm. 5), S. 246.

Kultur auch von der Gestaltung, den Inhalten und dem Verhalten der Kandidaten abhängen.

Neben den Debatteneffekten auf Wähler lassen sich auch im Verhalten von Medien und Kandidaten bzw. Parteien rund um die Ausstrahlung von TV-Debatten spezifische Muster erkennen. Erstens lässt sich feststellen, dass über die TV-Debatten sehr breit und intensiv berichtet wird. Als Reaktion auf die Duelle intensiviert sich die Wahlkampfberichterstattung aber nicht nur, sie stellt sogar noch stärker als ohnehin personenbezogene Faktoren ins Zentrum. Die Inhalte spielen häufig nur eine untergeordnete Rolle in der Berichterstattung. So konnte gezeigt werden, dass sich Journalisten durch die Einführung von Fernsehdebatten stärker auf Kriterien der Kandidatenbewertung wie Aussehen und Medienperformance beziehen.¹¹ Damit geht einher, dass sie scheinbar das Informationspotenzial von Debatten unterschätzen, da sie nur wenig über die Inhalte der Debatten berichten und sich vielmehr der Frage widmen, welcher Kandidat die Debatte gewonnen habe.¹² Weil sich das Fernsehformat mit seinem gegenüberstellenden Setting besonders gut für Berichte im Stil der Sportberichterstattung eignet – allein die Bezeichnung „Duell“ zeigt bereits diese Zuspitzung – ändert die TV-Debatte häufig auch den Ton der Berichterstattung, in der von „Gewinnern“, „Punktsiegen“, „schlechten Ausgangslagen“ oder einer „Rückkehr in den Ring“ die Rede ist.

Aber nicht nur Medien, sondern auch die Kandidaten fiebern häufig auf das Duell hin, das gerne als Wendepunkt oder „Gamechanger“ gesehen wird. Die Kandidaten, so lässt sich zweitens beobachten, verwenden wiederum ein komplexes Set an Strategien, bei denen faktenorientierte Informationen gleichermaßen wie Emotionen relevant sind. Zunächst sind die Aussagen der Kandidaten in den Debatten in der Regel eher

auf Fakten als auf die eigene Person bezogen,¹³ während rhetorisch Humor und der Ausdruck von Emotionen eine wichtige Rolle spielen.¹⁴ Welche Argumentationsstrategie Kandidaten anwenden, ist wiederum stark von ihrer Position abhängig. Während Herausforderer vornehmlich Angriffsstrategien verwenden, versuchen Amtsinhaber eine positive Bilanz ihrer Leistungen zu ziehen bzw. sich zu verteidigen. Aber auch Herausforderer setzen auf die Leistungsbilanzstrategie, indem sie herausstellen, wie sie im Falle eines Erfolgs handeln würden.¹⁵ Allerdings hängen Inhalt und Strategien der Kandidaten sehr stark von der jeweiligen Kampagne ab. Zudem reagieren die Debatteilnehmer häufig ausweichend und bleiben in ihren Aussagen vage. So wird das Format gerne dafür kritisiert, dass es keinen echten Austausch der Argumente zwischen den Kandidaten ermöglicht, sondern eher eine Abfrage oder „gemeinsame Pressekonferenz“ mit Amtsinhaber und Herausforderer ist. In diesem Fall seien die Debatten günstige Werbemöglichkeiten für die Kandidaten.¹⁶

Obwohl nachgewiesen ist, dass TV-Duelle in vielfältiger Weise, direkt und indirekt Wählerinnen und Wähler beeinflussen und sie damit ein wichtiger Bestandteil von Wahlkämpfen sind, findet die Planung und Organisation der Debatten größtenteils unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Von den Verhandlungsprozessen zwischen den Teams

11 Vgl. Carsten Reinemann/Jürgen Wilke: It's the Debates, Stupid! How the Introduction of Televised Debates Changed the Portrayal of Chancellor Candidates in the German Press, 1949-2005, in: *The Harvard International Journal of Press/Politics* 12 (2007), H. 4, S. 92-111; in ähnlicher Weise: Marcus Maurer/Carsten Reinemann: Schröder gegen Stoiber. Nutzung, Wahrnehmung und Wirkung der TV-Duelle, Wiesbaden 2003; Carsten Reinemann: Völlig anderer Ansicht. Die Medienberichterstattung über das TV-Duell, in: Schröder gegen Merkel (wie Anm. 5), S. 167-194; James B. Lemert/Wayne Wanta/Tien-Tsung Lee: Winning by staying ahead: 1996 debate performance verdicts, in: *The electronic election: Perspectives on the 1996 campaign communication*, hg. v. Lynda L. Kaid/Daniel G. Bystrom, Mahwah 1999, S. 179-189; William L. Benoit/Kevin A. Stein/Glenn J. Hansen: Newspaper coverage of presidential debates, in: *Argumentation and Advocacy* 41 (2004), S. 17-27.

12 Reinemann (wie Anm. 11), S. 169 ff.

13 Vgl. William L. Benoit/P.M. Pier/LeAnn M. Brazeal/John R. McHale/Andrew Klyukovski/David Airne: The primary decision: A functional analysis of debates in presidential primaries, Westport 2002; Markus F. Müller: „Der oder ich!“ Eine Analyse der Kandidatenduelle im Bundestagswahlkampf 2002, in: *Politbarometer*, hg. v. Andreas M. Wüst, Opladen 2003, S. 295-315; Marcus Maurer: Themen, Argumente, rhetorische Strategien. Die Inhalte des TV-Duells, in: Schröder gegen Merkel (wie Anm. 5), S. 33-52.

14 Vgl. Chris Smith/Ben Voth: The role of humor in political argument: How "strategy" and "lockboxes" changed a political campaign, in: *Argumentation and Advocacy* 39 (2002), S. 110-129; Müller (wie Anm. 13); Ann Gordon/Jerry L. Miller: Values and Persuasion during the first Bush-Gore presidential debate, in: *Political Communication* 21 (2004), S. 71-92; Maurer (wie Anm. 13); Kristina Weissenbach: Bilder von Europa. Emotionale Reaktionen auf die Eurovision Debate im Europa-Wahlkampf 2014, in: *Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung*, hg. v. Karl-Rudolf Korte, Baden-Baden 2015, S. 333-348.

15 Vgl. Peter L. Schrott/David J. Lanou: How to Win a Televised Debate: Candidate Strategies and Voter Response in Germany, 1972-87, in: *British Journal of Political Science* 22 (1992), S. 445-467; Benoit u.a. (wie Anm. 13); Maurer/Reinemann (wie Anm. 11), S. 69 ff.; Müller (wie Anm. 13); Maurer (wie Anm. 13), S. 41 ff.

16 Vgl. Marilyn Jackson-Beeck/Robert G. Meadow: The Triple Agenda of Presidential Debates, in: *Public Opinion Quarterly* 43 (1979), H. 2, S. 173-180; Müller (wie Anm. 13); J. Jeffrey Auer: The Counterfeit Debates, in: *The Great Debates. Background, Perspective, Effects*, hg. v. Sidney Kraus, Bloomington 1962, S. 142-150; Lloyd Blitzer/Theodore Rueter: Carter vs. Ford. The Counterfeit Debates of 1976, Madison 1980; David L. Lanou/Peter R. Schrott: The Joint Press Conference. The History, Impact, and Prospects of American Presidential Debates, New York 1991.

der Spitzenkandidaten und den Fernsehsendern bekommen die Zuschauerinnen und Zuschauer meist wenig mit. Aber allein schon die Frage, wer überhaupt an einer Debatte teilnehmen darf, ist höchst brisant. Dabei hat sich in Deutschland die Tradition eingespielt, dass TV-Duelle auf Bundes- wie auf Landesebene zwischen dem Amtsinhaber und dem aussichtsreichsten Herausforderer ausgetragen werden. Weil CDU und SPD traditionell die größten Chancen zugeschrieben werden, später den Kanzler oder Ministerpräsidenten zu stellen, handelt es sich in den meisten Fällen um ein Duell zwischen dem Spitzenpersonal dieser beiden Parteien. In Baden-Württemberg führte das 2011 dazu, dass der spätere Ministerpräsident Winfried Kretschmann von Bündnis 90/Die Grünen nicht am Duell teilnehmen durfte. Die Grünen lagen in Umfragen zwar in etwa gleichauf mit der SPD – dennoch wollte man am vermeintlich medientauglicheren Zweierformat festhalten.

Dass die kleineren Parteien beim Quotenrenner TV-Duell kein Mitspracherecht haben, ruft viele Kritiker des Formats auf den Plan. Denn, so lautet der Vorwurf, die nach dem Vorbild der amerikanischen *presidential debates* gestalteten Kanzlerduelle passten zwar zu einer Präsidentschafts-, aber nicht unbedingt zur Verhältniswahl zum Deutschen Bundestag. Die kleineren Parteien haben deshalb bereits mehrfach versucht, sich einen Platz am Tisch der „Großen“ zu erkämpfen. Im diesjährigen Wahlkampf verfassten die Parteichefs von Bündnis 90/Die Grünen, Linken und der FDP beispielsweise einen offenen Brief an die veranstaltenden Sender. Aber weder der rechtliche Weg noch die öffentliche Kritik der „kleinen“ Parteien hatten bisher Erfolg.¹⁷ Denn für die ausstrahlenden Sender ist das medienwirksamere Zweierformat genauso attraktiv wie für CDU und SPD, die sich so einen Aufmerksamkeitsvorteil verschaffen können.

Andererseits wird häufig kritisiert, dass die Organisation der Duelle nicht unabhängig und transparent von neutraler Stelle beaufsichtigt wird. Bieber schlägt daher vor, ähnlich wie in den USA auch in Deutschland, angestoßen durch die Landesmedienanstalten, verbindliche Kriterien zwischen erfahrenen Journalisten, Kampagnenmanagern und Politikern sowie Debattenforschern auszuhandeln, die dann auf die Durchführung der Duelle angewendet werden könnte.¹⁸ Bisher sei in Deutschland aber „[das prominenteste und reichweitenstärkste Format im Medienwahlkampf] von den eng kooperierenden Akteuren der beiden

stärksten politischen Kräfte [dominiert]“, „die Möglichkeit einer Einflussnahme auf das Format auf wenige Akteure limitiert“ sowie „das bereits vorherrschende Primat der Partei- und TV-Eliten zementiert“.¹⁹ Bieber kommt zu dem Schluss, dass die Debatten in Deutschland nicht wie in den USA im Dreieck von Politik, Medien und Bürgern²⁰ stattfänden, sondern ausschließlich in einer „gebrochenen“ Agenda verharren“.²¹ Diese Ausführungen zeigen nicht zuletzt, dass die Organisation von TV-Debatten ein interessantes Forschungsfeld ist, in dem sich „Grundstrukturen im Beziehungsgeflecht der [...] ‚Mediendemokratie‘ aufzeigen lassen“.²² Die wenigen Einblicke in der Forschungsliteratur deuten darauf hin, dass Teile der Regeln und des Settings der Duelle zwischen den Sendern sowie den beteiligten Parteien ausgehandelt werden. Inhalte der Sendung werden vornehmlich durch die Redaktionen bestimmt.²³ Ein Beispiel, wie die Planung des Fernsehformats anders stattfinden kann, war die TV-Debatte zur Europawahl 2014.²⁴ Allerdings wurde die Organisation durch das Europaparlament angestoßen und begleitet. Auf diesem Weg fanden viele Regeln der parlamentarischen Debatte Eingang in das Fernsehformat. Die häufige Kritik am Einfluss von Amtsinhabern auf die Gestaltung der TV-Duelle oder an der Themenauswahl der Sender und Moderatoren belegen, dass die Frage der Planung der Duelle ein weiterhin kontroverses Feld bleiben wird. Diese Debatte ist vor allem angesichts der prominenten Stellung des Formats mit Mobilisierungs- und Informationsfunktion im Wahlkampf umso bedeutender.

TV-Duelle in modernen Kampagnen zwischen Professionalisierung, Personalisierung und Digitalisierung

Wahlkampagnen sind Hochzeiten der politischen Kommunikation. Parteien, Wähler und Massenmedien bilden zusammen das sogenannte „Wahlkampf dreieck“.

.....

19 Vgl. Christoph Bieber: Das „Kanzlerduell“ als Multimedia-Debatte. Politische Kommunikation und Bürgerbeteiligung zwischen TV und Internet, in: Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, hg. v. Karl-Rudolf Korte, Wiesbaden 2010, S. 239–261, hier S. 257.

20 Vgl. Jackson-Beeck/Meadow (wie Anm. 16).

21 Bieber (wie Anm. 19), S. 257.

22 Ebd., S. 241.

23 Für das TV-Duell in Baden-Württemberg 2011 siehe Amely Krafft/Volker Zaiss: Das TV-Duell aus Sicht der Wahlkämpfer – Ein Blick in die Kampagnenpraxis, in: Das TV-Duell in Baden-Württemberg 2011. Inhalte, Wahrnehmungen und Wirkungen, hg. v. Marko Bachl/Frank Brettschneider/Simon Ottler, Wiesbaden 2013, S. 237–250.

24 Vgl. Dinter/Weissenbach (wie Anm. 7).

.....

17 Vgl. Tagesspiegel.de v. 22.05.2017: TV-Duell bleibt TV-Duell, online abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/medien/sender-reagieren-auf-politikerforderungen-tv-duell-bleibt-tv-duell/19834762.html> [Stand: 18.09.2017].

18 Vgl. Bieber (wie Anm. 4).

Mit ihrer Stimmabgabe übertragen Wähler Macht an Parteien und Politiker. Neben langjähriger Parteineigung oder -identifikation spielen auch aktuelle, kurzfristigere Einstellungen zu den Parteien eine wichtige Rolle. Letztere haben vor allem auf die Gruppe der Wechselwähler und Unentschlossenen eine große Wirkung. Weil die Stammwählerschaft der Parteien bei Bundestagswahlen immer kleiner wird und die langfristigen Faktoren der Wahlentscheidung an Bedeutung verlieren, werden die mittel- und kurzfristigen Faktoren und damit der Wahlkampf an sich wichtiger.²⁵ Das TV-Duell kann einer der wichtigsten kurzfristigen Faktoren sein, weil es generell mehr Zuschauer vor die Bildschirme holt als jedes andere Wahlkampfinstrument und darüber hinaus besonders attraktiv für unentschlossene und politisch eher uninteressierte Wähler ist. Um die Stammwähler zu mobilisieren und Unentschlossene zu überzeugen, kommunizieren Parteien im Wahlkampf direkt, aber vor allem medienvermittelt mit der Wählerschaft.²⁶ Darum hat auch die Auswahl und Interpretation der Wahlkampfeignisse durch Journalisten einen indirekten Einfluss auf die Wahlentscheidung. Das TV-Duell nimmt unter diesem Aspekt eine herausragende Stellung ein. Denn anders als in der sonstigen Berichterstattung bietet es den Kandidaten viel Raum, die eigenen Botschaften zu vermitteln, ohne dabei der direkten journalistischen Auswahl unterworfen zu sein – wenngleich keinesfalls unterschätzt werden sollte, wie einflussreich das Verhalten der Moderatoren auf die Inhalte der Debatten ist. Die Anzahl der Moderatoren, deren Frageverhalten und natürlich die Themenauswahl haben enormen Einfluss auf Inhalte und Redefluss des Duells. Von ihnen ist letztlich abhängig, wie viel Raum den Kandidaten geboten wird und manchmal auch, wie sehr überhaupt ein Austausch zwischen den Kandidaten entsteht.

Ganz allgemein hat sich das Beziehungsgeflecht zwischen Wählern, Politikern und Massenmedien in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gewandelt. Früher war der Wahlkampf von den Parteien geprägt, er fand in den Wahlkreisen und auf der Straße statt. Durch Flugblätter, Plakate sowie Zeitungsanzeigen warben die Parteien um Wählerstimmen – auch abhängig von einem starken Engagement der Parteimitglieder. Heute werden Wahlkämpfe mit den Begriffen der Professionalisierung und Personali-

sierung beschrieben, vor allem durch das Internet wird zum immer wichtigeren Schauplatz.²⁷ Allein das TV-Duell ist vor allem auch einer der deutlichsten Ausdrücke der Personalisierung moderner Wahlkämpfe. In den Debatten stehen einzelne Politiker und ihre Argumente im Mittelpunkt. Sie sind damit Symbol der medialen Fokussierung auf politisches Spitzenpersonal. Dieser Trend lässt sich auch beim Wahlkampfmanagement der Parteien beobachten. Zwar ist es nicht neu, dass die Kandidaten der beiden großen Parteien im Zentrum der Kampagnen zur Bundestagswahl stehen – die CDU setzte mit dem Slogan „Auf den Kanzler kommt es an“ bereits 1969 auf die Person Kurt Georg Kiesingers, die SPD erfand 1961 das Konzept des „Kanzlerkandidaten“ und stellte mit Willy Brandt das erste Mal einen solchen auf.²⁸ Dennoch sind Spitzenkandidaten vor Wahlen auch in Deutschland noch wichtiger geworden wie auch die medialen Kampagnen. Aber nicht nur das Wahlkampfmanagement der Parteien und die Berichterstattung in den Medien wurden personalisiert. Auch die individuelle Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger richtet sich immer stärker an Personen aus. So spielen Sympathien für die Spitzenkandidaten eine immer größere Bedeutung für die Wahlentscheidung, während die Positionen der Parteien an Einfluss verloren haben.²⁹

Trotz der großen Bedeutung der Spitzenkandidaten gilt gerade für die Bundestagswahl, dass es nicht ausreicht, charismatisches und beliebtes Personal in das Zentrum eines Wahlkampfes zu stellen. Politiker müssen, so eine Grundregel politischer Kommunikation, immer mit für den Wähler interessanten Themen verbunden werden, um zu punkten.³⁰ Was eben diese Themen sind, ist schwer vorherzusagen und von vielen Einflüssen abhängig. Trotzdem versuchen Parteien und Kandidaten, die aus ihrer Sicht wichtigen Themen stark zu machen. Das Kanzlerduell ist eine Gelegenheit für die Spitzenkandidaten von CDU und SPD, gezielt Kernthemen aus ihren Wahlprogrammen zu stärken. Neben dem Versuch, die Themen zu hervorzuheben, die für die jeweiligen Parteien zentral sind und bei denen ihnen große Kompetenz zugeschrieben wird – dem sogenannten „Agendasetting“ –, versuchen Parteien auch Debatten um Probleme, die nicht zu ihren Kernkompetenzen zählen oder in denen sie keine Lösungen anbieten können, Auf-

25 Vgl. Frank Brettschneider: Wahlkampfkommunikation 2013: Themenmanagement mit Wahlprogrammen, Plakaten und Kanzlerduell?, in: Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation, hg. v. Michael Jäckel/Uwe Jun, Opladen/Berlin/Toronto 2015, hier S. 46 f. Karl-Rudolf Korte: Wahlen in Deutschland. Grundsätze, Verfahren und Analysen, Bonn 2017.

26 Korte (wie Anm. 25), S. 133 ff.

27 Ebd. Brettschneider (wie Anm. 25).

28 Vgl. Andrea Römmele: Köpfe oder Themen. Konkurrenten um die Kanzlerschaft, in: Bürger & Staat 67 (2017), H. 2, S. 132-140.

29 Vgl. zusammenfassend: Ebd. (wie Anm. 28), S. 133 f., S. 138.

30 Vgl. Brettschneider (wie Anm. 25), S. 50; Korte (wie Anm. 25), S. 144 f.



Im TV-Duell am 1. September 2013 trafen Angela Merkel und Peer Steinbrück aufeinander.
Foto: picture alliance/Geisler Fotopress/Fotograf Sebastian Gabsch



Die Mutter aller Schlachten: Donald Trump, Präsidentschaftskandidat der Republikaner, und Hillary Clinton, Kandidatin der Demokraten im TV-Duell am 26. September 2016
Foto: picture alliance/AP Images/Fotograf: Rick T. Wilking

merksamkeit zu entziehen. Diese Kommunikationsstrategie nennt man „Agendacutting“. Weil die Themenagenda von Medien und Wählern von vielen Einflüssen abhängig ist, sind diese Strategien nur begrenzt einsetzbar. Sehr häufig ist es ohnehin so, dass Themen durch äußere Ereignisse eine besondere Bedeutung in Wahlkämpfen bekommen und jene Parteien, deren Argumente und Positionen durch die so entstandenen öffentlichen Debatten unterstützt werden, auf der Agenda zu „surfen“ versuchen.³¹

Das Duell zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück zur Bundestagswahl 2013 ist ein Beispiel dafür, wie sowohl das Agendasetting als auch -cutting in einem TV-Duell zum Tragen kommen kann. Während Steinbrück es gelang, die Frage sozialer Gerechtigkeit in den letzten Wochen vor der Wahl wieder in den medialen Fokus zu rücken, blieb Merkel vor allem mit dem Satz: „Sie kennen mich“, und einer auffälligen Kette in Schwarz, Rot und Gold in Erinnerung. Das aufgrund der Kette entstandene Internet-Meme fand viel Anklang und lenkte wiederum von Themen des Duells ab.³² Dieses Beispiel zeigt aber auch, dass nicht nur die klassische Berichterstattung über die Duelle, sondern auch die Diskussionen über sie in sozialen Netzwerken Teil von Kampagnen geworden sind. Dem Wahlkampf im Internet kommt ohnehin eine immer größere Bedeutung zu – nicht zuletzt deshalb, weil es zu einer immer wichtigeren Informationsquelle für Wähler

31 Vgl. zum Themenmanagement in Wahlkämpfen Brettschneider (wie Anm. 25), S. 51f.

32 Vgl. Brettschneider (wie Anm. 25), S. 60.

geworden ist. Die Parteien nutzen vor allem die günstigen und sehr flexiblen Werbemöglichkeiten. Die vielen Daten, die Nutzer sozialer Netzwerke preisgeben und von den Betreibern für Werbezwecke zur Verfügung gestellt werden, ermöglichen es auch, datenbasierten Wahlkampf und auf kleinste Zielgruppen zugeschnittene Kampagnen zu gestalten. Dieses sogenannte „Microtargeting“ ist vor allem in den USA bereits ein beliebtes Instrument.³³ Psychologisches Microtargeting soll nicht zuletzt dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump zum Sieg verholfen und das Referendum zum Brexit maßgeblich beeinflusst haben. Auch wenn die Strategien der beratenden Marketingfirmen sicher ein wichtiger Teil der Kampagnen waren, ist aber die Einschätzung, die Wahlen wären durch datenbasierte Manipulationen gewonnen worden, zu weit gegriffen.³⁴ In Deutschland sind die Möglichkeiten für zielgenaue Werbung stärker begrenzt als beispielsweise in den USA, weil der deutsche Datenschutz dem Direktmarketing Grenzen setzt. Zwei andere Varianten des Wahlkampfs mit sozialen Netzwerken und Big Data sind aber auch für die Bundestagswahl durchaus relevant geworden. Zum einen bedienen die deutschen Parteien die großen Datenmengen, um in ihren „Haustürwahlkämpfen“ gezielt Straßenzüge zu identifizieren, in denen sie Bürger vermuten, die sie mit

33 Vgl. zum Online-Wahlkampf Frank Brettschneider: Wahlkampf: Funktionen, Instrumente und Fake News, in: Bürger & Staat 67 (2017), H. 2, S. 146-153, hier S. 150 f.

34 Vgl. Marvin Strathmann: Der geheime Facebook-Wahlkampf der Parteien, Sueddeutsche.de v. 20.08.2017, online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/digital/bundestagswahl-der-geheime-facebook-wahlkampf-der-parteien-1.3634351> [Stand: 18.09.2017].



Harter Schlagabtausch: Die Präsidentschaftskandidaten Emanuel Macron („En marche“) und Marine le Pen (Front National) im TV-Duell am 3. Mai 2017
Foto: picture alliance/Fotograf: Alexandere Marchi/MAXPPP/dpa

ihren Ideen in einem direkten Gespräch mit dem Wahlkreiskandidaten überzeugen können. Zum anderen nutzen die Parteien soziale Netzwerke, um ihre eigenen Anhänger zu mobilisieren und die einzelnen Wahlkampfveranstaltungen von der höchsten bis zur niedrigsten Parteebene abzustimmen und zu organisieren. Ein Beispiel, in dem diese beiden Aspekte verbunden wurden, ist die App „Connect17“, mit der die CDU Wahlhelfer im „Haustürwahlkampf“ gezielt in erfolgversprechende Straßenzüge schickt und die angemeldeten Helfer dann Punkte für ihre Aktivitäten bekommen.³⁵ Gerade das Microtargeting und der Social-Media-Wahlkampf zeigen, dass sich das Beziehungsgeflecht zwischen Wählern, Parteien und Massenmedien verschoben hat und die direkte Kommunikation über soziale Netzwerke den Parteien neue Möglichkeiten der Einflussnahme bietet.³⁶ Diese Entwicklung berücksichtigen die Kampagnen-Macher der Parteien auch beim TV-Duell. In der Echtzeitkommunikation über das Duell auf dem Second-Screen sind deshalb besonders viele Unterstützer der Kandidaten aktiv, um deren Auftritt zu unterstützen und so zu helfen, die Deutungshoheit über den Ausgang des Duells zu erlangen.

35 Matthias Kolb: Mit dieser App steuert die CDU ihre Wahlhelfer, Sueddeutsche.de v. 16.05.2017, online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-mit-dieser-app-steuert-die-cdu-ihre-wahlhelfer-1.3506830> [Stand: 18.09.2017].

36 Vgl. Brettschneider (wie Anm. 33), S. 150 f.

Ein weiterer Trend, der sich bei vielen europäischen Wahlen sowie der amerikanischen Präsidentschaftswahl abgezeichnet hat, ist die Polarisierung von Parteiensystemen und der Wählerschaft sowie die Zunahme populistischer Stilmittel. Dass durch populistische Parteien immer extremere Positionen in politische Debatten einfließen, lässt sich beispielsweise in Frankreich, den Niederlanden und Österreich beobachten.³⁷ Auch für die Bundestagswahl 2017 gilt, dass die AfD zu einer stärkeren Polarisierung des lange als konfliktarm beschriebenen Wahlkampfes geführt hat. Ein populistisches Stilmittel, das vor der Bundestagswahl von vielen Parteien und Journalisten befürchtet wurde, waren reichweitenstarke und gezielt verbreitete Falschmeldungen, die die Forderungen von Parteien unterstützen. Diese sogenannten Fake News wurden das erste Mal im Zuge der Trump-Kampagne bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl diskutiert. Generell zeichnet sich Populismus durch eine ausgeprägte Kritik an den bestehenden Eliten und einer antipluralistischen Ausrichtung aus. Populistische Parteien erheben den Anspruch, den „wahren Willen des Volkes“ zu vertreten.³⁸ Es lassen sich viele Beispiele dafür finden, dass Polarisierung und Populismus in vielen Ländern auch Eingang in TV-Debatten fanden. Bei der Bundespräsidentenwahl in Österreich traten beispielsweise der Grüne Alexander van der Bellen und der populis-

37 Vgl. zum Wahlkampf von Rechtspopulisten ebd., S. 151 f.

38 Vgl. Cas Mudde: *Populist radical right parties in Europe*, Cambridge 2007.

tische FPÖ-Kandidat Norbert Hofer gegeneinander an und sorgten mit einer Debatte unter der Gürtellinie für einen Eklat. Mit Marie Le Pen und Donald Trump waren auch in Frankreich und den USA populistische Akteure Teilnehmer der Duelle. Das „Kanzlerduell“ zwischen Angela Merkel und Martin Schulz fand jedoch zwischen den Kandidaten der beiden etablierten Regierungsparteien statt. Einen indirekten Einfluss darauf hatte die stärkere Polarisierung und der veränderte Ton der politischen Debatte aber durchaus – allein die Themenauswahl der Moderatoren und Redaktionen wurde im Nachhinein als einseitig und populistisch kritisiert.³⁹

Politische Kampagnen unterliegen seit einigen Jahrzehnten einem starken Wandlungsprozess. Soziale Netzwerke, Populismus und zunehmende Polarisierung verändern die Wahlkämpfe, die ohnehin bereits stark professionalisiert und personalisiert sind. TV-Duelle können in diesen Wahlkämpfen durchaus ein zentrales Element sein, von dem sich beispielsweise „unterlegene“ Kandidaten eine Wende erhoffen oder neue und bestehende Wählergruppen mobilisiert werden sollen. Wie groß die Bedeutung dieses Fernsehereignisses ist, hängt aber auch davon ab, wie der Wahlkampf vor dem Duell verlaufen ist, wie offen die Sendung für die Kandidaten gestaltet ist und wie deren Argumente und Auftreten in der Nachberichterstattung und in sozialen Netzwerken aufgenommen werden. TV-Duelle haben also auch in modernen Kampagnen das Potenzial, „das Zünglein an der Waage“ zu sein.

Das Kanzlerduell im Bundestagswahlkampf 2017

Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 fing mit einem Paukenschlag an. Während die Amtsinhaberin Angela Merkel zu Beginn des Jahres noch mit parteiinterner Kritik und sinkender Beliebtheit in der Bevölkerung zu kämpfen hatte, stellte die SPD unerwartet Martin Schulz als Kanzlerkandidaten vor. Im darauffolgenden „Schulz-Hype“ stiegen die Zustimmungswerte für den Sozialdemokraten und die SPD. Diese frühe Wahlkampfphase der Auswahl und Nominierung der Spitzenkandidaten (Identifikationsphase) ging fließend in die Mobilisierungsphase der Parteien über. Während die SPD sich über einen Mitgliederzuwachs freute und den Nominierungsparteitag des Kanzlerkandidaten feierte, blieb es um Kanzlerin Angela Merkel lange eher ruhig. Der medial beachtete „Schulz-Hype“ erhielt aber bereits in der frühen Mobilisierungsphase einen Dämpfer. Zunächst wurde den Sozialdemokraten ein fehlendes Wahlprogramm vorgehalten, später

.....
39 Hildebrand (wie Anm. 3); Koldehoff (wie Anm. 3).



picture alliance/dieKLEINERT.de/Karikatur von Martin Erl

erfüllten auch die SPD-Ergebnisse bei den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen nicht die Erwartungen. Mit diesen Niederlagen im Rücken wurden die weiteren Schritte der SPD, unter anderem die Vorstellung des Wahlprogramms, häufig als unglücklich wahrgenommen. Angela Merkel, der die gute Konjunkturlage Deutschlands und ihr Image als internationale „Krisenmanagerin“ zugutekam, stellte erst spät das Wahlprogramm der CDU vor und konnte mit inzwischen wieder weit über Martin Schulz gestiegenen Zustimmungswerten gestärkt und souverän in die „heiße Phase“ des Wahlkampfs in den letzten Wochen vor dem Wahltermin starten.⁴⁰ Ihre Wahlkampfstrategie, die genauso wie ihr Regierungsstil auf einen möglichst wenig polarisierten Wahlkampf setzt, hatte angesichts der Stimmungslage vor dem TV-Duell gewirkt.⁴¹ Diesem Stil entspricht auch ein TV-Duell mit möglichst geringer Konfrontation. Ihr Herausforderer Martin Schulz und die SPD setzten jedoch viel Hoffnung in das „Duell auf Augenhöhe“. Für ihre Kampagne sollte das Kanzlerduell einen erneuten Wendepunkt darstellen und Aufschwung verschaffen.⁴²

Im Vorfeld des Kanzlerduells 2017 lösten aber zunächst einige bekanntgewordenen Details zu den Verhandlungen zwischen Sendern und Kandidaten eine Debatte um die Organisation des Duells aus. Die austragenden Fernsehsender erwogen zunächst einige Änderungen am TV-Format Kanzlerduell. Mehrere Duelle, ein sogenanntes „Townhall-

.....
40 Vgl. zum Verlauf des Wahlkampfs Römmele (wie Anm. 28), S. 135 ff.

41 Vgl. Katharina Schuler: Wahlkampf im Kanzlerinnenmodus, Zeit Online v. 29.08.2017, online abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/bundestagswahl-2017-angela-merkel-sommer-pressekonzferenz> [Stand: 18.09.2017].

42 Vgl. Caspari (wie Anm. 1).

meeting“ mit Publikumsbeteiligung, eine Aufteilung der vier Moderatoren in jeweils zwei Paare – all diese Ideen wurden im Nachhinein nicht realisiert, obwohl die austragenden Sender zunächst in einer Pressekonferenz ankündigten, zumindest den letzten Punkt umsetzen zu wollen. Diese aus Sicht der Sender „redaktionelle Entscheidung“ wurde aber von Merks Regierungssprecher noch einmal infrage gestellt. Zu dieser Frage sei noch keine Einigung gefunden worden. Letzten Endes hielten die Sender am bereits bekannten Format mit einer Sendung ohne Publikumsbeteiligung und vier Moderatoren fest. Den Ausschlag dafür soll gegeben haben, dass Merkel ihre Teilnahme an das altbekannte Format gebunden habe.⁴³ Die so bekanntgewordenen Details des Verhandlungsprozesses zwischen den Fernsehsendern und den Teams von Merkel und Schulz wurden von vielen Seiten scharf kritisiert. Neben dem Herausforderer, der auch die Beteiligung von Mitarbeitern der Bundesregierung kritisierte, nannte der ehemalige ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender das so zustande gekommene Format gar eine „Missgeburt“.⁴⁴ Der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalistenverbands, Frank Überall, urteilte in einer Pressemitteilung, „auf ein Duell, das nach den Vorgaben von Merkel gestaltet worden sei, hätte man besser verzichtet“.⁴⁵ Wie bereits aufgezeigt wurde, ist es das übliche Vorgehen, dass die Modalitäten und Regeln des Duells in freien Verhandlungen zwischen den Sendern und den Kandidaten stattfinden. Da sich Herausforderer in der Regel mehr Aufmerksamkeit von einem Auftritt erhoffen und das für etwas unbekanntere Teilnehmer gewinnbringender ist, sind Amtsinhaber in einer besseren Verhandlungs Lage. Dieser Konflikt um das TV-Duell zwischen Merkel und Schulz verdeutlicht daher einmal mehr, dass die Organisation der Duelle von Wahlkampfstrategien und Konflikten geprägt ist.

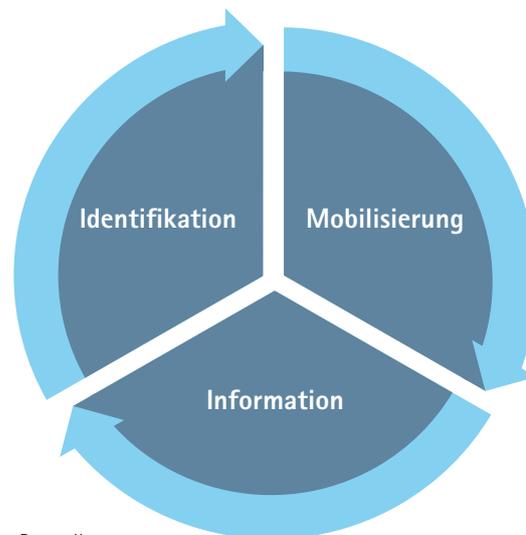
.....

43 Vgl. zum Konflikt *Faz.net*. 04.07.2017: Merkel und Schulz einigen sich mit Sendern, online abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/parteien-und-kandidaten/tv-duell-zur-bundestagswahl-merkel-und-schulz-einigen-sich-mit-sendern-15090810.html> [Stand: 18.09.2017]; *Zeit Online* v. 25.4.2017: Nur ein TV-Duell zwischen Schulz und Merkel <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/bundestagswahl-tv-duell-angela-merkel-martin-schulz> [Stand: 18.09.2017]; Nico Fried: CDU und SPD streiten um Kanzler-Duell, *Sueddeutsche.de* v. 15.5.2017, online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/medien/bundestagswahl-umstrittenes-streitgesprach-1.3505191> [Stand: 18.09.2017]; Stefan Niggemeier: Merkel macht's nur zu sechst: Die bizarren Verhandlungen ums TV-Duell, *übermedien.de* v. 04.06.2017, online abrufbar unter: <http://uebermedien.de/17276/merkel-machts-nur-zu-sechst-die-bizarren-verhandlungen-ums-tv-duell/> [Stand: 18.09.2017]; *Welt.de* v. 26.08.2017 (wie Anm. 2); Deutscher Journalisten-Verband (wie Anm. 2).

44 *Spiegel Online* v. 26.08.2017: Ex-ZDF-Chefredakteur Brender wirft Merkel Erpressung vor, online abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-ex-zdf-chefredakteur-brender-wirft-kanzlerin-erpressung-vor-a-1164679.html> [Stand: 18.09.2017].

45 Vgl. Deutscher Journalisten-Verband (wie Anm. 2).

Wahlkampfphasen und die Position von TV-Duellen



Eigene Darstellung

So konflikthaft, wie die Verhandlungen zum TV-Duell also häufig sind, das Aufeinandertreffen von Angela Merkel und Martin Schulz am 3. September 2017 wurde keinesfalls als besonders kontrovers wahrgenommen. Einen Schlagabtausch und eine Gegenüberstellung der unterschiedlichen Argumente beider Kandidaten hat es demnach nur in wenigen Momenten des Duells gegeben. Insgesamt wurde Merks Auftritt als sicher und besser als in früheren Duellen bewertet, Schulz hingegen konnte trotz eines guten Auftritts der hohen Erwartungshaltung, noch einmal eine Wende herbeiführen zu können, nicht gerecht werden. Insgesamt war die Debatte von einer demokratischen Gesprächskultur zwischen den beiden Spitzenkandidaten geprägt, in der es nicht um ein „Duellieren“ ging. Die sonst dominante Frage nach dem Gewinner des Duells war zwar auch dieses Mal ein wichtiges Element der Nachberichterstattung – Merkel wurde hier tendenziell etwas besser bewertet. Vielmehr wurde aber das Format, das Verhalten der Moderatoren, die einseitige Fragenauswahl, zu wenig Differenzen der beiden Kandidaten und das Fehlen eines echten Austauschs von Argumenten kritisiert.⁴⁶ Die Netz-Debatte ums Duell dominierte wiederum der Hashtag #fragendiefehlen, unter dem Nutzer Fragen posteten, die sie als Moderatoren den Kontrahenten gestellt hätten. Die breite Kritik an der Thementauswahl, die auch die beiden Kontrahenten äußerten,

.....

46 Vgl. zur Nachberichterstattung *Sueddeutsche.de* v. 04.09.2017: „Hageres Sprachpüree“. Presseschau zum TV-Duell, online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/medien/presseschau-zum-tv-duell-hageres-sprachpue-ree-1.3652082> [Stand: 18.09.2017]; *Zeit Online* v. 04.09.2017: „Schulz prallte an Merkel ab“. Internationale Presseschau, online abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/internationale-presseschau-fernsehdebatte-kanzlerkandidaten-bundestagswahl> [Stand: 18.09.2017].

nutzte Martin Schulz, um in einem Brief an Angela Merkel ein zweites Duell zu fordern, was diese aber ablehnte.⁴⁷

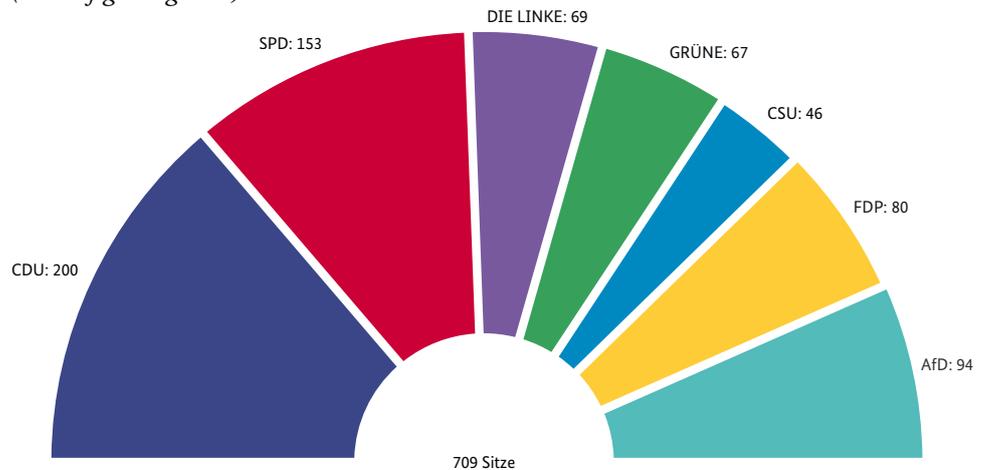
Vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Bundestagswahl lässt sich festhalten, dass das TV-Duell 2017 das Duell der beiden großen Wahlverlierer war. Ob, und wenn ja in welchem Ausmaß dieses Duell den Parteien Stimmengewinne oder -verluste beschert hat, kann an dieser Stelle nicht beantwortet

werden. Sicher ist aber, dass das Duell die Themenagenda des Wahlkampfes noch einmal beeinflusst hat - und das nicht zu Gunsten beider Duellanten. Das Stimmungsbild vor und nach dem Duell und eine Konstellation, in der zwei Kandidaten der regierungstragenden Parteien gegeneinander antraten, haben dazu geführt, dass das Duell weder als Wendepunkt noch als retardierendes Moment in der Dramaturgie des Wahlkampfes fungieren konnte.

Information und Mobilisierung durch TV-Duelle?

Der Begriff des „Duells“, der kriegerischen Auseinandersetzung oder zumindest des rhetorischen Schlagabtauschs unter der Gürtellinie, passt nicht zur Kultur des deutschen Kanzlerduells – und wird von den Zuschauerinnen und Zuschauern auch gar nicht präferiert. Selbst beim amerikanischen Vorbild ist die Rede von der debate. Eine solche Debatte, die tatsächlich Raum für sachliche Kontroversen zwischen den Spitzenkandidaten zulässt, wurde bei der Bundestagswahl 2017 in Teilen geleistet – häufig erlaubte das durch die abwechselnde Moderation geprägte Setting aber keine Diskussion zwischen den Spitzenkandidaten von CDU und SPD. In der Mobilisierungsphase des Wahlkampfes und zwischen vielen weiteren Offline- und Online-Wahlkampfformaten der Parteien hat das TV-Duell als reichweitenstärkstes Instrument auch im Jahr 2017 gerade uninformierte und unentschlossene Wählerinnen und Wähler erreicht. Wirkung auf die Wahlentscheidung erzielen TV-Duelle zwar weniger bei den bereits entschlossenen oder einer Partei nahestehenden Bürgerinnen

Sitzverteilung Bundestagswahl 2017, Deutschland (vorläufiges Ergebnis)



Quelle: Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2017

und Bürgern, sehr wohl aber bei den noch nicht entschlossenen. Die aus demokratischer Perspektive wünschenswerteste Auswirkung können TV-Duelle auf die Wahlbeteiligung haben. Auf jene Zuschauer, die ohnehin bereits mit einer bestimmten Partei stark sympathisieren, kann es zumindest mobilisierend wirken und damit auch noch einmal einen positiven Ausschlag für den Wahlkampf geben. Aus diesem Grund sind die Duelle als ‚Mobilisierungsgaranten‘ im deutschen Wahlkampf eigentlich nicht mehr wegzudenken. Bei politisch eher uninteressierten Zuschauern können die Duelle zudem die Einstellungen zu Politik im Allgemeinen verbessern.

Ein Wendepunkt im Wahlkampf zum 19. Deutschen Bundestag war das einzige direkte Aufeinandertreffen von Angela Merkel und Martin Schulz jedoch nicht. Die Kritik an der Organisation, dem Format, den nicht deutlich gewordenen argumentativen Differenzen zwischen den Kandidaten sowie der Themenauswahl der Moderatoren dominierte die Nachberichterstattung zum Duell. Das könnte auch das Wirkungspotenzial dieses TV-Duells beeinflusst haben. Betrachtet man den Kontext des gesamten Bundestagswahlkampfes, erscheint es daher unwahrscheinlich, dass das TV-Duell der wichtigste kurzfristige Faktor war, der den Wahlausgang beeinflusst hat. Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl im Blick, hatte das Duell zwei Verlierer. Vor dem Hintergrund der Kritik an diesem TV-Duell im Bundestagswahlkampf 2017 stellt sich für Wahlkämpfer, Journalisten und nicht zuletzt Bürgerinnen und Bürger daher umso deutlicher die Frage, wie dieses Format gestaltet werden sollte, damit es sein „demokratisches Potenzial“ ausnutzen kann. ■

⁴⁷ Zeit.de v. 13.09.2017: Merkel lehnt zweites TV-Duell ab, online abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/bundestagswahl-angela-merkel-martin-schulz-tv-duell-ablehnung> [Stand: 18.09.2017].

Israel: Start-ups, Siedler und „smarte Pazifisten“

von Kristina Milz

Serie:
Länder des
Nahen Ostens
im Porträt



Karte: Peter Palm

Israels Metropole Tel Aviv gilt als Vorposten des Westens im Nahen Osten – die „Start-up Nation“ zeigt hier ihr innovatives Gesicht, die Club-Szene gilt als legendär, das Sprachen-Wirrwarr auf den Straßen zeugt von Immigration und touristischem Erfolg. In der Stadt am Mittelmeer werden die Spannungen im Land und an seinen Grenzen oftmals verdrängt. Dabei ist Israel auch Sderot, direkt am Hamas-regierten Gaza-Streifen. Es ist der Schweinefleisch produzierende Kibbuz im Norden, es ist Haifa, wo die Glaubensgemeinschaft der Baha'i ihr religiöses Zentrum hat, es ist die jüdische Siedlung Ariel im Westjordanland, deren Bewohner israelische Staatsbürger sind. Und natürlich ist es Jerusalem, die Heilige Stadt, in der seit nunmehr zwei Jahren die sogenannte „Messer-Intifada“ ihre Opfer findet.

In dieser Reihe der Länderporträts der Staaten im Nahen Osten sind bereits einige Texte erschienen: über Ägypten, über Katar, über Tunesien, die Türkei, Iran, Syrien und Palästina. Ein Text über Israel nimmt darin zwangsläufig eine Sonderstellung ein: Im deutschen Kontext über den jüdischen Staat zu schreiben, ist – ob man dies nun gutheißt oder nicht –, etwas anderes als in jedem anderen Land der Welt. Die gemeinsame Geschichte – so eindeutig wie selten eine klare Täter-Opfer-Geschichte –, der Holocaust oder die *Shoah*, wie der Völkermord in Israel genannt wird, sorgt für eine besondere Sensibilität im Umgang mit dem Land. Kritik an der israelischen Politik vernachlässigt jedoch oftmals nicht nur diesen Kontext, sondern vergisst zuweilen auch, dass das Land seit seiner Gründung mit Existenzängsten zu kämpfen hat: Viele politische und gesellschaftliche Strukturen lassen sich nur vor dem Hintergrund verstehen, dass Israel von feindlich gesinnten Staaten und Bevölkerungen umgeben war und es in großen Teilen noch immer ist. Der jüdische Staat sieht sich dabei mit Kräften konfrontiert, die ihn am liebsten von der Landkarte getilgt sähen und dies zum Teil offen kommunizieren.

Und doch formulierte die deutsch-jüdische Autorin Mirna Funk im Sommer 2017 etwas genauso Schlichtes wie Wichtiges, als sie schrieb: „In Israel gibt es Entrechtung und Rechte, Rassismus und Toleranz, Egoismus und Altruismus wie in jedem anderen Land der Welt auch. Die einzige Form, angemessen auf Israel zu reagieren, ist, genau das zu sehen und nicht entweder zu behaupten, also die Juden müssten es ja besser wissen, weil Holocaust,

oder die armen Juden und diese aggressiven Araber.“¹ Deshalb erzählt dieser Text von ganz verschiedenen Menschen aus der Mitte der israelischen Gesellschaft. Dabei sind ihm Grenzen gesetzt: Ein Magazin hat nicht die Kapazitäten einer wissenschaftlichen Monographie. Die Auswahl der Gesprächspartner kann daher nicht repräsentativ sein, doch sie versucht ein breites Bild zu zeichnen.

1, 2 oder 3? Die Frage nach der Staatlichkeit

Jerusalem im Mai 2017: In einem der zahlreichen Besprechungsräume der Knesset, des israelischen Parlaments, findet ein Gespräch, nun, eigentlich ein Monolog, statt. Die Informationen, die hier geteilt werden, dürfen nicht namentlich zitiert werden. Der Gesprächspartner, der sich zum Boten der Hoffnungslosigkeit aufschwingt, gehört dem konservativen Parteienbündnis *Likud* („Zusammenschluss“) an, der derzeit größten Regierungsfraktion Israels, die mit Benjamin Netanyahu auch den Ministerpräsidenten stellt. Der Abgeordnete nennt die Knesset den „heiligsten Platz für säkulare Israelis“. Er selbst ist nicht religiös, was ihn nicht daran hindert, am Revers seines fein geschnittenen Anzugs einen Button zu tragen, der das Westjordanland zeigt – allerdings nicht als Gebiet eines zukünftigen palästinensischen Staates, sondern als Judäa und Samaria, Begriffe, die den jüdischen Anspruch auf das Territorium im Subtext führen. Die biblischen Orte sind längst zu Kampfbegriffen in der Auseinandersetzung mit den Palästinensern geworden.

.....
 1 Mirna Funk: Antisemitismus? Gibt es nicht, in: Zeit Online, 14.06.2017, <http://www.zeit.de/freitext/2017/06/14/antisemitismus-dokumentation-funk/> [Stand: 20.09.2017].



Die Knesset – das israelische Parlament – hat ihren Sitz in Jerusalem.
Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Kristina Milz

Der Likud regiert in einer Koalition rechtskonservativer Parteien; auch die Hardliner-Partei des ehemaligen Außen- und aktuellen Verteidigungsministers Avigdor Lieberman, *Jisra'el Beitenu* („Unser Haus Israel“), und die Nationalreligiösen des *HaBajit haJehudi* („Jüdisches Heim“), deren Vorsitzender Naftali Bennett heute Bildungsminister ist, sind daran beteiligt. Ist es Rücksicht auf die Positionen der Koalitionspartner, die den Likud-Mann leitet?

Über die arabischen Nachbarn sagt der Abgeordnete Sätze wie „Der Hass fundiert auf dem Islam“, zitiert judenfeindliche *Hadithe*² und zweifelt sowohl an der Kooperationsbereitschaft der Palästinenser als auch an ihrer Fähigkeit, sich zu verändern. Einen Weg, die jüdischen Siedlungen im Westjordanland zu räumen, sieht er nicht. Derzeit leben dort etwa 400.000 Siedler, verstreut über das

2 Das ist der Begriff für die Beschreibung der Aussprüche und Handlungen des Religionsgründers Mohammad und solche von Anhängern, deren Verhalten er billigte.

gesamte Gebiet, das nach internationalem Recht zwar nicht als palästinensischer Staat anerkannt ist, sehr wohl aber als palästinensisches Territorium angesehen wird.³ Die Siedler und die Araber müssten irgendwie „miteinander auskommen“, findet der Abgeordnete. Er ist fast zum Ende gekommen, da schiebt er hinterher: Eine Zweistaatenlösung sei unrealistisch, er denke an eine langfristige Friedensstrategie. Wie eine solche konkret aussehen könnte, sagt er nicht. Seine Kinder jedenfalls würden dies wohl nicht mehr erleben. Dreihundert Jahre, vielleicht vierhundert.

3 In Ostjerusalem, das ebenfalls als Teil eines zukünftigen palästinensischen Staates gilt, leben nach den jüngsten Angaben der CIA zusätzliche 201.000 jüdischen Siedler. Vgl. Das World Factbook: West Bank, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/we.html> [Stand: 20.09.2017]. Die Staatlichkeit Palästinas ist hoch umstritten – Israel und seine Verbündeten wehren sich gegen diese Vorstellung. Viele andere Länder erkennen den palästinensischen Staat mittlerweile an. Vgl. Kristina Milz: Im Osten nichts Neues?, in: *Einsichten und Perspektiven* 4 (2016), S. 4–23, hier S. 7.

„The Situation“

Dass es diese Stimmen in Israel gibt, ist nichts Neues oder gar Bemerkenswertes. Bemerkenswert ist vielmehr, dass diese Aussagen von einem Politiker stammen, dessen Partei noch als gemäßigt unter den Regierenden gilt. Das Treffen mit dem Parlamentarier illustriert einen Wandel, der sich in den vergangenen Jahren nicht nur in der israelischen Politik, sondern in der gesamten Gesellschaft vollzog: Wer in Gesprächen über „the Situation“ – so wird der Konflikt zwischen Arabern und Israelis und alles, was er mit sich bringt, oftmals genannt – nach wie vor die Zwei-staatenlösung erwähnt, wird längst nicht mehr nur von Befürwortern des Siedlungsbaus belächelt.

Die Fronten sind verhärtet. Besonders ein Ereignis spaltete jüngst die israelische Gesellschaft: Der israelische Soldat Elor Azaria wurde Anfang Januar 2017 vom Tel Aviver Militärgericht wegen Totschlags verurteilt. Darauf stehen bis zu zwanzig Jahre Haft. Einige Hundert Israelis demonstrierten im Anschluss für die Freilassung Azarias. Das Video der Tat aus dem März 2016, das ein Palästinenser in Hebron filmte und schließlich von der israelischen Menschenrechtsorganisation *B'Tselem* („Ebenbild“) veröffentlicht wurde, schlug nicht nur im Nahen Osten hohe Wellen – es ging um die ganze Welt: Zwei junge Palästinenser waren in Hebron, einer Stadt im Westjordanland, in der viele jüdische Siedler leben,⁴ mit Messern auf einen israelischen Soldaten losgegangen und hatten ihn verwundet. Sie wurden von dessen Kameraden angeschossen und kampfunfähig gemacht – der verletzte Soldat überlebte den Angriff und wurde umgehend medizinisch versorgt. Das Video, das Palästinensern als Beweis der Brutalität der Besatzungsmacht gilt, beginnt elf Minuten nach der Attacke, als einer der beiden Angreifer verletzt und reglos am Boden liegt. Der junge Soldat Azaria, als Militärсанitäter vor Ort, geht auf den Palästinenser zu und schießt ihm aus nächster Nähe in den Kopf.

Während auch viele jüdische Israelis dies als menschenrechtswidrige Hinrichtung verurteilten und Azaria als Mörder bezeichnen, wurde er von mehreren nationalen Medien zum „*Man of the Year*“ gewählt⁵ – für sie ist er ein Volksheld. Eine Umfrage des Israelischen Demokratie-Instituts unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls

.....

4 Vgl. zur Situation in Hebron auch das Länderporträt Palästinas der Autorin im vorletzten Heft: Milz (wie Anm. 3), S. 17.

5 So etwa von der rechtskonservativen Zeitung *Makor Rishon*, vgl. Rightwing Paper Crowns Shooting Medic Azaria "Man of the Year", 30.09.2016, <http://www.jewishpress.com/news/breaking-news/rightwing-paper-crowns-shooting-medic-azaria-man-of-the-year/2016/09/30/> [Stand: 20.09.2017].

im März 2016 stellte eine Mehrheit der jüdischen Israelis auf der Seite Azarias fest: 53 Prozent waren der Meinung, dass ein bereits unschädlich gemachter Terrorist erschossen werden sollte, auch wenn seine Tat bereits geschehen ist; in der Gruppe der jungen Erwachsenen unterstützten dies sogar 70 Prozent.⁶ Die Jahrzehnte währende Auseinandersetzung mit dem palästinensischen Terrorismus – die Raketen der Hamas, Bomben in Bussen des öffentlichen Nahverkehrs und Restaurants, Messerattacken auf israelische Bürgerinnen und Bürger – hat die Gesellschaft verhärtet und begünstigt Forderungen nach einem radikalen Umgang mit den Attentätern.

Der Prozess gegen den Soldaten wurde zum Politikum par excellence: Verteidigungsminister Lieberman war vor Gericht persönlich anwesend, Ministerpräsident Netanyahu sprach sich nach dem Schuldspruch vom Januar für eine Begnadigung Azarias aus. Im Februar wurde schließlich das Strafmaß festgelegt: eineinhalb Jahre Gefängnis. Die Debatte über ethisches Verhalten im Militär ist damit freilich nicht beendet. Offene Kritik an den Streitkräften jedoch ist in Israel vielen ein Tabu. Große Teile der Gesellschaft sprechen sich sogar dafür aus, dass Soldatinnen und Soldaten Immunität genießen sollten. Die Armee spielt in Israel eine wichtigere Rolle als in vielen anderen demokratischen Systemen: Mit einem breiten Kulturangebot wirkt sie auf das Bildungssystem ein, Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichsten sozialen Milieus treffen hier aufeinander, sie fungiert als der vielleicht bedeutendste Treffpunkt der Hi-Tech-Szene. Etliche Start-ups werden in den Kasernen gegründet, so etwa das erfolgreiche Softwareunternehmen *Check Point* oder *Wix*, eine beliebte Plattform, die es ihren Nutzern erlaubt, kostenlos und unkompliziert eine eigene Homepage zu kreieren.

Ein weiterer Nebeneffekt des Militärs ist emanzipativ, von vielen wird die Armee sogar als Plattform des Feminismus wahrgenommen: Die meisten Frauen, fast alle säkularen, leisten Wehrdienst. Mittlerweile dürfen sie neunzig Prozent der existierenden Posten bekleiden, die meisten erledigen aber nach wie vor Bürojobs.⁷ Im Gegensatz zu den Männern, für die eine zweieinhalbjährige Wehrpflicht

.....

6 Vgl. den Bericht von Yohanan Plesner: After the Elor Azaria Trial: Will Our Politicians Actually Fight for Israel's Moral Values?, 09.01.2017, <https://en.idi.org.il/articles/12271> [Stand: 20.09.2017].

7 Der erfolgreichste israelische Spielfilm des Jahres 2014, „Zero Motivation“ von Talya Lavie, karikierte dies: Die Protagonistinnen langweilen sich beim Kaffeekochen, Computerspielen und Aktenschreddern. Fast 600.000 Israelis sollen ihn gesehen haben. Vgl. Ayala Goldmann: Null Bock auf Zahal, 24.11.2016, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/27049> [Stand: 20.09.2017].

besteht, dienen die israelischen Frauen meist zwei Jahre. Das gilt auch zunehmend für religiöse Israelinnen: 2.000 orthodoxe Frauen pro Jahr treten mittlerweile den Dienst an⁸ – in dieser Größenordnung ein in Israel lange unbekanntes Phänomen. Die Angabe zur religiösen Einstellung bei der Musterung ist kaum überprüfbar; doch der Verweis auf den Glauben ermöglicht eine Befreiung vom Militärdienst, von dem gläubige Jüdinnen auch oftmals Gebrauch machen. Die jüngste Entwicklung, die mehr orthodoxe Jüdinnen in die Armee führt, schreckt deshalb nicht zuletzt etliche Rabbiner auf, welche wehrdienstleistende Frauen selten gutheißen.

Die Befreiung aus religiösen Gründen gilt aber auch für Männer. Manche Israelis lügen bei der Gretchenfrage aus ästhetischen Gründen: Um während des Militärdienstes einen Bart tragen zu dürfen, müssen die Männer unterschreiben, dass sie religiös sind. Die Regelung führte in jüngster Zeit sogar zu viralen Protesten von Soldaten über Facebook und Twitter: Unter dem Schlagwort „free will“ kämpfen sie sozusagen für ihr Recht auf einen Hipster-Bart.

„Für uns macht hier niemand Politik“

Diese und andere Anekdoten werfen ein Schlaglicht auf ein Problem: Die Zusammensetzung des israelischen Militärs, das die Gesellschaft Israels so umfassend prägt, ist kein repräsentatives Abbild der Bevölkerungsgruppen, die im Staat leben. Israelische Araber, die immerhin ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, sowie ultraorthodoxe Juden sind de facto von der Wehrpflicht befreit. Sie dürfen den Dienst antreten, müssen es aber nicht – was zur Folge hat, dass die allerwenigsten von ihnen zur Armee gehen. Dadurch gewinnen sie mehrere Jahre, die sie in ihre Ausbildung investieren können, monieren säkulare Israelis, die sich übervorteilt fühlen und für eine umfassendere Wehrpflicht aussprechen. Damit einher geht andererseits aber auch eine soziale Benachteiligung der Gruppen, die keinen Militärdienst leisten, denn die dort geknüpften Kontakte entscheiden nicht selten über Karrierewege. Die wirtschaftliche und kulturelle Elite des Landes rekrutiert sich in erster Linie aus der Gruppe der säkularen Israelis.

Paradoxerweise wird für die Säkularen, die auch den breiten Mittelstand bilden, kaum Politik gemacht: „Wir haben es so satt“, meinte dazu bereits vor Jahren ein Touristenführer in Jerusalem zur Autorin dieses Textes. Der

8 Vgl. Susanne Knaut: Frauen, heilig und keusch, 08.03.2017, <http://www.taz.de/!5387618/> [Stand: 20.09.2017].

Familienvater, ein Akademiker Ende 30, schimpft: „Die Parteien richten sich einzig und allein an den beiden Polen Sicherheit und Religion aus. Für uns, die säkulare Mittelschicht, macht hier niemand Politik. Dabei sind wir es, die den Staat am Laufen halten: Wir sorgen für seine Sicherheit, indem wir Militärdienst leisten; mit unseren Steuern finanzieren wir die Sozialsysteme, mit unserer Arbeitskraft stützen wir die Wirtschaft. Und wofür? Die Lebenshaltungskosten explodieren und niemand setzt sich mit unseren Problemen auseinander.“

Wenige Wochen nach dem Gespräch – es ist Sommer 2011 und im Nahen Osten regiert noch hoffnungsfroh der Arabische Frühling – ergriffen soziale Proteste den jüdischen Staat. Während die Menschen in Kairo, Tunis, Damaskus sich gegen ihre repressiven Regime wehrten, gingen Israelis auf die Straße, weil sie sich nicht mehr imstande sahen, ihre Mieten zu bezahlen. Sie forderten politische Maßnahmen. Die Situation hat sich seither kaum verbessert: Wer heute in Tel Aviv eine Wohnung sucht, sollte eine ordentliche Portion Geduld und das nötige Kleingeld mitbringen.

Die Unzufriedenheit der Mittelschicht – der Touristenführer hat es formuliert –, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass auf religiöse Befindlichkeiten oftmals mehr Rücksicht genommen wird als auf die Bürgerinnen und Bürger, die das Funktionieren der israelischen Demokratie gewährleisten. Um dies zu verstehen, muss die komplexe Zusammensetzung der israelischen Gesellschaft in den Blick genommen werden – und wie sie sich entwickelte.

Das Heilige Land

Israel ist in religiöser Hinsicht vielfältig:⁹ Etwa acht Millionen Menschen leben innerhalb der Staatsgrenzen, drei Viertel von ihnen sind Juden, mehr oder weniger religiös, ein gutes Fünftel Araber, die mehrheitlich der sunnitisch-muslimischen Religion angehören.¹⁰ Israelische Christen, die meisten arabischer Herkunft, machen etwa zwei Prozent der Bevölkerung aus; die Drusen – eine religiöse Gemeinschaft, die sich im 11. Jahrhundert von der muslimischen Schia abgespalten hat – ergeben eine Minderheit von derzeit 1,6 Prozent und leben in wenigen Siedlungsgebieten konzentriert. Etwa neunzig Prozent der Drusen,

9 Zu den folgenden Abschnitten vgl. Angelika Timm: Gesellschaftsstrukturen und Entwicklungstrends, in: Dossier Israel, 10.06.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45093/gesellschaft> [Stand: 20.09.2017].

10 Zu den aktuellsten Zahlen vgl. hier und im Folgenden das CIA World Factbook: Israel, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/is.html> [Stand: 20.09.2017].

Länderdaten Israel

Fläche	20.770 km ² *
Bevölkerung	8.174.527 (Juli 2016, inklusive Golanhöhen und Ostjerusalem)*
Bevölkerungswachstum	1,53%*
Ethnische Gruppen	74,8% Juden, 20,8% Araber und 4,3% andere (Dezember 2016)**
Religionszugehörigkeit	74,9% Juden, 17,52% Muslime, 1,9% Christen, 1,63% Drusen, 3,98% andere**
Sprachen	Hebräisch, Arabisch
Durchschnittsalter	29,7 Jahre (2016)*
Bevölkerung unter 15 Jahren	27,73% (2016)*
Bevölkerung über 65 Jahren	11,09% (2016)*
Lebenserwartung bei der Geburt	82,4 Jahre (2016)*
Geburten pro Frau	2,66 (2016)*
Alphabetisierungsrate	97,8% (2011)*
Wachstum BIP	4% (2016)***
BIP pro Kopf	37.211 USD (2016)**
Arbeitslosigkeit	5% (2016)*
Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24 Jahre)	10,6% (2014)*
Inflation	-0,55% (2016)****
Anteil der Militärausgaben am BIP	5,38% (2016)*
Human Development Index	0,89 (2014)*****
Rating Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)	Platz 101 (2016)*****



* CIA World Factbook <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/is.html>

** Auswärtiges Amt <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Israel.html?nnm=383178>

*** Statistisches Bundesamt <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14566/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-israel/>

**** Statistisches Bundesamt <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/257251/umfrage/inflationsrate-in-israel/>

***** Vereinte Nationen <http://hdr.undp.org/en/data-explorer>

***** Reporter ohne Grenzen <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016/ueberblick/>

die auf den von Israel seit 1967 annektierten Golanhöhen leben, haben die israelische Staatsbürgerschaft, die ihnen angeboten wurde, bis heute nicht angenommen – im Zuge des anhaltenden Kriegs in Syrien scheint das Interesse allerdings zu steigen.

Darüber hinaus leben in Israel Angehörige der *Bahá'í*, die sich nicht nur als Religionsgemeinschaft, sondern auch als eigene Bevölkerungsgruppe definieren. Ihr reli-

giöses Zentrum haben die Baha'i im jüdischen Staat¹¹ – die riesige Gartenanlage in Haifa mit dem Tempel, eine wohlgeordnete Oase der Ruhe in der sonst so lebendigen Stadt, steht Besuchern aller Religionen offen. Der Rest der israelischen Bürger hat offiziell keine Religionszugehörig-

11 Da sie sich in der legitimen Nachfolge der drei monotheistischen Weltreligionen sehen, werden sie in vielen islamisch geprägten Ländern diskriminiert oder verfolgt.

keit – es handelt sich dabei insbesondere um Neueinwanderer, die vom Oberrabbinat nicht als Juden anerkannt wurden.¹² Seit der Jahrtausendwende leben in Israel außerdem einige tausend asiatische Gastarbeiter sowie Asylbewerber, die insbesondere vom afrikanischen Kontinent stammen; sie machen die religiöse Vielfalt des Landes noch ein wenig bunter.



Der Bahai Tempel, Berg Karmel, Aufnahme aus dem Jahr 2018
Foto: ullstein bild/Daniel Roland

12 Die Definition des Jüdisch-Seins in Israel ist seit 1970 orthodox-religiös bestimmt: „Jude ist, dessen Mutter jüdisch ist, der nicht einer anderen Religion angehört oder der zum Judentum übergetreten ist.“ Vgl. Benjamin Neuberger: Die Bedeutung der Religion im Staat Israel, in: Dossier Israel, 28.03.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45108/staat-und-religion> [Stand: 20.09.2017].

Die jüdische Bevölkerung unterscheidet sich hinsichtlich ihrer Herkunft – damit einhergehend werden auch unterschiedliche Kulturen, Lebensweisen und Identitäten gepflegt. Neben den *Aschkenasim*, die ursprünglich vor allem aus Mittel- und Osteuropa stammen, der Judenverfolgung in Europa frühzeitig entflohen oder den Holocaust überlebten und die Gründergeneration des Staates bildeten, leben in Israel auch orientalische Juden. Sie werden als *Mizrachim* bezeichnet, wenn ihre Wurzeln im Nahen Osten liegen, oder als *Sephardim*, wenn ihre Vorfahren ursprünglich auf der Iberischen Halbinsel lebten, von wo sie zu Ende des 15. Jahrhunderts fliehen mussten.¹³ Die meisten orientalischen Juden wanderten 1948, unmittelbar nach der Staatsgründung, aus islamisch geprägten Ländern nach Israel ein. Für viele begann ihr neues Leben mit einem veritablen Kulturschock: Die europäische Prägung des jungen Staates ließ eine relativ säkular geprägte Gesellschaft entstehen, die den meisten orientalischen Juden mitnichten als erstrebenswert galt.



Das Einwandererschiff „Exodus“ läuft in den Hafen von Haifa ein, Juli 1947.
Foto: ullstein bild/Reuters

Seit den 1970er Jahren wurde zudem eine andere Gruppe immer größer: Migranten aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten bilden mittlerweile ein Fünftel der jüdischen Staatsbürger. Die ersten Einwanderungs-

13 Zu Ende der *Reconquista* („Rückeroberung“), wie das Zurückdrängen des muslimischen Machtbereichs auf der Iberischen Halbinsel im Mittelalter genannt wird, kam es zu christlichen Hetzpredigten gegen die dort ansässigen Juden und Pogromen. 1492 wurde in den katholischen Königreichen Kastilien und Aragon das sogenannte „Alhambra-Edikt“ erlassen, das die spanischen Juden vor die Wahl stellte, entweder ins Exil zu gehen oder zum Christentum zu konvertieren. Viele zogen es vor, Spanien zu verlassen.

schübe lagen insbesondere im zionistischen Gedanken begründet oder im Wunsch, unbehelligt gemäß der jüdischen Tradition zu leben. Die sogenannte „russische Massen-Alija“¹⁴ in den 1990er Jahren hatte schließlich mehr mit Familienzusammenführungen, Furcht vor Judenfeindschaft in den Herkunftsländern und der Hoffnung auf Verbesserung des Lebensstandards zu tun.

Eine weitere Gruppe, heute etwa Hunderttausend an der Zahl, prägt das vielgestaltige Judentum Israels: Nachdem 1975 die *Beita Israel*, die äthiopischen Juden, von den israelischen Rabbinern als afrikanische Glaubensgenossen anerkannt wurden, setzte sich die Regierung für deren Einwanderung in den jüdischen Staat ein. Mitte der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre wurden im Zuge der „Operation Moses“ und der geheimen Aktion „Salomo“ zehntausende Äthiopier eingeflogen. Die Anerkennung als Juden gilt seit 1998 auch für deren Landesgenossen, die unter Zwang zum Christentum konvertierten, den *Falaschmura*. Die Afrikaner brachten nicht nur ihre eigene Kultur nach Israel, sie unterschieden sich auch im Bildungsstand signifikant von der israelischen Bevölkerung – bis heute sind sie an den Universitäten unterrepräsentiert; die Arbeitslosenquote ist überdurchschnittlich hoch.

Die „jüdische Demokratie“

Bei aller religiösen Diversität darf keinesfalls vergessen werden: Fast die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Israels bezeichnet sich als säkular.¹⁵ Obwohl diese also mit Abstand die größte Gruppe innerhalb des Spektrums der religiösen Spielarten ausmachen, ist der Staat nach wie vor als „jüdisch-demokratischer Staat“ definiert.¹⁶ Die Definition des Jüdischen ist dabei nicht auf einen Nationsbegriff reduziert, sondern beinhaltet durchaus explizit religiöse Aspekte. Das beginnt bereits bei der Staatsflagge: Die Farbgebung symbolisiert den blau-weißen jüdischen Gebetsschal, der Davidstern steht für die Beziehung der Menschen zu Gott. Auch die Unabhängigkeitserklärung von 1948 verweist auf den religiösen Charakter des jüdischen Volkes; in ihr ist von der Bibel genauso die Rede

wie von den Visionen der Propheten. Israel ist von einer Trennung von Staat und Religion aber auch institutionell weit entfernt: Glaubensinstitutionen wie das Oberrabbinat oder die religiösen Räte fungieren als Staatsorgane.

Auch private Entscheidungen werden davon beeinflusst. Während die Religionsfreiheit in Israel trotz der jüdischen Dominanz geachtet wird, ist es für Atheisten und Agnostiker zuweilen kompliziert, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Es gibt in Israel beispielsweise keine Zivilehe – jeder heiratet nach den Richtlinien seiner jeweiligen Religion, was etliche Säkulare zwingt, im Ausland zu heiraten und die Ehe im Nachhinein zuhause anerkennen zu lassen.¹⁷ Sogar das Scheidungsrecht obliegt den religiösen Gemeinden.¹⁸

„Zweifellos kollidiert die ultra-orthodoxe Definition eines jüdischen Staates, in dem die *Halacha* (die göttliche Religionsgesetzgebung) das Staatsgesetz ist, mit der weltlich-liberalen Definition eines demokratischen Staates“¹⁹, schreibt Benjamin Neuberger, emeritierter Professor der Politikwissenschaft an der *Open University of Israel*. Zwischen einem demokratischen Staat und einem jüdischen Staat im national-zionistischen Sinne müsse es dagegen keine Kollision geben: Ein solcher sei „ein Staat des jüdischen Volkes, dessen Identität vor allem auf gemeinsamer Geschichte, auf Erinnerung der Verfolgungen in der Diaspora, auf einer gemeinsamen pluralistischen Kultur und auf der hebräischen Sprache beruht“. Man könne den jüdischen Staat auch, ganz im Sinne des Gründers der zionistischen Bewegung Theodor Herzl, schlicht demographisch definieren: als Staat mit einer jüdischen Mehrheit.

Als David Ben-Gurion, der erste Ministerpräsident des Landes, 1948 den jüdischen Staat ausrief, tat er dies vor einem überlebensgroßen Porträt Herzls, der als geistiger Gründervater heute in Israel verehrt wird. Tatsächlich widerspricht die israelische Realität den ursprünglichen Vorstellungen Herzls vom „Judenstaat“.²⁰ Insbesondere die Rolle der Religion sollte nach Meinung des assimilierten österreichischen Juden, der sich zu Weihnachten

14 Der hebräische Begriff *Alija* („Aufstieg“) bezeichnet in der Bibel die Rückkehr von Juden in das Heilige Land und wird seit der Entstehung der zionistischen Bewegung allgemein für die jüdische Einwanderung nach Palästina, seit 1948 nach Israel verwendet.

15 Offizielle israelische Statistiken ergeben, dass sich 42 Prozent der israelischen Juden als „säkular“ bezeichnen, 25 Prozent als „traditionell“, der Rest als „religiös“, also orthodox in der Glaubensauslegung. Vgl. Michael Hasin: Viele Wege führen nach Jerusalem, 16.07.2015, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/22789> [Stand: 20.06.2017].

16 Im Folgenden vgl. Neuberger (wie Anm. 12).

17 Das gilt auch für konservative und liberale Jüdinnen und Juden, deren Rabbiner ebenfalls keine gültigen Ehen schließen dürfen. Wer sich das Jawort nicht nach den orthodox-rabbinischen Gesetzen geben möchte oder einen nicht-jüdischen Partner wählt, fliegt in der Regel ins vierzig Flugminuten entfernte Zypern und füllt auf dem Standesamt unbürokratisch ein paar Dokumente aus. Für die Heiratswilligen werden von Tel Aviver Agenturen Pauschalreisen angeboten.

18 Im Folgenden vgl. Neuberger (wie Anm. 12).

19 Hier und im Folgenden ebd.

20 Theodor Herzl: Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage, Berlin/Wien 1896.



David Ben Gurion proklamiert die Gründung des Staates Israel in Tel Aviv, 1948.
Foto: ullstein bild/TopFoto

einen Christbaum ins Wohnzimmer stellte und sich darüber wunderte, dass ein Rabbiner auf Besuch davon keinesfalls begeistert war,²¹ für das Selbstverständnis des Staates höchstens eine symbolische und vor allem Privatsache sein und keinesfalls die Staatsgeschichte beeinflussen.²²

Die herausgehobene Rolle der jüdischen Religion in Israel ist nicht nur ein Problem für Säkulare, sondern insbesondere auch für die arabische Minderheit von immerhin einem Fünftel der Bevölkerung, die darin eine Keimzelle von Diskriminierung sieht. Sie stoßen sich beispielsweise am sogenannten „Rückkehrrecht“, das das geltende Einwanderungsgesetz vor dem Hintergrund der jahrhundertelangen Ausgrenzungserfahrung der Diaspora-Juden und deren schrecklichem Kulminationspunkt, dem Holocaust, weltweit allen Juden in den Staat Israel gewährt, während den palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen ein solches nicht eingeräumt wird. Traut man den Zahlen des Israelischen Demokratie-Instituts, das alljährlich einen Demokratie-Index erstellt, hat die gesellschaftliche Diskriminierung der arabischen

Israelis im Laufe der Zeit tatsächlich drastisch zugenommen: Eine satte Mehrheit der jüdischen Bevölkerung findet demnach, dass politische Entscheidungen in Sicherheitsfragen, aber auch im sozialen und ökonomischen Bereich besser von einer ausschließlich jüdischen Mehrheit getroffen werden sollten;²³ eine demokratische Bankrotterklärung. Mehr als die Hälfte der Befragten sprechen sich außerdem dafür aus, denjenigen das Wahlrecht zu entziehen, die nicht darin übereinstimmen, dass Israel der „Staat des jüdischen Volkes“ ist. Aus historischen Gründen ist dies die Grundlage der israelischen Verfassung, welche allerdings mehr als drei Viertel der arabischen Israelis infrage stellen. Die Angst vor einer arabischen Mehrheitsgesellschaft, die das Judentum in Israel am liebsten als kurzen Abschnitt im Geschichtsbuch sehen würde, ist groß. Daraus ergibt sich ein Dilemma: Mehr als die Hälfte der jüdischen Israelis räumt in derselben Umfrage ein, dass die arabischen Staatsbürger in Israel diskriminiert werden; ein anderer, demokratischerer Umgang mit der tiefgreifenden Existenzangst erscheint vielen jedoch offenbar unmöglich.

.....
21 Das irritierte Gesicht des Rabbiners kommentierte Herzl in seinem Tagebuch amüsiert mit den Worten „[M]einewegen soll's der Chanukabaum heißen – oder die Sonnenwende des Winters?“ Vgl. dazu die Episode bei Michael Brenner: Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute, München 2016, S. 37 f.

22 Vgl. Brenner (wie Anm. 21), S. 61 ff.

.....
23 Hier und die folgenden Zahlen vgl. Israeli Democracy Index 2016, S. 8 f. <https://en.idi.org.il/media/7839/democracy-index-2016-abs-eng.pdf> [Stand: 20.09.2017].



Die Klagemauer im Herzen der Jerusalemer Altstadt ist die zentrale Glaubensstätte des israelischen Staates. Jüdinnen und Juden schreiben Danksagungen oder Wünsche auf kleine Zettel und stecken sie in die Ritzen der Mauer.

Zweistaatenlösung versus Status Quo

Wer dieser Tage Israel besucht und die depressive Stimmung insbesondere in Jerusalem, wo die „Messer-Intifada“²⁴ kein Ende nimmt und die religiösen Befindlichkeiten immer wieder zu Aggressionen führen, zu spüren bekommt, ist fast gewillt, den zahlreichen Stimmen zu glauben, die sich, wie der eingangs zitierte Abgeordnete der Likud-Partei, von einer Zweistaatenlösung verabschiedet haben. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Zustimmung

dazu sowohl auf Seiten der Israelis als auch der Palästinenser auf einem Tiefpunkt ist.²⁵ Seit nunmehr fünfzig Jahren ist der jüdische Staat eine Besatzungsmacht und das Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern scheint festgefahrener denn je. Das liegt nicht zuletzt in der Haltung des wichtigsten Vermittlers im Friedensprozess begründet. Die Unsicherheit über die zukünftige Ausrichtung der Nahost-Politik des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump lähmt. Auch nach dessen Reise in die Region, auf der sowohl Israelis als auch Palästinenser versuchten, das Beste für sich aus dessen außenpolitischer Indifferenz zu ziehen, steht keinesfalls fest, in welche Richtung sich die diplomatischen Bemühungen der Amerikaner entwickeln werden, konkrete Pläne bekam niemand zu hören. Solange der Kurs der Vereinigten Staa-

24 Der Begriff „Intifada“ geht auf das arabische Verb für „sich erheben, abschütteln“ zurück und steht für die Aufstände der Palästinenser gegen Israel. Die erste Intifada, die oftmals verharmlosend als „Krieg der Steine“ betitelt wird, dauerte von 1987 bis 1991 und bezeichnet den zivilen Ungehorsam, der schließlich in palästinensischen Terror und Gewaltakten auf beiden Seiten eskalierte. Der zweite Aufstand, als *Al-Aqsa-Intifada* bekannt, begann im Jahr 2000 mit Protesten gegen den Besuch des von mehr als tausend Polizisten begleiteten israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg. Wieder folgte eine massive Gewaltwelle – erst 2005 vereinbarte Palästinenserpräsident Abbas mit Scharon einen Waffenstillstand im ägyptischen *Sharm el-Sheikh*. Israelische Medien haben für die gehäuften Angriffe auf Israelis seit Oktober 2015 den Begriff „Messer-Intifada“ geprägt. Vgl. beispielsweise Israel Harel: Netanyahu Is Helpless in the Face of Palestinian Solidarity, in: Ha’Aretz, 03.03.2016, <http://www.haaretz.com/opinion/premium-1.706666> [Stand: 20.09.2017].

25 „Eine knappe und schrumpfende Mehrheit hält die Zwei-Staaten-Lösung für wünschenswert, eine ebenso knappe, aber wachsende Mehrheit der Israelis und der Palästinenser geht aber davon aus, dass angesichts der politischen Realität diese Zwei-Staaten-Lösung nie umgesetzt werden wird“, fasst das in Tel Aviv ansässige ARD-Korrespondentenbüro die jüngsten Umfragen zusammen. Vgl. Peter Kapern: Aus für Zwei-Staaten-Lösung? Israel denkt Zukunft neu, 15.02.2017, <https://www.tagesschau.de/ausland/nahost-239.html> [Stand: 20.09.2017].



Kinder von orthodoxen Juden in Jerusalem

ten hinsichtlich des Nahostkonflikts nicht klarer hervortritt, bleibt ein friedliches Nebeneinander-Existieren eines jüdischen und eines palästinensischen Staates mit hoher Wahrscheinlichkeit Utopie.

In erster Linie ist dieser Befund eine hoffnungslose Nicht-Perspektive, denn die Alternative zur Zweistaatenlösung ist nichts anderes als der Status Quo. Eine „Ein-Staat-zwei-Völker-Lösung“ nämlich, also eine Integration des palästinensischen Gebietes in den israelischen Staat, würde die Identität Israels als „jüdische Demokratie“ zwangsläufig zerstören, egal welche der Definitionen man heranzieht.²⁶ Israel müsste entweder den arabisch-palästinensischen Bürgern grundlegende politische Rechte vorenthalten – aus demokratischer Sicht schwer denkbar. Oder aber es verlöre seinen jüdischen Charakter nach und nach dadurch, dass die Mehrheit der wählenden Bevölkerung einer anderen Religion angehören würde. Daran könnten auch die ultraorthodoxen Juden mit ihrer hohen Geburtenrate nichts ändern. Ein Drittel der israelischen Kinder wachsen mittlerweile im ultraorthodoxen Milieu

26 Immer wieder wird zwar auch eine sogenannte „Dreistaatenlösung“ diskutiert – das Westjordanland würde ein Teil Jordaniens, der Gazastreifen ägyptisches Staatsgebiet. Da weder Kairo noch Amman Interesse an dieser Idee zeigen, ist sie jedoch kaum zu verwirklichen. Das Haschemitische Königshaus fürchtet eine Entmachtung durch die Palästinenser, die seit den Fluchtbewegungen infolge des Nahostkonflikts bereits ohnehin eine riesige Bevölkerungsgruppe im Reich stellen. Die säkulare ägyptische Militärdiktatur unter Sisi wiederum wird sich hüten, das Hamas-Problem zu importieren.

auf, bei Familienfeiern rollen nicht selten Busse an. Doch auch die Geburtenrate der Palästinenserinnen und der Araberinnen mit israelischem Pass ist hoch – ein gemeinsamer Staat würde langfristig die jüdisch-israelische Bevölkerung wahrscheinlich zu einer Minderheit machen.²⁷

Wegen des Rechtsrucks der israelischen Regierung, die eine Aufgabe des Westjordanlandes aus militärisch-strategischen Gesichtspunkten für unmöglich hält²⁸, und weil die Alternative zur Zweistaatenlösung keine Alternative ist, wird die Besetzung des Palästinensergebietes vorerst bestehen bleiben. Zweieinhalb Generationen nun wurden in dieser „Situation“ sozialisiert; sie ist in ihrer Feindseligkeit und Brutalität auf beiden Seiten des Konflikts mittlerweile zur Normalität geworden. Geschaffen hat sie der „Sechstagekrieg“ von 1967, der von den Palästinensern „Juni-Krieg“ genannt wird – in diesem Jahr jährte sich das Ereignis zum fünfzigsten Mal. Für die Palästinenser bedeutete der Krieg eine Wiederauflage der *Nakba*, der „Katastrophe“, wie die Vertreibung der arabischen Bevölkerung im Jahre 1948 im Zuge der Staatsgründung Israels und der Kriegserklärung der arabischen Staaten genannt wird. Was der Triumph im Krieg von 1967 dagegen für die kollektiv traumatisierte Bevölkerung Israels bedeutete, lässt sich am besten an einem Ort begreifen, der einem das Blut in den Adern gefrieren lässt.

Trauma eines Volkes

Ein Felsen markiert den Eingang, auf ihm befinden sich mehrere weiße Stelen. Sie sind unterschiedlich hoch und doch haben sie etwas gemeinsam: Sie sind abgebrochen. Es ist das vielleicht anrührendste Mahnmal der Welt: Das „Denkmal für die Kinder“ auf dem Gelände der nationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem erinnert an die ein- einhalb Millionen Kinder und Jugendliche, die der *Shoah*, zum Opfer gefallen sind. Betritt man die Halle unterhalb des Felsens, ist es zunächst so dunkel, dass man die eigene Hand vor Augen nicht sieht. Der Besucher muss sich an einem Geländer festhalten, das durch das Denkmal führt. Er nimmt nach und nach eine leise, dunkle Stimme wahr und ein spärliches, flackerndes Licht. Nur fünf Kerzen brennen im Hauptraum, doch werden sie millionenfach reflektiert, denn der Raum ist komplett verspiegelt. Die Stimme liest alle bekannten Namen der Ermordeten,

27 Die genauen Zahlen vgl. das World Factbook der CIA (wie Anm. 3 und 10).

28 Das Westjordanland dient Israel gewissermaßen als Puffergebiet zu den arabischen Nachbarn: Die Verteidigungsfähigkeit im möglichen Kriegsfall würde sich zwangsläufig verschlechtern, wenn die Grenzen der israelischen Militärkontrolle näher an das eigene Staatsgebiet heranrücken.



Im Sechstagekrieg 1967 behauptete sich Israel gegen eine ägyptisch geführte Allianz seiner arabischen Nachbarn.
Quelle: picture-alliance/ dpa-infografik

denen das Denkmal gewidmet ist. Drei Monate braucht das Tonband, das hier in Endlosschleife läuft, um jeden Namen einmal genannt zu haben.

In Yad Vashem wird erfahrbar: Israel war und ist ein kollektiv traumatisiertes Land. Die schreckliche Erfahrung der Shoah, die ein großer Teil der israelischen Familien in sich trägt und an die nachfolgenden Generationen vererbt, ist genuiner Bestandteil der Identität des jüdischen Staates. Doch nicht alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger teilen diese Erfahrung: Die orientalischen Juden fühlen sich als Glaubensgenossen oftmals dennoch verbunden, den arabischen Israelis, die meisten von ihnen Muslime, ist dieses Gefühl fremd. Viele von ihnen sehen die Shoah als furchtbares historisches Ereignis, das mit ihnen selbst jedoch nichts zu tun hat – es ist nicht ihre Geschichte. Sie haben ihre eigenen Narrative und viele identifizieren sich eher

mit den Arabern in Palästina als mit dem eigenen Staat.²⁹ Nicht wenige leugnen den Holocaust oder aber versuchen den Hass auf die Juden in Europa diesen selbst zuzuschreiben. Aus diesem Grund sind die arabischen Israelis mit Ausnahme der Drusen und der Tscherkessen von der Wehrpflicht befreit: Die Verteidigung des israelischen Volkes, das „Nie wieder!“ als Lehre aus der Geschichte wird als Bürgerpflicht derer gesehen, die diese Identität teilen. Die Bedrohung von außen haben die meisten Israelis verinnerlicht, und es bleibt festzuhalten: Das iranische Säbelrasseln mit seiner Vernichtungsrhetorik gegen den jüdischen Staat hört sich vor dem Hintergrund der Shoah in jüdischen Ohren anders an als in nicht-jüdischen.

²⁹ Nur 39 Prozent der arabischen Israelis fühlen sich einer Umfrage zufolge als Teil des israelischen Staates und seiner Probleme. Vgl. Israeli Democracy Index 2016 (wie Anm. 23), S. 3.



Die „Halle der Namen“ in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem
Foto: sz-photo/Fotograf: Sepp Spiegl

Israel teilt sich den Status des unbeliebtesten Landes der Welt unter anderem mit seinem Erzfeind Iran.³⁰ Sieben Jahrzehnte nach dem Holocaust ist das Land der Opfer von vielen Staaten geächtet. Ein Paradox: Deutschland, das Land der Täter, führt die Liste der beliebtesten Staaten weltweit an.³¹ Der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem gehört auf Reisen von Deutschen zum Standardprogramm. Für viele ist es das erste Mal, dass sie eine Holocaust-Gedenkstätte außerhalb ihrer Heimat besuchen und diese Erfahrung ist prägend: Die Ausstellung in Yad Vashem ist auf Hebräisch und Englisch, doch immer wieder finden sich deutsche Worte. Quellen, die es im fremdsprachigen Umfeld vielleicht stärker verdeutlichen als irgendwo sonst: Die Geschichte der Shoah ist eine deutsch-jüdische.

30 Vgl. Brenner (wie Anm. 21), S. 11.

31 Vgl. die internationale Umfrage der BBC unter weltweit 26.000 Menschen: BBC Poll: Germany Most Popular Country in the World, 23.05.2013, <http://www.bbc.com/news/world-europe-22624104> [Stand: 20.09.2017].

Gleichzeitig wird sie von vielen Israelis universal gedeutet, als eine Mahnung an die ganze Welt. Deutschen wird heute im jüdischen Staat mitnichten feindselig begegnet.

Eine Gruppe greiser Menschen, begleitet von jungen Leuten, wird durch die Ausstellung geführt. Es handelt sich um Überlebende der Shoah, die zusammen mit den Nachkommen der „Gerechten unter den Völkern“ die Gedenkstätte besuchen. So werden in Israel Menschen genannt, die nachgewiesenermaßen Jüdinnen und Juden vor der nationalsozialistischen Verfolgung in Sicherheit brachten. Sie kommen an einer jungen deutschen Besuchergruppe vorbei: „Hör mal, die sprechen Deutsch“, sagt einer der Überlebenden auf Hebräisch. Ein mulmiges Gefühl macht sich breit. Es sei doch großartig, dass junge Deutsche sich mit dem Holocaust auseinandersetzen, sagt der Mann, lächelt und geht.

Deutsche staunen nicht selten über den Umgang der Israelis mit ihrer leidvollen Geschichte. Eine ähnliche Szene spielt sich im Norden Israels ab, in einem *Kibbuz* („Gemeinschaft“) namens Mizra. Kibbuzim sind Sied-



Die sogenannte „Säule der Mutigen“

lungen, die auf gemeinsamem Eigentum und basisdemokratischen Strukturen basieren und bereits lange vor der israelischen Staatsgründung von Juden in Palästina gegründet wurden. Der Kibbutz Mizra hat es im Land zu einiger Berühmtheit gebracht: Die Bewohnerinnen und Bewohner produzieren Schweinefleisch, womit sie sich in religiösen Kreisen keine Freunde machen. Ein Gesetz von 1962 verbietet die Schweinezucht in jüdischen und muslimischen Ortschaften; nur christliche sind davon ausgenommen. 1990 wurde das Gesetz erweitert: Seither ist auch der Verkauf von Schweinefleisch verboten, was

allerdings in den wenigsten Stadtteilen und Ortschaften befolgt wird.³² Die Leute aus Mizra leben sogar davon. Hier, in einer Hochburg der Säkularen, sitzt ein Kibbutznik – so werden die Mitglieder der Gemeinschaft genannt – in seiner Wohnung, die ihm nicht gehört und die er nie vererben wird, und erklärt das System: Alle Kibbutzniks verdienen für ihre Arbeit dasselbe; es macht keinen Unterschied, welche Arbeit man verrichtet, nur der Gemeinschaft soll sie dienen. Jeder bekommt so viel er braucht, die Mahlzeiten werden in einem kantinenähnlichen Gebäude meist zusammen eingenommen. Um die Alten und Kranken kümmert sich die ganze Gemeinschaft – hier stirbt niemand allein.

Zwei Stunden schwärmt der charismatische Mann, dessen Augen immerzu lächeln, bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen vom Kibbutz-System, einer einzigartigen Einrichtung, die vielen als real existierender Kommunismus auf freiwilliger Basis gilt. Nach dem Interview, es war doch nur eine letzte, kleine Frage, bedrücktes Schweigen auf Seiten der deutschen Journalistin: Sein Alter wisse er nicht, sagt der Mann. Er habe als Kind die Shoah überlebt, seine ganze Familie sei in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern ums Leben gekommen. Alle Dokumente seien verloren gegangen, deshalb könne er die Frage leider nicht eindeutig beantworten. Er lächelt entschuldigend.

Die jüdischen Siedler

Begegnungen dieser Art sind in Israel keine Seltenheit. Das Wenigste ist so, wie es zunächst scheint und meist ist ein zweiter, ein dritter Blick mehr als lohnend. Das gilt auch für die jüdische Siedlerbewegung. Die Bilder der Steine werfenden Kinder, die junge Palästinenser schikanieren, sind medial durchaus präsent. Und sie sind real. Doch auch unter den Siedlern trifft man auf Menschen, die mitnichten die Erwartung erfüllen, die man als europäischer Besucher mitbringt. Einer von ihnen ist ein Mann Anfang vierzig. Vor einer international zusammengewürfelten Gruppe von Politik- und Geschichtsstudenten, Dozenten und Vertretern des mittleren politischen Beamtenapparats, die eine Summer School zum Nahostkonflikt absolviert, soll er Einblick in das Leben der Siedler geben.

Der Mann, der mit seiner Familie im Westjordanland lebt, ist fröhlich und wirkt aufgeschlossen. Er beginnt, seinen Wein anzupreisen, den er selbst herstellt. Er hat einige Flaschen mitgebracht. Die Veranstaltung entwickelt sich zu einem lebendigen Vortrag über israelische Winzer und

.....

32 Vgl. Neuberger (wie Anm. 12).



Blick vom Ölberg auf das Westjordanland mit der von Israel errichteten Grenzmauer
Foto: Picture alliance/dpa

deren Produkte. Nach geraumer Zeit unterbricht einer der Zuhörer den Mann ungeduldig – er würde gerne mehr über die politische Situation, über den Konflikt und die Rolle der Siedlungen erfahren. Der jüdische Winzer aus dem Westjordanland bemerkt zunächst, er verstehe die Frage nicht. Dann spricht er über das gute Verhältnis zu seinen palästinensischen Nachbarn und wie er sich gemeinsam mit seiner Frau vor Jahren in die Landschaft verliebt habe, weshalb die beiden entschieden hätten, ins Westjordanland zu ziehen. Es sei doch in Europa auch kein Problem, den Wohnort zu wechseln. Der Konflikt interessiere ihn nicht, denn er habe nichts damit zu tun. Die politische Dimension seines Handelns ignoriert der Mann.

Eine ganz ähnliche Situation zeigt die vielleicht meist diskutierte deutsche Dokumentation des Jahres, die im

Juni 2017 für Schlagzeilen sorgte.³³ Wer sich den ein- einhalbstündigen Film ansieht, erfährt von einer Fabrik namens *Lipski Plastic* in der jüdischen Siedlung Ariel im Westjordanland, in der alle 90 Angestellten, auch die 50 palästinensischen, gleiche Rechte genießen. „Hergestellt wird vom Papierkorb bis zum Klodeckel alles“, beschreibt der Sprecher die Firma. „In dreißig Arbeitsjahren mit Israelis ist mir nie etwas Schlechtes widerfahren“, sagt

.....

33 Die Filmemacher erhielten vom *Westdeutschen Rundfunk* und *ARTE* den Auftrag, über den Antisemitismus in Europa zu berichten. Sie erstellten eine Dokumentation namens „Auserwählt und ausgegrenzt“, die überwiegend im Nahen Osten spielt. Der ARTE-Programmchef weigerte sich, den Film zu zeigen – es sei nicht das geliefert worden, was man in Auftrag gegeben habe. Eine erbitterte Zensur-Debatte entbrannte in den deutschen Medien. Die *BILD*-Zeitung stellte das Material 24 Stunden auf ihre Homepage, mittlerweile wurde der Film, mit Kommentaren versehen, gesendet. Vgl. Pressestatement zur Dokumentation „Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa“, 13.06.2017, <http://www.presseportal.de/pm/9021/3658895> [Stand: 20.09.2017].



Im muslimischen Viertel Jerusalems befinden sich auch jüdische Siedlungen, die oftmals anhand der Flaggen zu erkennen sind.

ein palästinensischer Mitarbeiter im Interview. Yehuda Cohen, der israelische Geschäftsführer, der in der Siedlung lebt, sagt über seine palästinensischen Angestellten: „Sie alle wissen, wie kompliziert die Situation ist, aber hier in der Firma spüren wir keine Spannungen. Wir wissen immer, wie wir miteinander reden und wie wir uns gegenseitig akzeptieren, respektieren und damit leben. Ja, wir haben Probleme um uns herum, aber dies ist eine Insel der Normalität.“

Die Arbeitslosigkeit im Westjordanland ist hoch, und in der Tat finden nicht wenige Palästinenserinnen und Palästinenser Arbeit in jüdischen Firmen und sind froh darüber. Doch dies ist nur die eine Seite. Es gilt auch, die hässliche Seite der israelischen Besatzung zu zeigen. Ganz anders als die Siedler aus dem Westjordanland spricht beispielsweise Hesh Rabinowitz, ein Lehrer der Schule *Sh'ar HaNegev*, direkt an der Grenze zum Gazastreifen bei der Stadt Sderot. „Anstelle der Palästinenser würde ich Israel auch hassen“, sagt der Mann, der sich politisch als „weit links“ bezeichnet, was in Israel einzig und allein auf die Haltung im Konflikt mit den Palästinensern abzielt.

„Jeder hasst seinen Besitzer“, schiebt er hinterher. Die Folgen des Hasses erlebt er direkt. Rabinowitz ist davon überzeugt, dass die meisten seiner Schüler posttraumatische Belastungsstörungen haben: Immer wieder treffen Qassam-Raketen aus Gaza die Gegend, auch sein Klassenzimmer hat es schon getroffen. Damals hätten sie es erst gar nicht bemerkt, doch die technische Entwicklung mache nicht Halt. Gegen die *Hamas*-Raketen von 2017 könnten die Sicherheitsräume, die für jedes Haus in der Region gesetzlich vorgeschrieben sind und deren Fenster nicht brechen sollen, keinen Schutz bieten.

„Man kann die Palästinenser nicht auf den Mond schießen“, sagt er – Rabinowitz ist einer von denen, die noch an die Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967 glauben.



Von Sderot aus ist Gaza fast zum Greifen nahe. Nur wenige Kilometer Luftlinie trennen hier Israel von dem Hamas-regierten Streifen.

Die Kritik des Lehrers macht vor kaum etwas Halt, er selbst bezeichnet sich als „smarten Pazifisten“. Damit meint er, dass er Kriege ablehnt, manche aber aus humanitären Gründen notwendig sind. In Syrien beispielsweise müsse man militärisch vorgehen.

Das Schweigen brechen

Was Hesh Rabinowitz im Kleinen tut, machen die kritische israelische Tageszeitung *Ha'aretz* und Menschenrechtsorganisationen wie *Breaking the Silence* und *B'Tselem* im Großen: Während der Lehrer mit Delegationen aus aller Welt spricht, die an der Grenzregion zu Gaza interessiert sind, und dabei kein Blatt vor den Mund nimmt, dringen die anderen mit ihrer Botschaft gezielt in die Öffentlichkeit – und zwar insbesondere in die nicht-israelische. Sie alle sind entschiedene Gegner der Besatzung und kommunizieren dies deutlich, was international enorme Beachtung findet. Aus diesem Grund sind sie Teilen der israelischen Gesellschaft geradezu verhasst, sie gelten ihnen als Nestbeschmutzer. Noch mehr Israelis sind der Ansicht, dass die Kritik – und sei sie noch so berechtigt – besser innerhalb des Landes geäußert und nicht nach außen kommuniziert werden sollte, da sie auf diese Weise die israelischen Adressaten verlöre. Der hebräische Diskurs über die Besatzung sei richtig und wichtig, ihn auf Englisch ins Ausland zu transferieren, führe zu einer Dämonisierung des jüdischen Staates vor den Augen der Welt. 71 Prozent der jüdischen Israelis sind davon überzeugt, dass Menschenrechtsorganisationen wie *B'Tselem* dem Staat schaden.³⁴

Diese israelische Diskussion sollte vor dem Hintergrund des diplomatischen Eklats zumindest reflektiert werden, den der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel auslöste, als er ankündigte, sich während seines Staatsbesuchs auch mit Vertretern der Menschenrechtsorganisationen *B'Tselem* und *Breaking the Silence* zu treffen – auch wenn man davon überzeugt ist, dass es sich keineswegs um antiisraelische Organisationen handele. Netanyahu kündigte an, ein Treffen mit Gabriel platzen zu lassen – der ließ es darauf ankommen und wird den israelischen Premier nun ein anderes Mal treffen müssen.

Doch wer steckt hinter den Organisationen, die nun in aller Munde sind? *Breaking the Silence* wurde vor 13 Jahren im Zuge der zweiten Intifada³⁵ von Wehrpflichtigen und Reservisten gegründet, die die israelische Besat-

zung beendet sehen wollen, entsprechend dem Namen, das Schweigen brechen und die eigene Bevölkerung auf Missstände in Gaza, Ostjerusalem und dem Westjordanland aufmerksam machen wollen. Die Organisation veröffentlicht anonyme Berichte von Soldatinnen und Soldaten, die ihren Dienst in den palästinensischen Gebieten leisten, und bietet Führungen durch das von Siedlern und Palästinensern umkämpfte Hebron an.

Finanziert wird *Breaking the Silence* von privaten Spendern und staatlichen ausländischen Stiftungen. Dasselbe gilt für *B'Tselem*, der Menschenrechtsorganisation, die bereits während der ersten Intifada³⁶ gegründet wurde und die zuletzt den Fall Elor Azaria ins Rollen brachte. Namhafte israelische Schriftsteller wie Amos Oz und David Grossman unterstützen die Arbeit der Aktivisten, die auch mit Videos und Fotos von Palästinensern arbeiten. Der rechtsgerichteten israelischen Regierung kann dies kaum gefallen. Bereits vor einem Jahr brachte sie das sogenannte „Transparenzgesetz“ durch die Knesset. Seither müssen israelische Nichtregierungsorganisationen, die mehr als die Hälfte ihres Geldes von ausländischen Regierungen erhalten, dies entsprechend angeben – in den Veröffentlichungen genauso wie persönlich: In der Knesset müssen sie spezielle Schilder an der Kleidung tragen. Die damit hergestellte Transparenz ist jedoch reichlich einseitig, da private Spenden im Gesetz nicht erwähnt werden. Auch rechtsgerichtete Organisationen in Israel finanzieren sich nicht selten über Geld aus dem Ausland, allerdings aus privaten Kassen.

Auch die linksliberale *Ha'aretz* – die Tageszeitung, die im Ausland vielleicht am stärksten aus der israelischen Medienlandschaft wahrgenommen wird –, hat mit der eigenen Gesellschaft zu kämpfen. Im jüdischen Staat wird sie nämlich kaum gelesen und auch ihr gegenüber wird der Vorwurf der Nestbeschmutzung erhoben. Dass sie darüber hinaus auch mit palästinensischen Journalistinnen und Journalisten zusammenarbeitet, wird nicht völlig grundlos kritisch gesehen – wie sollten sich deren Berichte auch redaktionell verifizieren lassen? Die *Ha'aretz* hatte mit Abeer Ayyoub eine ganze Weile sogar eine Korrespondentin im von der *Hamas* kontrollierten Gaza-Streifen,³⁷ in den kein noch so kühner israelischer Journalist sich freiwillig begibt.

Die Start-up-Blase

Ein Kontrastprogramm zu den kritischen Stimmen Israels liefert die Metropole Tel Aviv mit ihrer zur Schau gestell-

34 Vgl. Israeli Democracy Index (wie Anm. 23), S. 10.

35 Vgl. Anm. 24.

36 Vgl. ebd.

37 Vgl. dazu auch Milz (wie Anm. 3), S. 5 f.



Tel Aviv: Die Hauptstadt Israels befindet sich durch ihre Distanz zu den Palästinensergebieten relativ sicher, was sie zu einem beliebtem Ort für Strandurlaub und Investitionen macht.

Foto: ullsteinbild-Fotograf: Sepp Spiegl

ten Gleichgültigkeit gegenüber den schweren Themen des Nahen Ostens: Hier scheinen Sex, Drogen und Electro-Beats zu herrschen – es ist das in eine Stadt gegossene Feindbild eines jeden Fundamentalisten. Die Straßen sind nachts noch belebter als tagsüber, die Clubs brechend voll. Wer sich nicht am Strand vergnügt, sitzt mit seinen Kumpele von der Uni im klimatisierten Café und grübelt bei einem Latte Macchiato über der neuesten Geschäftsidee. Natürlich ist diese Beschreibung eine Karikatur, die kaum jemandem in der pulsierenden Stadt gerecht wird. Doch sie trifft einen wahren Kern: „Ich könnte dort niemals leben“, sagt der Lehrer Rabinowitz aus Sderot schlicht. Mit der Start-up-Mentalität der Stadt, die er vor dem Hintergrund des Konflikts, mit dem er sich jeden Tag auseinandersetzen muss, als oberflächlich empfindet, kann er nichts anfangen.

Tel Aviv wird oftmals als Blase beschrieben, ein unbeschwerter Vorposten des Westens im Nahen Osten. Alles ist möglich in Zeiten des Internets, man muss es nur ausreichend wollen und genug dafür tun. Dass den unbegrenzten Möglichkeiten in Tel Aviv auch etliche Probleme im ganzen Land und darum herum gegenüberstehen – schier unerträgliche Situationen wie die der Schüler in

Sderot zum Beispiel, die der Palästinenser in Gaza, die der Menschen in Jerusalem, die sich vor Messerattacken fürchten – hört man in der Metropole nicht gerne. Dass jemand wegen des Nahostkonflikts auf die Straße geht, ist eher selten – die Frauen von *Women Wage Peace* beispielsweise, die laut eine politische Lösung des Konflikts einfordern,³⁸ sie fallen sofort ins Auge, irgendwie passen sie nicht ins Straßenbild. Nicht selten sind Gespräche, die diese Themen ansprechen, rasch beendet. Am Strand sei heute eine stumme Demonstration der veganen Szene, antwortet eine junge Israelin auf die Frage, ob sie sich politisch engagiert. Man könne doch auch über die geniale Start-up-Szene der Stadt sprechen, schlägt ein anderer vor.

Am besten geht man persönlich hin: Das „*State of Mind Innovation Center*“ im Herzen Tel Avivs öffnete im Sommer 2016. Eine Ausstellung zeigt die Errungenschaften der israelischen Unternehmer: die innovativsten Start-ups und Apps, den Beitrag des Landes zu neuen Technologien

.....
 38 Vgl. die Homepage der Bewegung mit 20.000 registrierten Mitgliedern: <http://womenwagepeace.org.il/en/> [Stand: 20.09.2017].



Ein Mitglied der Bewegung „Woman Wage Peace“ demonstriert in Tel Aviv für eine politische Lösung des Konflikts.

in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin, Transportwesen. In Videos und großformatigen Bildern, auf Bildschirmen und Leinwänden ist man hier von gut aussehenden jungen Menschen umgeben, die sich an ihrem Leben freuen. Das Zentrum, ein Werbeportal für die israelische Wirtschaft, das auch als Treffpunkt für Jungunternehmer und solche, die es werden wollen, fungiert, gehört zur Organisation „*Taglit Birthright Israel*“, die im Jahr 2000 als Start-up-Projekt gegründet wurde. Die Macher hatten damals die Idee, dass jeder jüdische Erwachsene zwischen 18 und 26 Jahren das Recht dazu habe, einmal in seinem Leben den jüdischen Staat zu besuchen. Das Projekt ermöglicht kostenlose Studienreisen als Geschenk an junge Jüdinnen und Juden in der ganzen Welt – eine halbe Million Menschen haben bereits an dem Programm teilgenommen. Einige bleiben ganz. In Tel Aviv trifft man auf etliche junge Leute, die zum Beispiel in den Vereinigten Staaten aufgewachsen sind und ihr Glück nun im Nahen Osten suchen.

Was Israel sich mit Tel Aviv erschaffen hat, ist in der Tat eine mittelgroße Sensation: Erst 1948 rief David Ben Gurion hier den Staat Israel aus. Theodor Herzl hatte es 1897 nach dem ersten zionistischen Kongress in der Schweiz angekündigt: „[I]n Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sage, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jah-

ren, jedenfalls in fünfzig wird es Jeder [sic!] einsehen.“³⁹ Herzl hatte sich um ein knappes Jahr verschätzt. Dass der noch so junge Staat heute als Vorreiter in der Spitzentechnologie gilt, hätte sich auch der Gründervater nur schwer vorstellen können. Im sogenannten „*Silicon Wadi*“ um Tel Aviv schießen die Start-ups wie Pilze aus dem Boden und dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass kein Land der Welt mehr Geld pro Kopf in Forschung und Entwicklung investiert als der kleine Staat am Mittelmeer.

Quantitativ betrachtet ist Israel eine moderne Dienstleistungsgesellschaft, doch auch die anderen Wirtschaftssektoren können sich sehen lassen:⁴⁰ Obwohl die natürlichen Bedingungen für die israelische Wirtschaft eher ungünstig sind – das Land verfügt über keine nennenswerten Rohstoffe, es herrscht akuter Wassermangel, die Bodenverhältnisse sind schlecht – verfügt Israel über ein international konkurrenzfähiges Industriepotential, eine funktionierende Infrastruktur und eine moderne Landwirtschaft.

Die „Eindringlinge“

Doch die ökonomische Entwicklung hat auch ihre Schattenseiten: Während die Arbeitslosigkeit mit fünf Prozent relativ gering ist,⁴¹ ist die Zahl der „*working poor*“, also derer, die trotz einer Arbeitsstelle unter der Armutsgrenze leben, erschreckend hoch. Insgesamt gilt mehr als ein Fünftel der israelischen Bevölkerung als arm,⁴² besonders schwierig ist die Situation für den Nachwuchs des Landes – nach einem UNICEF-Bericht wachsen 27,5 Prozent der Kinder in Armut auf.⁴³ Dies betrifft insbesondere die ultraorthodoxen Juden und die arabische Minderheit, aber auch für säkulare Israelis hat sich die Situation in den vergangenen Jahrzehnten zugespitzt. Bis zu einer halben Million Menschen demonstrierten aus diesem Grund im Sommer 2011, vor allem in Tel Aviv. Die exorbitanten Lebenshaltungskosten in der Stadt, eine unzureichende soziale Absicherung und ungerechte Löhne führten zu den größten Sozialprotesten in der Geschichte des jungen Staates – die Situation hat sich seither kaum geändert.

39 Zit. nach Brenner (wie Anm. 21), S. 45.

40 Hier und im Folgenden vgl. Sabine Hoffmann: *Wirtschaft Israels* in: Dossier Israel, 28.03.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45097/wirtschaft> [Stand: 20.09.2017].

41 Vgl. CIA World Factbook (wie Anm. 10).

42 Vgl. ebd.

43 Zum Vergleich: Für Deutschland stellte dieselbe Studie eine Kinderarmutsquote von 7,2 Prozent fest. Vgl. UNICEF Innocenti Report Card 13: *Fairness for Children. A League Table of Inequality in Child Well-Being in Rich Countries*, April 2016, S. 4, https://www.unicef-irc.org/publications/pdf/RC13_eng.pdf [Stand: 20.09.2017].

Eine israelische Bevölkerungsgruppe, die in der Debatte um soziale Gerechtigkeit oftmals vergessen wird, findet man ebenfalls in Tel Aviv, insbesondere im Süden der Stadt, in den Vierteln Neve Scha'an an und Ha'tikva. Es handelt sich um Asylsuchende; die meisten von ihnen stammen aus den afrikanischen Ländern Eritrea und Sudan, rund 45.000 sind es mittlerweile. Während in Deutschland die Gesamtschutzquote beispielsweise der Asylsuchenden aus Eritrea derzeit bei mehr als zwei Dritteln der Bewerber liegt,⁴⁴ gehen die Erfolgsquoten im Asylverfahren für Sudanesen und Eritreer in Israel gegen Null – abgeschoben werden sie aber nicht. Arbeiten dürfen die Betroffenen weder während des laufenden Asylverfahrens, das sich in der Regel über Jahre hinzieht, noch nachdem sie abgelehnt wurden. Im besten Fall arbeiten sie schwarz, nicht wenige rutschen in die Kriminalität ab. Der zentrale Busbahnhof in Neve Scha'an an gilt vielen nachts als No-Go-Area, obwohl die nächste Polizeistation gleich um die Ecke ist. Die Finn-Straße in der Nähe ist berüchtigt für Drogen und Prostitution. „Hier nachts herumzulaufen ist nicht notwendigerweise gefährlich, aber du wirst dich sehr unwohl fühlen“, sagt Heela Harel.

Die freiberufliche Grafikdesignerin gehört zu CTLV, einer Gruppe von Unternehmern, Aktivisten, Künstlern und Journalisten, die alternative Touren durch Tel Aviv anbietet. Sie gehen an Orte, die Touristen normalerweise nicht gezeigt werden. Harel erklärt das Viertel Neve Scha'an an, das in den 1920er Jahren von Juden aus Jaffa, das heute ebenfalls ein Stadtteil Tel Avivs ist, besiedelt worden war. 98 Prozent der Menschen, die heute hier leben, sind weder Juden, noch haben sie die israelische Staatsangehörigkeit: Es handelt sich um afrikanische Asylsuchende und Arbeitsmigranten von den Philippinen, aus Thailand und China. Bürgerschaftliches Engagement habe die Verantwortung für die Menschen übernommen, während sich der Staat heraushält, sagt Harel. Ein Beispiel ist die Levinsky-Bibliothek, ein offenes Haus mit Büchern in 18 unterschiedlichen Sprachen, das mittlerweile zum Treffpunkt für Leute aus der Nachbarschaft geworden ist; es werden Aktivitäten für Kinder organisiert. Der Dialog zwischen den unterschiedlichen Migrantengruppen soll dabei helfen, eine Gemeinschaft zu schaffen.

„Viele Israelis nennen Asylsuchende ‚Eindringlinge‘“, sagt Harel. Mittlerweile hat sich die Bezeichnung auch in der offiziellen Sprache durchgesetzt: Das „Gesetz gegen das Eindringen“ ermöglichte 2012 die Errichtung eines neuen Gefängnisses für Asylsuchende namens Holot in der Wüste Negev; auf illegale Einreise nach Israel sind mindestens drei Jahre Haft vorgesehen.⁴⁵ Die Betroffenen werden vor die Wahl gestellt: Entweder Haft in Holot oder eine Finanzspritze und die freiwillige Ausreise nach Uganda oder Ruanda. Tausende verlassen Israel nach diesem Angebot. „Es ist mir wirklich peinlich, das zu sagen, aber die israelische Politik denkt, dass eine Gruppe nicht-jüdischer Asylsuchender das Land aus dem Gleichgewicht bringt. Wenn man die Asylsuchenden ausbilden würde, anstatt Arbeitsmigranten ins Land zu holen, wäre schon viel gewonnen“, sagt Heela Harel.

Ein Staat wie jeder andere?

Sie sagt auch: „Ich denke, dass man eine internationale Abmachung respektieren sollte, wenn man sie unterschrieben hat.“ Sie spricht damit einen wunden Punkt an. Bereits in der Unabhängigkeitserklärung des jüdischen Staates von 1948 ist formuliert: „Es ist das natürliche Recht des jüdischen Volkes, ein Leben wie jedes andere Volk in einem eigenen souveränen Staat zu führen.“ Zum Ausdruck kommt hier der Wunsch nach Normalität. Gleichzeitig ist Israel „aus der Idee heraus geboren, anders zu sein und ein Vorbild für den Rest der Welt darzustellen“,⁴⁶ schreibt der Münchner Historiker und Israel-Experte Michael Brenner. Ein Vorbild, die einzige Demokratie im Nahen Osten, wie oftmals betont wird, muss es sich zuweilen gefallen lassen, dass seine eigenen Bürger, die es lieben, aber auch die Teile des Auslands, die es schätzen und seine Existenz nicht infrage stellen, durchaus hinsehen, wenn es um geteilte Werte geht. Dabei sollten für Israel keine engeren Maßstäbe gelten als für andere Staaten. ■

44 Vgl. den Asylgeschäftsbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), August 2017, S. 7, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201708-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 20.09.2017].

45 Vgl. den Bericht der Hilfsorganisation *medico international*: In die Wüste geschickt. Israel: Repressionen gegen afrikanische Flüchtlinge verschärft, 28.04.2014, <https://www.medico.de/in-die-wueste-geschickt-14745/> [Stand: 20.09.2017].

46 Brenner (wie Anm. 21), S. 8.

„Zum Beweise seines Bestrebens, dem Staate nützlich zu seyn und immer nützlicher zu werden“

Die Gesundheitsberichte des Landgerichtsarztes Dr. Schleis von Löwenfeld (1772-1852)

von Roland Brey

Das heutige Gesundheitswesen ist ein rechtlich stark reglementierter Komplex, in dem viele Akteure eine Rolle spielen und in dem die optimale medizinische Versorgung der Bevölkerung oberste Priorität hat. Dieses heute höchst ausdifferenzierte System hat eine lange Entstehungsgeschichte hinter sich, die in ihren Anfängen auf viel Improvisation und Hemdsärmeligkeit beruhte. Im Folgenden geht es um ein bayerisches Beispiel, um den Landgerichtsarzt Dr. Schleis von Löwenfeld, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts als amtsärztlicher Pionier mit einem besonderen Weitblick auf dem Gebiet der Volksgesundheit in der Oberpfalz gewirkt hat.

Die Gesundheitsberichterstattung hat ihre Wurzeln in den sog. „medizinischen Topographien“, die Ende des 18. Jahrhunderts entstanden sind. Der Oberpfälzer Physikus und spätere Landgerichtsarzt Dr. Christoph Raphael

Schleis von Löwenfeld (1772-1852) hat mit seinen Ortsbeschreibungen von Schwandorf und Sulzbach ein frühes Beispiel für die rund 60 Jahre später erschienenen bayerischen Physikatsberichte gegeben.^{1*} Seine Bedeutung für den Öffent-

^{1*} Für ihre Unterstützung und Hinweise danke ich: Stadtbibliothek Schwandorf (A. Wolfsteiner), Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg (J. Hartmann), Stadtarchiv Amberg (J. Fischer), Staatsarchiv Amberg (E. Stoiber), Bischöfl. Zentralarchiv Regensburg (J. Gerl), Provinzialbibliothek Amberg (Frau S. Kurz), Prof. Dr. W. Locher, LMU München, Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. K. Reder, Würzburg, Kreisheimatpfleger D. Dörner, Amberg, Stadtheimatpfleger Dr. M. Lommer, Sulzbach-Rosenberg.

lichen Gesundheitsdienst (ÖGD) z.B. bei der Einführung der Pockenschutzimpfung ist noch wenig bekannt. Als einer der ersten staatlich besoldeten Ärzte wurde er zum Vertreter eines neuen Systems staatlicher Medizinalverwaltung in Bayern. Durch die zunehmende Digitalisierung historischer Dokumente sind seine und andere Topographien nun online frei zugänglich.

Joseph Kuhn hat 2007 an die „vergessene Geschichte“ der Gesundheitsberichterstattung erinnert, die mehr als 200 Jahre zurückreicht und ihre Wurzeln in den sog. „medizinischen Topographien“ hat.² Zu den Pionieren dieser Quellengattung in Bayern zählt der Oberpfälzer Landgerichtsarzt Dr. Christoph Raphael Schleis von Löwenfeld, der trotz einiger Publikationen,³ die sich mit ihm befassen, bislang nicht den Bekanntheitsgrad erreicht hat, den er als einer der fortschrittlichsten Amtsärzte seiner Zeit verdient hätte.

Herkunft und Studium

Christoph Raphael Schleis von Löwenfeld wurde am 21. September 1772 in Sulzbach, Fürstentum Pfalz-Sulzbach (heutiges Sulzbach-Rosenberg, Landkreis Amberg-Sulzbach), geboren und stammte aus einer angesehenen Adelsfamilie.⁴ Sein Vater Dr. Bernhard Joseph Schleis von Löwenfeld (1731-1800) war Stadt- und Landgerichtsphysikus in Sulzbach, später dort auch kurfürstlicher Hof- und Medizinalrat sowie Leibarzt der Herzogin Dorothea Franziska von Pfalz-Zweibrücken (1724-1794),

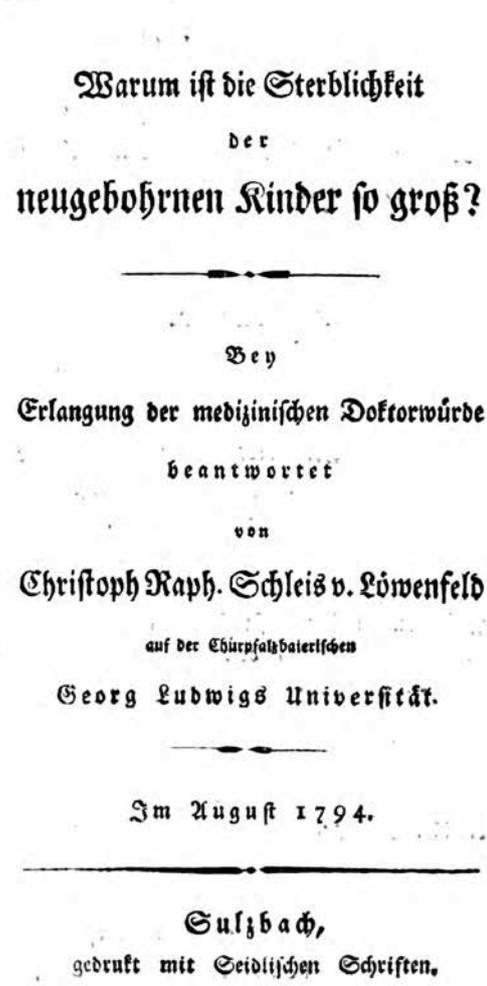
der Stammutter des bayerischen Königshauses. Als führendes Mitglied der freimaurerischen Vereinigung der sog. Gold- oder Rosenkreuzer erlangte er über die medizinischen Aktivitäten hinaus historische Bedeutung. Hervorzuheben ist seine Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Entwicklungen: So probierte er 1769 wohl als erster Arzt in der Oberpfalz die Blatternimpfung an seinen eigenen Kindern aus, also die seinerzeit nicht unumstrittene und risikobehaftete Impfung Gesunder mit Pockeneiter erkrankter Personen. 1794 gründete er in Sulzbach eine Wochenzeitung, das Oberpfälzische Statistische Wochenblatt, und nutzte es bis zu seinem Tod gerade auch für die gesundheitliche Aufklärung.

Sein Sohn Christoph Raphael studierte von 1791-1794 in Ingolstadt Medizin und erwarb 1794 den Dokortitel

2 Joseph Kuhn: Die historische Entwicklung der kommunalen Gesundheitsberichterstattung – eine Forschungslücke, Gesundheitswesen 69 (2007), S. 507–513.

3 Wolfgang Locher: Schleis von Löwenfeld – ein oberpfälzisches Ärztegeschlecht, in: 350 Jahre Wittelsbacher Fürstentum Pfalz-Sulzbach. „Die Mitten im Winter grünende Pfalz“ (Schriftenreihe des Stadtmuseums und Stadtarchivs Sulzbach-Rosenberg 22), Sulzbach-Rosenberg 2006; ders.: Nachwort, in: Christoph Raphael Schleis von Löwenfeld, Medizinische Ortsbeschreibung der Stadt Schwandorf im Nordgau. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1799 (Schriftenreihe des Stadtmuseums und der Stadtbibliothek Schwandorf 1), Kallmünz 1999, S.1–28; Hellmut Haffner: Das »Oberpfälzische Wochenblatt« und die Presseanfänge der mittleren Oberpfalz (Amberg und Sulzbach) bis zum Beginn der Tageszeitung, Sulzbach-Rosenberg 1968; August Hirsch (Hg.): Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte aller Zeiten und Völker, München/Berlin 1962; Georg Klitta: Wer ist Christoph Schleiβ von Löwenfeld? Der Heimaterezhler, Heimatbeilage für das Schwandorfer Tagblatt Nr. 3 v. März 1954, o.S.

4 Bezüglich der biographischen Daten findet man unterschiedliche Angaben bzw. Unstimmigkeiten, u.a. beim Geburtsdatum. Laut Taufeintrag, erhalten vom Bischöfl. Zentralarchiv Regensburg am 14.02.2017, wurde er am 21.09.1772 in Sulzbach getauft, wobei es damals üblich gewesen sei, die Taufe am Tag der Geburt vorzunehmen. Seine Vornamen lauten Christoph Christian Joseph, er selbst nannte sich aber Christoph Raphael. Die Schreibweise des Nachnamenteils „Schleis“ variiert mit „Schleiβ“. Weitere wichtige Quelle: Staatsarchiv Amberg: Regierung, Kammer der Finanzen 3607. Franziska Schleiβ v. Löwenfeld an Regierung der Oberpfalz, dat. Amberg 5.4.1852; Literatur vgl. Anm. 3.



Dissertation 1794

Quelle: Bayerische Staatsbibliothek München, Diss. 1431-1/28#Beibd.28, Titelblatt, urn:nbn:de:bvb:12-bsb10844452-4

mit der Dissertation „Warum ist die Sterblichkeit der neugeborenen Kinder so groß?“⁵

Dieses Thema ist im Zusammenhang mit dem von ihm erwähnten Johann Peter Frank (1745-1821) und dessen „medizinische[r] Polizey“⁶ zu sehen: Bevölkerungswachstum und Gesundheit der Bevölkerung wurden zentrale staatliche Anliegen. Schleis von Löwenfeld wandte sich in seiner Arbeit gegen den damals weit verbreiteten Aberglauben und plädierte für mehr Wissenschaftlichkeit in der Geburtshilfe, für die Errichtung von Geburtshäusern und eine fundierte Ausbildung von Hebammen. Die hohe Sterblichkeit unehelicher Kinder führte er auf die schwierige soziale Situation lediger Mütter, auf Armut und Vernachlässigung zurück. Als Gegenmittel empfahl er die Beschleunigung und Erleichterung von Eheschließungen oder aber die Verhängung von Straf- und Erziehungsgeldern für heiratsunwillige Männer, die damit Waisenhäuser oder Pflegemütter für die Betreuung der unehelich geborenen Kinder finanzieren sollten. Als Ursachen für die Sterblichkeit ehelich geborener Kinder erkannte er erbliche Schwächen und Erkrankungen der Eltern, aber auch „Ausschweifungen“, also ungesundes Verhalten, und schwere Arbeit. Kritisch beurteilte er, dass in den Städten das Stillen aus der Mode gekommen sei. Dass er selbst Zweifel an der raschen Umsetzbarkeit seiner Ideen und Vorschläge hatte, ließ er mit der Schlussbemerkung erkennen: „[...] und ich habe ja ohnehin nur gedacht, und meine Gedanken werden vielleicht nach vielen Generationen noch ein frommer Wunsch bleiben“.⁷

Berufsanfänge in Sulzbach

Nach dem Studium und einer Bildungsreise assistierte Schleis von Löwenfeld seinem Vater in Sulzbach als beigeordneter Stadtphysikus. Im November 1794 gründete er dort mit Unterstützung des Vaters eine „Bildungsanstalt für junge ungebildete Wundärzte“. Angehende Bader und Land- und Wundärzte sollten sich Kenntnisse auf verschiedenen Gebieten der Heilkunde aneignen und wurden z.B.

5 Christoph Raphael Schleis von Löwenfeld: Warum ist die Sterblichkeit der neugeborenen Kinder so groß, Sulzbach 1794, vgl. <http://reader.digitale-sammlungen.de/resolve/display/bsb10842036.html> [Stand: 21.09.2017].

6 Johann Peter Frank: System einer vollständigen medicinischen Polizey, Mannheim 1779, vgl. <http://gdz.sub.uni-goettingen.de/index.php?id=15&PPN=PPN333514955&tL=1> [Stand: 21.09.2017], siehe auch Rüdiger Haag: Johann Peter Frank (1745–1821) und seine Bedeutung für die Öffentliche Gesundheit. Diss. med. Homburg/Saar 2009, S. 18. „Medizinische Polizey“ ist demnach heute als behördlich organisiertes Gesundheitswesen zu verstehen.

7 Vgl. Schleis von Löwenfeld (wie Anm. 4), S. 56.



Baderstube im 17. Jahrhundert, Gemälde von Wolf Kilian
Abbildung: interfoto/Sammlung Rauch

in Anatomie, Krankheits- und Arzneimittellehre unterrichtet. Dieser Personenkreis wurde damals nicht an Hochschulen ausgebildet, sondern erwarb das für die Tätigkeit notwendige Wissen im Rahmen einer Handwerkslehre oder auf besonderen Chirurgeschulen. Akademische Ärzte, die ein Universitätsstudium absolviert hatten, waren gerade auf dem Lande rar und zudem teurer als Bader oder Wundärzte, die daher von der Bevölkerung als Behandler bevorzugt wurden. Überdies vertraute sich das einfache Volk vielfach Laien wie Hirten, Schäfern und Scharfrichtern an.

Aus dem Jahr 1797 ist eine in Sulzbach erschienene Druckschrift von Schleis von Löwenfeld überliefert: „Zuruf an die Bewohner der oberpfälzischen Herzogthümer, wegen Vertilgung der schädlichen Walddraupen“.⁸ Er

8 Christoph Raphael Schleis von Löwenfeld: Zuruf an die Bewohner der oberpfälzischen Herzogthümer, wegen Vertilgung der schädlichen Walddraupen, Sulzbach 1797, vgl. <https://books.google.de/books?id=Z8FBAAAACAAJ> [Stand: 21.09.2017].

weist darin auf Ersuchen der benachbarten bambergischen Hofkammer nachdrücklich auf die Gefahr von holzerstörenden Insekten hin, die andernorts bereits große Schäden verursacht hätten und die wirtschaftliche Nutzung von Forsten und Wäldern durch Gewerbe, Hammerwerke, Fabriken und Bäckereien jetzt auch in der Oberpfalz bedrohten. Detailliert beschreibt er Schädlinge wie Fichtenspinner, Harzmotte, Borkenkäfer, oder Waldraupe, wobei er auf Kenntnisse zurückgreifen konnte, die er in Ingolstadt als Medizinstudent und Assistent der botanischen Anstalt erworben hatte. Er erwähnt auch Magen- und Darmentzündungen durch den Verzehr von Heidelbeeren, an denen Haare der Raupe klebten, sowie Entzündungen und Beulen am Körper von Holzfällern. Kinder und Erwachsene seien daran schon gestorben. Zur Bekämpfung empfiehlt er unter anderem, Schweine zum Raupenfressen in die Wälder zu treiben. Honoratioren wie Pfarrer und Beamte sollten mit ihren Schweinen den Anfang machen. Wichtig war ihm die Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere in den Schulen. Dort sollten die Kinder nicht anhand von Abbildungen, sondern durch anschauliche Betrachtung von gesammelten Insekten diese kennenlernen und mit kleinen Geschenken für die beste Beschreibung belohnt werden: „Diese anschauliche Betrachtung des natürlichen Körperbaues wird meines Erachtens weit mehrern Eindruck machen, als alle, für so viele Menschen allzukostspielige Anschaffung noch so getreu illuminiertes Abbildungen.“⁹

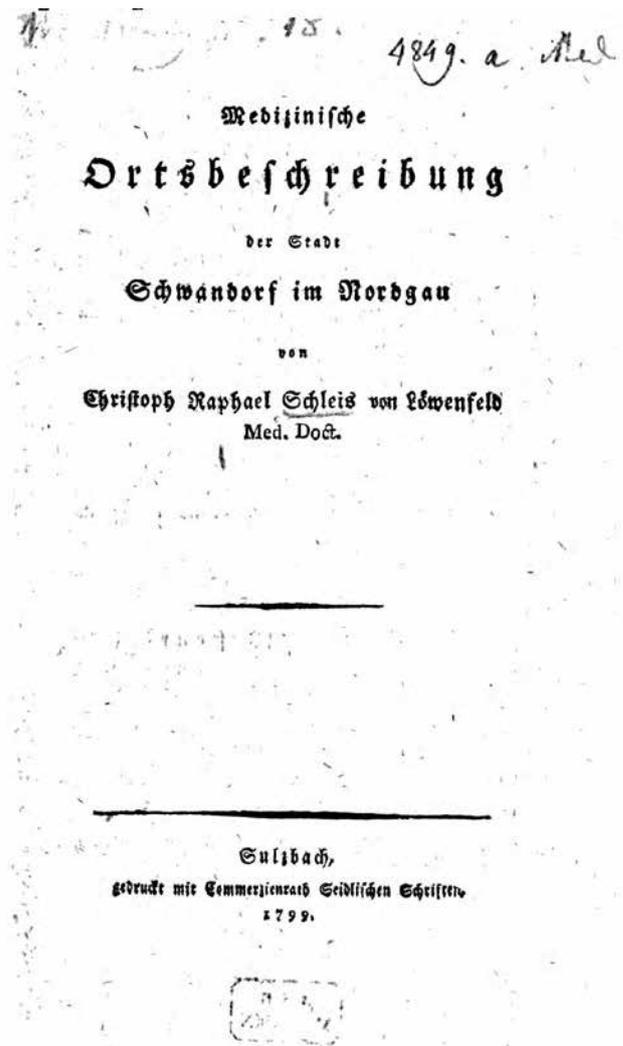
Stadtphysikus in Schwandorf: Medizinische Ortsbeschreibung der Stadt Schwandorf

Am 24. Februar 1798 wurde Schleis von Löwenfeld von der kleinen pfalzneuburgischen Grenzstadt Schwandorf als Stadtphysikus angestellt, wo er der erste ärztliche Amtsträger mit Medizinstudium war. Der junge Amtsarzt hatte sich damit um alle medizinischen Belange in der Stadt zu kümmern, die Behörden bei der Seuchenbekämpfung zu beraten und mittellose Kranke in der Stadt sowie im Bürgerspital unentgeltlich zu behandeln.

Bereits nach einem Jahr als Physikus in Schwandorf legte der Arzt im Mai 1799 eine knapp 50-seitige Publikation mit dem Titel „Medizinische Ortsbeschreibung der Stadt Schwandorf im Nordgau“ vor.¹⁰

9 Ebd., S. 30.

10 Christoph Raphael Schleis von Löwenfeld: Medizinische Ortsbeschreibung der Stadt Schwandorf im Nordgau, Sulzbach 1799, vgl. http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb11000389_00005.html [Stand: 21.09.2017], die Textstellen werden hier wie auch in der folgenden Topographie über Sulzbach ohne Seitenangaben referiert.



Quelle: Bayerische Staatsbibliothek München, Bavar. 5177 h, Titelblatt, urn:nbn:de:hbz:5:1-63888-p0011-9

Er folgte damit einem Beispiel seines früheren Universitätsprofessors Heinrich Palmatius von Leveling (1742-1798), der zwei Jahre zuvor eine „Medizinische Ortsbeschreibung von Ingolstadt“ veröffentlicht hatte.¹¹ Für den bayerischen Raum handelte es sich um die dritte medizinische Topographie nach Regensburg 1787¹² und Ingol-

11 Heinrich Palmatius von Leveling: Medizinische Ortsbeschreibung von Ingolstadt in Baiern, Ingolstadt 1797, vgl. <https://books.google.de/books?id=W51ZAAAACAAJ> [Stand: 21.09.2017].

12 Jacob Christian Gottlieb von Schäffer: Versuch einer medicinischen Ortsbeschreibung der Stadt Regensburg nebst einer kurzen Uebersicht der Krankheiten, welche in den Jahren 1784, 1785 und 1786 daselbst geherrscht haben, Regensburg 1787, vgl. <http://reader.digitale-sammlungen.de/resolve/display/bsb10086301.html> [Stand: 21.09.2017].

stadt 1797.¹³ Der bereits erwähnte, als einer der Hauptbegründer der öffentlichen Gesundheitspflege geltende Johann Peter Frank hatte 1779 die Forderung aufgestellt:

„Man lasse durch menschenfreundliche Ärzte die Natur, Lage und Beschaffenheit des geringsten Dörfchens ausforschen, dessen Krankheiten nebst Ursachen davon mit einer pünktlichen Genauigkeit nachsuchen, das Verhältnis der Geschlechter, der verschiedenen Menschenklassen, jenes der Geburten zu den Todesfällen berechnen und so über jeden Distrikt eine Art von besonderer Geographie verfertigen.“¹⁴

Schleis von Löwenfeld stellt seinem Werk über Schwandorf das Motto „*nuda veritas*“ (nackte Wahrheit) voran, was bereits darauf hinwies, dass er vor kritischen Anmerkungen trotz der damals üblichen Zensur und zu erwartender Anfeindungen vor allem von Seiten des Heilpersonals und der Handwerkerschaft nicht zurückschreckte.

Im Vorwort erklärt er, dass er als Arzt seinen Mitbürgern nützlich sein und ihnen die Schädlichkeit der Verhältnisse zeigen wolle, denen sie täglich unterworfen seien. Er habe bei jeder Gelegenheit versucht, medizinische Aufklärung unter seinen Mitbürgern zu verbreiten. Denn es herrsche hier „große, große Finsternis“, ja sogar „düstre Nacht“.

Im Hauptteil beschreibt er in insgesamt sechs Kapiteln die Lage und Umgebung der Stadt Schwandorf mit ihren knapp 1.300 Einwohnern, Straßen und Gebäude, Lebens- und Nahrungsmittel, Lebensweise der Bevölkerung, klimatische Verhältnisse u.a. Auf diese Weise entsteht ein anschauliches Gesellschaftsbild der Zeit.

Beispielsweise präsentiert er Krankheits-, Geburts- und Sterbestatistiken und stellt Zusammenhänge mit Umweltbedingungen und Lebensart der Einwohner her. So trügen die vielen Weiher mit ihren Ausdünstungen zur rheumatischen Konstitution der Bevölkerung bei, ebenso die niedrigen, feuchten Wohnungen.

Ausführlich befasst sich Schleis v. Löwenfeld mit der Lebensmittelversorgung. Rind- und v.a. Schweinefleisch

seien von guter Qualität. Er kritisiert aber bei der Herstellung von Bratwürsten die Vermengung mit altem, halb verdorbenem Rindfleisch aus Gewinnsucht. Die Leberwürste bestünden hauptsächlich aus Tierteilen, die sonst nicht zu verkaufen seien. Hauptnahrungsmittel sei das Roggenbrot, das von den Bewohnern meist selber gebacken werde. Das Weizenbrot, das von den Bäckern stamme, sei selten von guter Qualität. Es sei traurig, dass die Betrügereien, die in den Mühlen vor sich gingen, durch die örtliche Polizei nicht geahndet würden. Die häufig gegessenen Nudeln und andere Mehlprodukte enthielten nämlich sehr häufig „widersinnige Zusätze“. Daher müssten die Müller künftig strenger kontrolliert werden. Schließlich treffe ja das Los der schlecht produzierten Mehlprodukte vor allem die ärmere Klasse, bei der fast alle epidemischen Krankheiten den Anfang machten.

Nach Ausführungen zu Gemüseanbau, Gewürzen und Obst widmet er sich den Getränken, da sich diese sehr auf die Gesundheit der Einwohner auswirkten. Beim Wasser unterscheidet er ausdrücklich zwischen Flusswasser und Brunnenwasser. Fast jedes Haus besitze einen eigenen Brunnen, wobei die Wasserqualität besser sei als die des Flusswassers, das hauptsächlich zum Bierbrauen verwendet werde und oft stinkende Bestandteile enthalte. Das Lieblingsgetränk der Bevölkerung sei das Bier, entweder ein weißes Bier oder ein braunes Bier. Gebraut würden Sommerbiere, die leicht berauschten und zu Kopfschmerzen führten, und Winterbiere, die Blähungen und Schwäche der Verdauungsorgane verursachten. Der Gerstensaft werde aus Gewinnsucht oft mit Wasser verdünnt, weshalb „echtes Bier“ nur selten ausgeschenkt werde. Branntwein sei vor allem in der „arbeitsamen Klasse“ der Landbevölkerung verbreitet, er habe aber schon acht- bis zehnjährige Bauernkinder trinken gesehen. Wein werde eher selten und hauptsächlich bei Familienfeierlichkeiten wie Taufen oder Hochzeiten konsumiert. Kaffee sei dagegen bei Arm und Reich beliebt.

Bei der Beschreibung der Lebensart der Schwandorfer differenziert er zwischen der vermögenden und der ärmeren Klasse. Erstere könnten sich Fleischspeisen leisten, während die ärmeren Bürger wie Tagelöhner nur mit Wassersuppe, Kartoffeln und schlecht zubereiteten Mehlspeisen auskommen müssten.

Auch den Lebensstil der Menschen kommentiert der Amtsarzt: Die meisten Ehen würden vor allem als „Kauf- und Handelssache“ betrachtet. Hochzeiten erfolgten selten aus Neigung, sondern aus Habsucht. Ergebnis dessen seien viele „häusliche Zerrüttungen und Uneinigkeiten“, die stark auf die allgemeine Gesundheit wirkten. Auch

.....
13 Als erste in deutscher Sprache gedruckte medizinische Topographie gilt: Johann Adolphs Behrends: Der Einwohner in Frankfurt am Mayn in Absicht auf seine Fruchtbarkeit, Mortalität und Gesundheit geschildert, Frankfurt am Mayn 1771, vgl. <http://digital.slub-dresden.de/werkansicht/dlf/6682/1/> [Stand: 21.09.2017]. Siehe hierzu und zu den Vorläufern der Topographien/hygienischen Ortsbeschreibungen aus Baden: Alfons Fischer: Geschichte des deutschen Gesundheitswesens. Band 2: Von den Anfängen der hygienischen Ortsbeschreibungen bis zur Gründung des Reichsgesundheitsamtes, Berlin 1933, ND Hildesheim 1965.

14 Zit. n. Eberhard Wormer: Die bayerischen Physikatsberichte aus medizinisch-geschichtlicher Sicht, in: Peter Fassl/Rolf Kießling (Hg.): Volksleben im 19. Jahrhundert, Augsburg 2003, S. 125-142.

Luxus, worunter Unnatürliches, Erkünsteltes und Überspanntes zu verstehen sei, stuft er als gesundheitsschädlich ein. Dazu zählt er zum Beispiel die panzerartigen Schnürbrüste und vielen dicken Röcke, die den schlanken Wuchs von gutgeformten Mädchen verstümmelten, die Verdauung störten und Brustkrankheiten verursachten. Auch beim an sich „unschuldigen“ Kartenspiel sieht er eine Gesundheitsgefahr im Hinblick auf die lange sitzende Körperhaltung und den Verdross über oft erlittenen Verlust. Bezüglich der Neugeborenensterblichkeit, mit der er sich bereits im Rahmen seiner Dissertation befasst hatte, weist er auf Faktoren wie angeborene und ererbte Krankheiten, Unreinlichkeit und falsches Verhalten hin.

Schleis von Löwenfeld beklagt, dass seine Arbeit als erster, ordentlich geprüfter und approbierter Stadtphysikus nur von manchen Einwohnern geschätzt werde. Diese gingen statt zum Arzt zu einem unqualifizierten Wundarzt und einen gleichfalls medizinischen Unfug treibenden Bader sowie zu „Hebammen, Pfuschern, Schmieden, Hirten, Schindern und alten Weibern“. Deutliche Kritik übt er an der örtlichen Polizei, die zwar ein Augenmerk auf die öffentliche Ruhe, die Bequemlichkeit der Bürger, die gute Qualität und Quantität des Brotes, des Bieres und des Fleisches habe, aber z.B. zu wenig gegen Wucherer unternehme, wobei er auch das Problem der Vetternwirtschaft anspricht: [...] „aber die bisherige Aufsicht war dennoch zu schwach, um den einzelnen Interesse verjährter Wuchereyen Einhalt zu thun. – Noch sind hier, wie an mehreren Orten Vater, Brüder, Vettern, Gevatter, Schwäger, Baßen, und mehrere dergleichen freundschaftliche Verbindungen im Wege, wo nach erfüllter Pflicht die bittersten Vorwürfe folgen würden.“¹⁵

In seinem Bestreben, nützlich zu sein, will Schleis v. Löwenfeld nicht nur Kritik an den herrschenden Zustände üben, sondern auch zahlreiche Verbesserungsvorschläge unterbreiten: So regt er u.a. die Drainage der vielen Sumpfgebiete an, um der schädlichen feuchten Luft entgegenzuwirken. Die durch Dünger, Menschenkot und freilaufende Tiere verunreinigten Straßen sollten besser gesäubert werden. Für Kranke gebe es Arzt und Wundarzt, für arme oder fremde Kranke seien zwar ein Seelenarmen- und ein Siechenhaus vorhanden, die aber sehr schlecht ausgestattet seien.

Im letzten Kapitel seiner Ortsbeschreibung legt er seine Wetterbeobachtungen von Mai 1798 bis Mai 1799 vor und verknüpft sie mit seiner Feststellung, dass bestimmte

.....
15 Schleis von Löwenfeld (wie Anm. 10), S. 36 f.

feberhafte Erkrankungen und Rheumatismen im offenbar recht feuchten Sommer oder Entzündungen verschiedener Eingeweide im sehr kalten Winter gehäuft aufgetreten seien. Hierzu präsentiert er eine tabellarische Übersicht der von ihm behandelten Kranken und Krankheiten innerhalb eines Jahres. Von 458 Kranken wurden 420 gesund, 14 verstarben. Insgesamt seien 1798 in der Pfarrei Schwandorf 116 Geburten und 96 Sterbefälle, darunter 45 im 1. Lebensjahr, verzeichnet worden.

Mit seiner Medizinischen Ortsbeschreibung habe Schleis v. Löwenfeld in Schwandorf „viel Staub aufgewirbelt“. Seine Kritik habe ihm viel Feindschaft eingebracht, aber schließlich doch eine weitgehende Besserung der Verhältnisse bewirkt.¹⁶

Heirat und Einsatz als Militärarzt

Am 2. Januar 1799 heiratete er die Hebamme Eusebia Bronold. Aus dieser Ehe gingen drei (überlebende) Kinder hervor, die Tochter Franziska und die Söhne Max und Karl.

Seine Zeit als Stadtphysikus wurde durch einen freiwilligen Einsatz von 10. August 1800 bis April 1801 als „Feldmedicus“ im Rahmen der Napoleonischen Kriege abgelöst. Im kurfürstlichen Feldlazarett in Schwandorf versorgte Schleis von Löwenfeld verwundete Soldaten. Alliierte österreichisch-bayerische Truppen kämpften zu dieser Zeit gegen die nach Süddeutschland vorrückende französische Armee. Kurfürst Maximilian musste Ende Juni 1800 aus München fliehen und ging am 7. Juli mit seinem Hofstaat und Minister Montgelas nach Amberg, wo sie sich bis zum 1. Dezember aufhielten.¹⁷ In der Schlacht bei Hohenlinden (Oberbayern) am 3. Dezember 1800 erlitt das österreichisch-bayerische Heer eine vollständige Niederlage gegen die französische Armee, was u.a. in der Folge zur späteren Erhebung Bayerns zum Königreich „von Napoleons Gnaden“ am 1. Januar 1806 führte.

Physikus und Landgerichtsarzt in Sulzbach, Medizinische Topographie von Sulzbach

Am 19. Juni 1801 trat Schleis von Löwenfeld die durch den Tod des Vaters am 9.12.1800 vakant gewordene, deutlich besser dotierte Stelle als Physikus in Sulzbach an. In diese Zeit fiel die Reorganisation und Modernisierung

.....
16 Haffner (wie Anm. 3), S.79.

17 Heimatkundlicher Kreis Amberg - Sulzbach und Josef Dollacker: Dollacker-Chronik Teil II: Die Geschichte der Stadt Amberg und ihres Umlandes vom Spanischen Erbfolgekrieg bis zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Der Eisengau, Band 28, Amberg 2008, S.40.



König Max I. Joseph von Bayern, Porträt aus dem Jahr 1806
Abbildung: sz photo



Maximilian Graf von Montgelas
Abbildung: sz photo/Scherl

des bayerischen Staatswesens durch Graf Maximilian von Montgelas (1759-1838). Im Zuge der Neuordnung des bayerischen Kurfürstentums 1803 mit Einrichtung von 50 Landgerichtsbezirken wurde auch das Medizinalwesen neu geregelt und in jedem Landgerichtsbezirk ein beamteter Landgerichtsarzt mit der Überwachung des Gesundheitswesens beauftragt.¹⁸ Die bisherigen Stadtphysici wurden in der Regel in die neue Funktion übernommen. Für Schleis v. Löwenfeld war damit eine deutliche Gehaltsaufbesserung verbunden. Zu seinen Aufgaben gehörten die Seuchenbekämpfung, die Kontrolle der Heilberufe und Überwachung der Apotheken, der Spitäler, der Badeanstalten, der Gefängnisse, Schul- und Waisenhäuser. Zusätzlich hatte er auch gerichtsmmedizinische Gutachten zu verfassen und für die kostenlose Behandlung der Armen sorgen.

In der zugrundeliegenden „General-Instruktion für die Landgerichtsärzte“ vom 28.10.1803¹⁹ wurden die Gerichtsärzte aufgefordert, innerhalb von zwei Jahren eine medizinische Topographie ihres Physikates vorzulegen. In einem Tagebuch sollten sie Wetterbeobachtungen aufzeichnen, außerdem Geburts- und Sterbelisten führen und das Auftreten von Krankheiten und Seuchen beobachten und beschreiben.

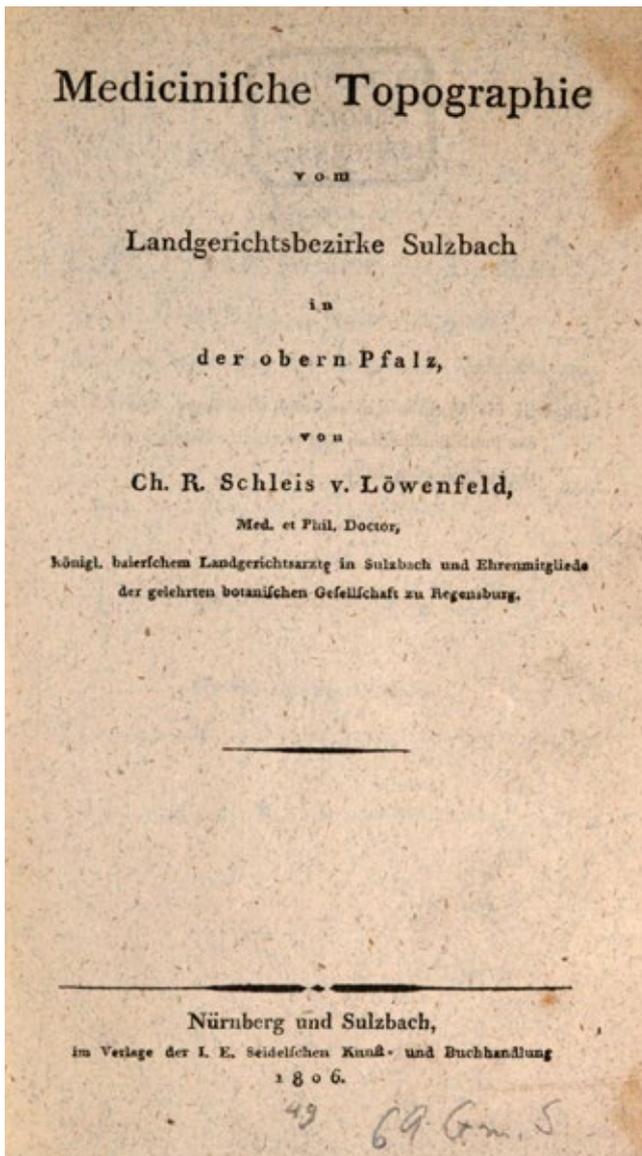
Schleis von Löwenfeld legte als erster im 1806 zum Königreich erhobenen Bayern seine „Medizinische Topographie vom Landgerichtsbezirke Sulzbach in der obern Pfalz“ (datiert: 4.2.1806) vor.²⁰ Er tat dies als „Med. et Phil. Doctor und königl. bayerischer Landgerichtsarzt in Sulzbach und Ehrenmitglied der gelehrten botanischen Gesellschaft zu Regensburg“. Vor der Titelseite ist ein Porträt seines Vaters Bernhard mit Titeln und Geburts- und Sterbedatum zu sehen.²¹

18 Wolfgang Locher: Der Öffentliche Gesundheitsdienst in Bayern - von seinen Anfängen 1808 bis zur Blütezeit der Sozialhygiene, in: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (Hg.): *Gesund Leben in Bayern 1808-2008. Der Öffentliche Gesundheitsdienst in Bayern - Gestalt gebende Gesetze und Verordnungen aus Geschichte und Gegenwart. Eine Festschrift*, München 2008, S. 23-37, vgl. <https://repository.publisso.de/resource/frl:4215532-1/data> [Stand: 22.09.2017].

19 Churpfalzbaierisches Regierungs-Blatt, München 1804, S.196 ff., vgl. <http://bavarica.digitale-sammlungen.de/resolve/display/bsb10345147.html> [Stand: 21.09.2017].

20 Christoph Raphael Schleis von Löwenfeld: *Medicinische Topographie vom Landgerichtsbezirke Sulzbach in der obern Pfalz, Sulzbach 1806*, vgl. <https://books.google.de/books?id=D610AAAAcAAJ> [Stand: 21.09.2017].

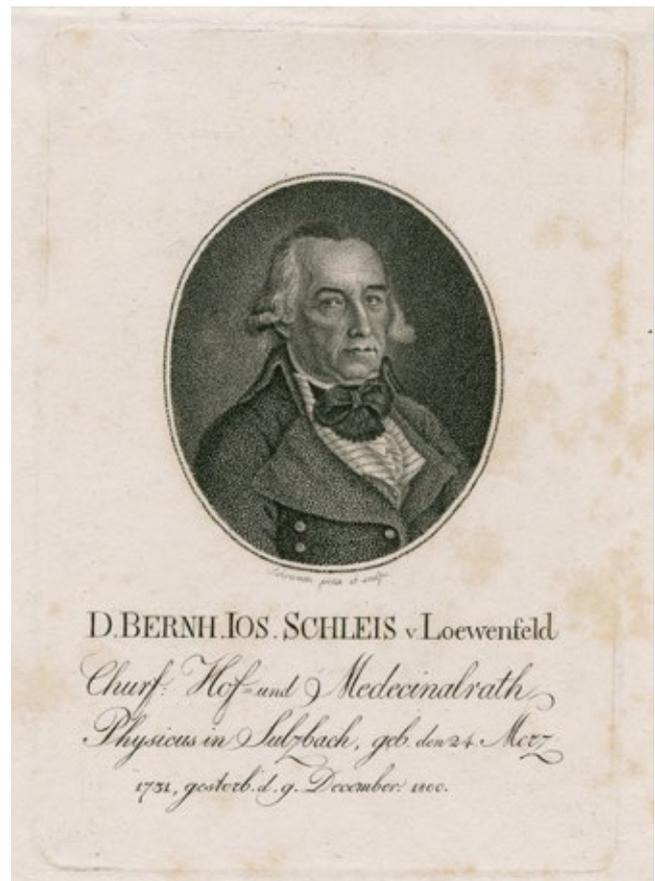
21 Ein Porträt von ihm selbst konnte bisher nicht gefunden werden.



Quelle: Bayerische Staatsbibliothek München, Bavar. 2378, Titelblatt, urn:nbn:de:bvb:12-bsb10378210-3

Wie bei der Schwandorfer Topographie liegt ihm eine wahrheitsgetreue Aufklärung am Herzen, stellt er doch seinem Bericht ein Zitat voran: „Ich will die Wahrheit reden, und alles sagen, was ich für das Publikum heilsam und nützlich, schädlich und nachtheilig gefunden habe.“ Gewidmet ist die Arbeit dem Kurpfalz-bayer. Medizinalrat und Leibarzt des bayerischen Königs Max I. Joseph, Franz Joseph von Besnard (1749-1814),²² „zum Beweise seines Bestrebens dem Staate nützlich zu seyn und immer nützlich zu werden“.

22 August Hirsch „Besnard, Franz Josef von“, in: Allgemeine Deutsche Biographie 2 (1875) S. 555-556 (Online-Version), vgl. <https://www.deutsche-biographie.de/gnd116154330.html#adbcontent> [Stand: 21.09.2017].



Porträt des Vaters Bernhard Joseph Schleis v. Löwenfeld
Quelle: Münchner Stadtmuseum, Sammlung Graphik und Gemälde

In einem Vorwort beklagt er, dass Verordnungen und Gesetze zur Verbesserung der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege nicht ausreichend befolgt würden. Faktoren wie Vorurteile, Hass gegen alles Neue, Gleichgültigkeit und böswillige Menschen, die öffentlich und heimlich gegen den Staat arbeiteten, seien dafür verantwortlich. Mancher ehemalige Physikus habe die Würde und Größe seines Berufes nicht gekannt, weil er nicht zum Polizei- und Gerichtsarzt ausgebildet worden sei. Dies habe auch zu fehlender Anerkennung bis hin zu Verachtung durch Übelgesinnte und Nichtärzte geführt. König Maximilian Josef gebühre größter Dank für die Anerkennung der Landgerichtsärzte als Staatsbeamte mit besserer Besoldung. Dies sei Ansporn und Verpflichtung für die Erfüllung der Berufspflichten. Er wolle das Werk seines Vaters fortsetzen, von dem er Tagebücher und Anmerkungen über das Medizinalwesen übernommen habe. Er selbst habe schon mehrere Jahre lang Materialien gesammelt, aus denen diese Topographie entstanden sei. Als Muster sei zwar Formeys Versuch einer

medizinischen Topographie von Berlin²³ empfohlen worden, doch habe er sich lieber an der Vorgabe der Landesdirektion Bamberg für die dortigen Landgerichtsärzte orientiert.

Die Gliederung des im Vergleich zu Schwandorf mit rund 200 Seiten wesentlich umfangreicheren Berichtes führt zehn Abschnitte auf, die von der Geographie und Geschichte des Bezirks über die Beschreibung der Bevölkerung zu den Gesundheitseinflüssen und Erkrankungen führen. Nur auszugsweise sollen im Folgenden einige Inhalte wiedergegeben werden:

— 72 —

**Uebersicht der Krankheitsformen,
an welchen die Menschen im Bezirke Sulzbachs gestorben sind.**

Namen der Krankheit.				Namen der Krankheit.			
	1803	1804	1805		1803	1804	1805
Entkräftung und Altersschwäche -	34	55	46	Eingeklemmter Bruch	2	—	—
Abzehrung - - -	26	75	30	Keuchhusten - - -	—	30	14
Allgemeine Schwäche	—	37	16	Starrkrampf - - -	—	1	14
Schlagfluß - - -	11	27	13	Frais u. Konvulsionen	24	10	20
Lungenfucht - -	63	29	27	Fallfucht - - -	—	2	4
Wasserfucht - - -	48	29	22	Verblutung - - -	4	1	3
Faulfieber - - -	9	9	6	Verbrennung - - -	—	1	—
Ruhr - - - - -	—	3	—	Eystückung - - -	1	—	—
Gelbfucht - - -	—	1	—	Ertrinken - - -	—	1	3
Hirnentzündung -	—	—	1	Todtgeschlagen und gefallen - - -	3	2	3
Halsentzündung -	3	—	—	Schwere Geburt -	4	—	—
Lungenentzündung	35	19	26	Ausschlagkrankheit	2	—	—
Magenentzündung -	—	1	1	Podagra - - - -	—	1	—
Darmrentzündung -	10	22	12	Bösartige Geschwüre	6	1	4
Leberentzündung -	—	1	—	Selbstmord - - -	—	1	—
Fruchthälterentzündung - - - -	—	2	—	Todtgeborne - - -	6	11	4
Nierenentzündung -	—	1	—	Unbekannte Krankh.	—	6	2

Quelle : Bayerische Staatsbibliothek München , Bavar. 2378, S.72, urn:nbn:de:bvb:12-bsb10378210-3

23 Johann Ludwig Formey: Versuch einer medizinischen Topographie von Berlin, Berlin 1796, vgl. http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb11107123_00005.html [Stand: 21.09.2017].

Tabellarisch stellt er für die Jahre 1803-1805 Geburts- und Sterbelisten dar mit einer Übersicht der Todesursachen. Am häufigsten waren diesbezüglich Entkräftung und Altersschwäche, Abzehrung, Lungensucht und Lungenentzündung. Die Bevölkerungszunahme um 338 auf 13816 im Drei-Jahres-Zeitraum könnte nach seiner Vermutung mit der Einführung der Kuhpockenimpfung zusammenhängen. Sehr viele Menschen erreichten das 70. Lebensjahr, viele würden 80 Jahre alt, manche sogar 90-95 Jahre. Die unehelichen Schwangerschaften seien zwar immer noch zahlreich, kämen aber nicht mehr so häufig vor als sonst. Die Zahl der verstorbenen Wöchnerinnen nehme ebenso ab wie die Zahl der totgeborener Kinder, was auf die Verbesserung des Entbindungswesens, die Anstellung mehrerer gelehrten Hebammen, und die Errichtung einer eigenen Lehranstalt für die Sulzbacher Hebammen zurückzuführen sei. Grund für den Tod vieler Kinder sei u.a. auch, dass man auf dem Lande im Krankheitsfall keinen Arzt zu Hilfe rufe. Bei fieberhaften und ansteckenden Erkrankungen sei dies anders, auch werde er darüber informiert und könne helfen, weshalb verhältnismäßig Wenige daran verstürben. Der Tod an Lungenkrankheiten trete häufig zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr auf. Bei alten und armen Menschen sei die Wassersucht Ursache, als Folge schlechter Nahrung, vernachlässigter Hautkultur und des oft häufigen Branntweintrinkens.

Ein Sittengemälde der Zeit: Bevölkerung und Lebensweise der Sulzbacher Bevölkerung

Bei der Beschreibung der Bevölkerung unterscheidet er zwischen Stadt- und Landbevölkerung, Christen und Juden, und transportiert dabei klassische Stereotypen mit dem typischen antisemitischen Bodensatz der Zeit: Juden zählten demnach mehr zur schwächlichen und „weichlichen“ Menschenklasse und hätten auch einen anderen Charakter als die Normalbevölkerung. In der Kultur jeder Art seien die Christen den Juden aufgrund des allgemeinen Schulunterrichtes um ein Jahrhundert voraus. Diese seien selten aufrichtig und nicht so fleißig wie die Christen, bei denen er jedoch ebenfalls nicht nur positive Eigenschaften feststellte. Der Sulzbacher werde grob und hitzig, wenn er gereizt oder sich in seiner Ehre gekränkt fühle. Auch finde man unter Christen häufiger „Trunkenbolde“.

Bei der Kleidertracht werde auf die Gesundheit noch nicht genug Rücksicht genommen. Man kleide sich nicht der Jahreszeit angemessen, im Frühjahr zögen sich die Menschen zu leicht an. Die von ihm in Schwandorf angeprangerten Schnürbrüste seien in Sulzbach aber weitgehend abgeschafft worden. Die üble Gewohnheit des Tabakrauchens sei bei allen Ständen des männlichen

Geschlechts, sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande allgemein verbreitet. Auch Schnupftabak werde häufig und auch von Frauen konsumiert. Als nachteilig für die Sitten und die Gesundheit stuft er das Tanzen ein, das die Leidenschaften erzeuge, übermäßig erhitze und ermüde und zu Lungenkrankheiten führe, wobei auch die schlechte Luft in den Tanzräumen eine Rolle spiele.

Als Staatsarzt ist ihm der Aberglaube ein besonderer Dorn im Auge. Insbesondere wendet er sich gegen „Wunderkuren“ und fordert Lehrer und Erzieher zu frühzeitiger Aufklärung auf.

Es folgen Wetteraufzeichnungen und Ausführungen zu Nahrungsmitteln einschließlich des Trinkwassers, das wegen seiner sehr guten Qualität gerne getrunken werde. Das Wasser stamme aus 13 Quellen, wobei eine den höher gelegenen Stadtteil versorge. Durch ein künstliches Druckwerk werde das Wasser zu einem Behältnis in einem Turm befördert und von dort über mehrere, leider bleierne Röhren verteilt. Auf dem Land stehe jedoch oft nur in Zisternen gesammeltes Regenwasser zur Verfügung. Lieblingsgetränk sei aber Bier. Auch Kaffee werde mit verschiedenen Zusätzen wie gelbe Rüben oder Gerste gerne getrunken, sei aber überflüssig.

Gesundheitsgefährdend sei oft die schlechte Luft in den Wohnungen, wo man auch fast überall feuchte Wände und Zimmer vorfinde. Auf dem Land seien die Wohnungen niedrig und eng und hätten wenige oder kleine Fenster.

Der Landgerichtsarzt befasst sich weiter mit dem Gewerbe und stellt in einer Übersicht die verschiedenen Handwerksberufe und die Zahl der Beschäftigten dar: Die meisten sind Maurergesellen, es folgen Schneider, Zimmergesellen, Schuhmacher, Müller, Weber und Schmiede. Zahlreiche Berufe hatten nur einen einzigen Vertreter, so Goldschmied, Kaminfeger, Perückenmacher oder Zinngießer.

Schleis von Löwenfeld listet anschließend typische berufsbedingte Krankheiten auf. Auffällig viele stellt er bei Bäckern fest, u.a. Augen- und Lungenentzündungen, Flechten und Fußgeschwüre. Schmiede litten an Rheumatismen, Durchfall, Hauterkrankungen, Schuhmacher und Weber vor allem an Lungenentzündung und Lungensucht. Buchdruckern attestiert er Augenschwäche, Lungensucht und Hypochondrie.

Juden in Sulzbach

Ein eigenes Kapitel ist den Krankheiten der Israeliten, also der Juden, gewidmet. Schleis von Löwenfeld stützt sich dabei auch auf die jahrzehntelangen Erfahrungen seines Vaters. Dieser habe bemerkt, dass arme Juden

infolge schlechter Ernährung und Kleidung sowie ungesunder Zimmerluft häufig von Skabies (Krätze) befallen seien. Aus verschiedenen Gründen, Kummer und Sorgen, aber auch wegen ihrer körperlich und geistig anstrengenden Gottesdienste, seien Juden besonders empfindlich. Kinder würden schon sehr früh beansprucht durch allzu strenge sittliche Erziehung, was zu Verdauungskrankheiten und später zu Nervenkrankheiten führe. Im hohen Alter seien „Blödsinnigkeit“, Melancholie und Blindheit die gewöhnlichen Krankheiten. Die jüdischen Gesetze hätten dennoch auch Vorteile für die Gesundheit durch den Verzicht auf Ausschweifungen.

Zu den Ausführungen über die Juden in Sulzbach ist anzumerken, dass dort bereits im 17. Jahrhundert auf Veranlassung des Pfalzgrafen Christian August eine jüdische Gemeinde gegründet worden war, die unter besonderem Schutz stand. Im 18. und 19. Jahrhundert war in der Stadt eine der größten jüdischen Gemeinden in der Oberpfalz beheimatet. Der Höchststand wurde 1801 erreicht, die ca. 350-köpfige jüdische Bevölkerung machte damals etwa 10 Prozent der Einwohnerschaft aus.²⁴ In Sulzbach kam es nicht zu einer räumlichen Ghettobildung, sodass von einer besseren Integration als andernorts auszugehen ist. Die von Vorurteilen geprägten Passagen Schleis von Löwenfelds, der zudem in einem gebildeten und tief religiösen Elternhaus aufgewachsen war, dürften daher noch vergleichsweise moderat ausgefallen sein.

Bauern

„Krankheiten der Bauern als Folge ihrer Erziehung und Lebensweise“ lautet die Überschrift für den nächsten Abschnitt. Hingewiesen wird auf schwere Arbeit, ungünstige Witterungseinflüsse und dunkle und feuchte Wohnungen, die ungesund seien, zumal in den Stuben Viehfutter in Kesseln gekocht werde. Schwangere Bauersfrauen seien durch Tragen und Heben, Stürze, Hitze und Kälte gefährdet. Kinder würden nur einige Wochen nach der Geburt gut gepflegt. Kopfausschlag, Brüche und Krämpfe entstünden durch vernachlässigte Pflege. Ältere Bauernkinder müssten oft weite Wege zur Schule zu Fuß gehen, später auch schwere Feldarbeit verrichten, sie zögen sich Verletzungen, Lungenentzündung und Rheumatismen zu. Bei Festen trinke der Landmann nicht selten bis zur Berausung Bier und Branntwein. Rheumatismen,

.....

²⁴ Johannes Hartmann: Die jüdische Gemeinde in Sulzbach und ihr Ende, in: Oberpfälzer Kulturbund (Hg.): Die Oberpfalz und ihre Nachbarn aus dem ehemaligen Nordgau, Festschrift 30. Bayerischer Nordgautag Sulzbach-Rosenberg, Regensburg 1994, S. 90–97.

Halsentzündungen und Fieber seien als Folgekrankheiten am häufigsten. An die Bestimmung des Viehzustandes und der bei Tieren vorkommenden Krankheiten²⁵ schließt sich eine Beschreibung der Naturgeschichte des Bezirkes mit systematischen Verzeichnissen der Tiere, Pflanzen und Gesteine an, bevor er sich nochmals eingehend mit dem Krankheitsspektrum in seinem Amtsbezirk befasst.

Epidemien

Besonders hebt Schleis das „Faulfieber“ hervor, das auch als bösartiges Fieber oder Nervenfieber bezeichnet werde²⁶ und schon in den vergangenen Jahrzehnten zu tödlich verlaufenden Epidemien geführt habe. Sein Vater habe es erfolgreich bekämpft, auch er selbst habe schon Kranke in neun Ortschaften behandelt. Die zweite epidemische Erkrankung sei die Dysenterie (Ruhr), die erst durch falsche Behandlung oder Vernachlässigung der Vorsichtsregeln gefährlich geworden sei. Nur selten seien dagegen Keuchhusten und Masern tödlich verlaufen. Im Übrigen stünden Lungenkrankheiten an erster Stelle. Gesundheitsschädlich seien unter anderem übermäßiges Tanzen und Luxus.

Pocken

Keine Krankheit habe aber im Zeitraum von 1759 bis 1801 fürchterlicher gewütet als die „Menschenblattern“, die Pocken. 18 große Epidemien hätten zum Tod von 6.000 Kindern geführt, 3.000 Kinder litten an den Folgen. Sein Vater habe ab 1772 mehrmals Impfungen mit Menschenpocken durchgeführt und damit einige Kinder retten können. Er selbst habe sich seit seinem Dienstantritt 1801 bemüht, die so heilsame und nützliche Kuhpockenimpfung einzuführen, nachdem er damit besten Erfolg als Feldmedicus erzielt habe. Er habe mehrere Soldatenkinder mit einer aus England über Hannover bezogenen Kuhpockenlymphe geimpft.

Der englische Landarzt Edward Jenner (1749-1823) hatte Ende des 18. Jahrhunderts erkannt, dass eine Erkrankung an

den harmlosen Kuhpocken vor einer Ansteckung mit den echten Pocken, die in ganz Europa wüteten, schützte. 1796 hatte er einen achtjährigen Jungen mit Kuhpocken geimpft und ihn dann später folgenlos mit echten Pockenviren infiziert, was die Wirksamkeit dieser Methode belegte.

Schleis von Löwenfeld war von der Impfung überzeugt, stieß jedoch auf starke Widerstände: Leider habe er sich Hass, Neid und Verfolgung zugezogen, so dass er die Impfung, die er dem eigenen Kind und Kindern, deren Eltern er bezahlt habe, verabreicht habe, zunächst wieder habe aufgeben müssen. Durch Aufklärung sei es ihm gelungen, die Vorbehalte und Bedenken auszuräumen. Ab März 1802 habe er bis September 121 Kinder mit bestem Erfolg impfen können, darunter sogar den Sohn eines Sulzbacher Juden, der sich über die Vorurteile des Rabbiners hinweggesetzt habe. Wichtig seien auch das Vorbild und die Unterstützung der Wundärzte gewesen. Auf dem Land habe es aber weiter Widerstand gegeben. Ein Krankheitsausbruch im Jahr 1803, bei dem ein neunjähriger Knabe im Gesicht stark verunstaltet worden sei, habe als erschütternde Warnung jedoch Wirkung gezeigt. Die Zahl der geimpften Kinder sei von 47 im Jahr 1801 auf 782 im Jahr 1805 angestiegen. Abgesehen davon, dass die Kinder schneller und leichter ihre Zähne bekommen hätten, habe er keine schädlichen Impffolgen gesehen.

Für seine Aufklärungsarbeit nutzte Schleis von Löwenfeld auch das von seinem Vater begründete Oberpfälzer Statistische Wochenblatt, das ab 1800 von seinem Bruder Max herausgegeben wurde. Darin bot der Physikus im Jahr 1801 die kostenlose Kuhpockenimpfung der Kinder mit dem aus England erhaltenen Material an. Mehrere Hinweise finden sich auch in Ausgaben der Jahre 1802 und 1803.²⁷ Er berichtet, dass in London keine Nebenwirkungen beobachtet worden seien, nennt das oben genannte positive Beispiel des Juden und stellt den Fall des Neunjährigen als Nachricht und Warnung dar. Ein Pfarrer wird für seine Unterstützung gelobt.²⁸

.....
25 Der öffentliche Veterinärdienst als besonderer Verwaltungszweig entstand erst in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, siehe auch Sandra Niessen: Grundlagen und Neukonzeption der amtlichen Ausbildung von Tierärzten unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der EU, Diss.med. vet. München 2004, S. 4.

26 Es könnte sich um das durch sog. Rickettsien hervorgerufene, durch infizierte Kleiderläuse übertragene Fleckfieber gehandelt haben, allerdings ist auch nicht auszuschließen, dass Typhus die Krankheitsursache war. Die Übertragung erfolgt hier durch den Verzehr von salmonelleninfizierten Speisen und Getränken. Zu den Krankheitsbezeichnungen siehe Jan Brügelmann: Der Blick des Arztes auf die Krankheit im Alltag 1779-1850. Medizinische Topographien als Quelle für die Sozialgeschichte des Gesundheitswesens, Diss. phil. Berlin 1982.

.....
27 Oberpfälzisches Statistisches Wochenblatt 1801: Nr. 13, S. 103, 1802: Nr. 18, S. 149, Nr. 25, S. 232, 1803: Nr. 32, S.578.

28 Die auf den englischen Arzt Edward Jenner (1749-1823) zurückgehende Pockenschutzimpfung wurde 1807 in Bayern verpflichtend vorgeschrieben, siehe hierzu Gesund Leben in Bayern 1808-2008 (wie Anm. 18), S.166.

Medizinische Versorgung

Mit der Versorgung der Armen, für die ein Armenfonds eingerichtet worden sei, zeigt er sich zufrieden. Es stünden auch ein Spital für alte Bürger, ein „Seelhaus“ für arme Diensthofen und alte Tagelöhner, ein außerhalb der Stadt gelegenes Siechenhaus für arme, an ansteckenden und unheilbar Krankheiten leidende Menschen sowie ein Armenhaus für arme Reisende zur Verfügung. So habe der arme Kranke in Sulzbach alles, was er brauche, einschließlich der kostenlosen ärztlichen Versorgung. Auf dem Land fehle jedoch eine Anstalt für arme Kranke. Noch besser wäre die Errichtung eines allgemeinen Bezirkskrankenhauses.²⁹

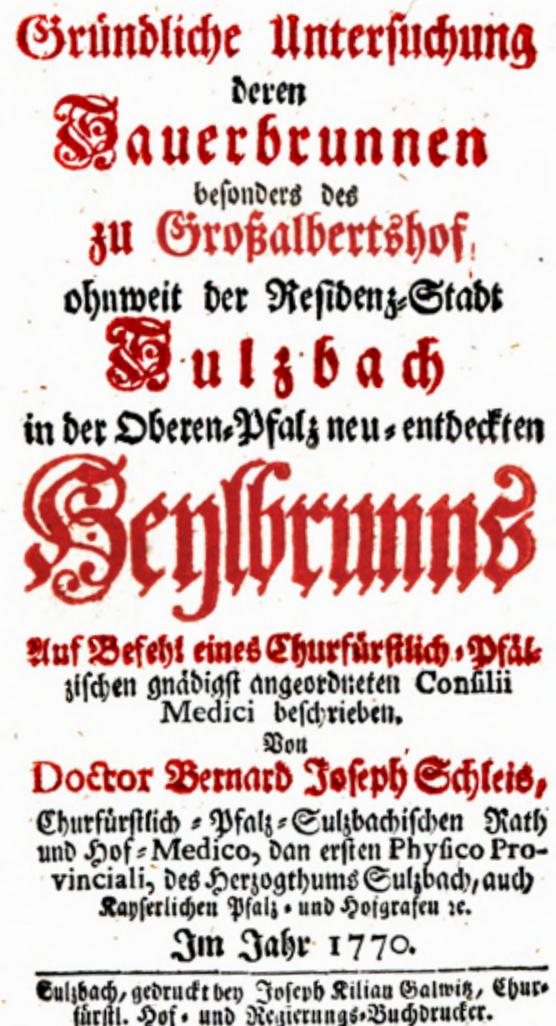
Während es an öffentlichen Badeanstalten mangle, sei die Wasserversorgung sehr gut. Unweit von Sulzbach gebe es sogar einen Gesundheitsbrunnen, den einst Herzog Theodor entdeckt habe und der später in Vergessenheit geraten sei, bis sein Vater Bernhard diese Heilquelle wieder gefunden, untersucht und instandgesetzt habe.³⁰ Mehreren Kranken habe das eisenhaltige Schwefelwasser gut geholfen. Er habe es selbst 1797 untersucht und hoffe, dass es durch seine Wirkungen und großen Nutzen zu seinem alten Ruhm komme.

Das Medizinalpersonal des Physikatbezirkes Sulzbach wird im vorletzten Kapitel vorgestellt. Neben ihm gibt es einen Oberwundarzt, der auch als Hebammenlehrer und Operateur fungiert. Bei den nachgeordneten Wundärzten wird zwischen fünf der ersten Klasse, die zugleich fast alle auch Geburtshelfer seien, und sieben der zweiten Klasse unterschieden. Dies ist auch bei den Hebammen der Fall mit fünf der ersten und 14 der zweiten Klasse. Für die Wundärzte, von denen es genügend Bessere, aber zu viele Minderfähige gebe, habe er ein chirurgisches Leseinstitut errichtet, in dem notwendige und nützliche chirurgische Werke und Journale studiert werden könnten. Sie würden durch eine jährliche Einlagesumme und freiwillige Beiträge finanziert. Außerdem würden angehende Wundärzte täglich zwei Stunden u.a. in Anatomie, Physiologie, Heilmittellehre, Operationen, Körperzergliederungen und „Belebung Scheintoter“ unterrichtet mit einer Prüfung nach jedem Kurs.

Er verweist ferner auf das seit 1782 bestehende Hebammeninstitut, das durch eine Abgabe von Neuverehelichten

29 Ein Krankenhaus wurde in Sulzbach erst 50 Jahre später gebaut und 1856 eröffnet, siehe Konrad Zrenner: Der Physikatsbericht des Arztes Dr. Franz Joseph Bauer für das Landgericht Sulzbach, in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 155 (2015), S. 201-246.

30 Bernhard Joseph Schleiss von Löwenfeld: Gründliche Untersuchung deren Sauerbrunnen besonders des zu Großalbertshof ohnweit der Residenz-Stadt Sulzbach in der Oberen Pfalz neu- entdeckten Heylbrunnns, Sulzbach 1770, vgl. <http://bavarica.digitale-sammlungen.de/resolve/display/bsb10378208.html> [Stand: 21.09.2017]



Werk des Vaters: Gründliche Untersuchung deren Sauerbrunnen, besonders des zu Großalbertshof
Quelle: Bayerische Staatsbibliothek München, Bavar. 2375, Titelblatt, urn=urn:nbn:de:bvb:12-bsb10378208-

entstanden sei, und die Landgerichtsbezirkapotheke. Mit medizinischen „Pfuschern“ habe man dank strenger Überwachung keine größeren Probleme, wobei er sich aber wünsche, dass in den Zeitungen keine einschlägigen Hinweise z.B. auf Wunderkuren erscheinen dürften. Das Volk solle bereits in den Schulen gesundheitlich belehrt werden, um der medizinischen Pfuscherei Einhalt zu gebieten.

Gedanken und Vorschläge zur Verbesserung des Gesundheitswesens

Abschließend benennt Schleis von Löwenfeld nachteilige Faktoren für das allgemeine Gesundheitswohl und unterbreitet zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung. So sei die Wohnungssituation oft gesundheitsschädlich,

die „Abdeckerei“, also die Tierkadaverbeseitigung, sollte abgeschafft werden, giftige Pflanzen sollten vermindert oder ausgerottet werden. Die Errichtung neuer Brunnen auf dem Land sei ein dringendes Bedürfnis, schädlich und nachteilig sei es, dass jedem Bürger das Bierbrauen erlaubt sei. Er spricht auch die schlechten, manchmal sogar lebensgefährlichen Wege an und hält eine strengere polizeiliche Kontrolle von Tanzveranstaltungen für notwendig.

Ehen sollten nicht zwischen Personen mit zu großem Altersunterschied und ohne Vorlage eines ärztlichen Attestes geschlossen werden können. Schulgebäude seien noch nicht in dem Zustand, wie sie gemäß der Schülerzahl und den Gesetzen der Gesundheitspflege sein sollten. Er wendet sich gegen körperliche Züchtigungen bei der Erziehung und berichtet über daraus resultierende Verletzungen von Kindern. Weiter fordert er zum Bau von Leichenhäusern auf, gegen die es Widerstände gebe. Wenn das Armen-, Seel- und Siechenhaus in ein Gebäude vereint würden, könnte ein allgemeines Krankenhaus entstehen. Den Wundärzten solle die Behandlung von Tierkrankheiten übertragen werden, da sie geeigneter und fähiger wären als „Scharlatane und Pfuscher“ wie Schmiede, Schäfer und Hirten. Generell solle die Arbeit von Wundärzten und Hebammen besser gewürdigt und bezahlt werden.

Von der Sulzbacher Topographie wurden 102 Exemplare gedruckt, die an 23 andere Amtsärzte in Bayern, einige Wundärzte in Sulzbach und umliegenden Ortschaften, drei Pfarrer, einen Apotheker sowie an Verwaltungs- und Justizstellen gingen. Zehn Exemplare erhielt der Vertriebs Oberpfälzer Wochenblattes, 18 die Universitätsbuchhandlung in Landshut. Jan Brügelmann, der sich im Rahmen einer Dissertation eingehend mit medizinischen Topographien zwischen 1779 und 1850 befasst und diese Auswertung vorgenommen hat, führt die vergleichsweise verstärkt überregionale Distribution dieser Arbeit auf die Bekanntheit des Autors zurück.³¹ Dieser habe womöglich auch von den guten Beziehungen des Vaters profitiert.

Die „Medizinische Topographie vom Landgericht Sulzbach“ ist dem Medizinhistoriker Wolfgang Locher zufolge in Fachkreisen mit viel Lob bedacht worden, auch der König habe sich in einem Handschreiben für das „angenehme Geschenk“ bedankt und der Überzeugung Ausdruck gegeben, „das von dem Physikus Schleis übersandte Werk wird jedem Vaterlandsfreund willkommen seyn“.³² Die Königliche Landesdirektion der Oberpfalz bestä-

tigte den Erhalt eines Exemplars und „bezeugt hiermit dem Verfasser das allerhöchste Wohlgefallen über seinen Fleiß und das gemeinnützige Resultat seiner gesammelten Erfahrungen und Beobachtungen um so mehr, da der Verfasser der erste ist, welcher diesen Gegenstand der Physikatsinstruktion bearbeitet hat.“³³

Dass aber noch nicht alle zeitgenössischen Institutionen und Zeitgenossen schon die Modernität des Schleis'schen Werkes erkannten, zeigt, dass eine im Jahr der Herausgabe erschienene Buchbesprechung in der Neuen Leipziger Literaturzeitung nicht uneingeschränkt positiv ausfiel: Soviel statistisches und naturhistorisches Detail in einem Bändchen über einen kleinen Ort sei höchstens für Geographen, Statistiker und Naturforscher wichtig, nicht aber für den Arzt, der davon keinen Nutzen habe. Damit solle sich eine Medizinische Topographie nicht beschäftigen. Abschließend wird dem Verfasser aber für eine Menge Belehrungen und für eine sehr angenehme Unterhaltung gedankt und der Wunsch geäußert, er möge viele Nachfolger finden. Einige Abschnitte in seinem Werk gehörten zu dem Besten, was die Literatur in diesem Fach besitze.³⁴

Als Landgerichtsarzt in Amberg

Am 6. Oktober 1809 wurde Schleis von Löwenfeld zum Landgerichtsarzt in Amberg ernannt, damals die rund 9.000 Einwohner zählende Hauptstadt des 1808 neu gebildeten Naabkreises. Er hatte sich hier mit Fleckfieber-Epidemien zu befassen, die während der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen französischen und österreichischen Truppen auftraten. Überliefert ist seine aufopferungsvolle Behandlung von Typhuskranken 1814, als 40.000 russische Soldaten durch Amberg gezogen seien.³⁵ Sie gehörten zu den alliierten Armeen, die nach der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 den geschlagenen Napoleon bis nach Paris verfolgten und schließlich mit dem Sieg in der Schlacht von Waterloo am 18. Juni 1815 seine Herrschaft über Europa beendeten.

Privat war dieses Jahr ebenfalls von wesentlichen Veränderungen geprägt: Kurz nach der Geburt des zweiten Sohnes Karl verstarb seine Frau Eusebia. Noch im gleichen Jahr heiratete er - sicherlich auch im Hinblick auf die

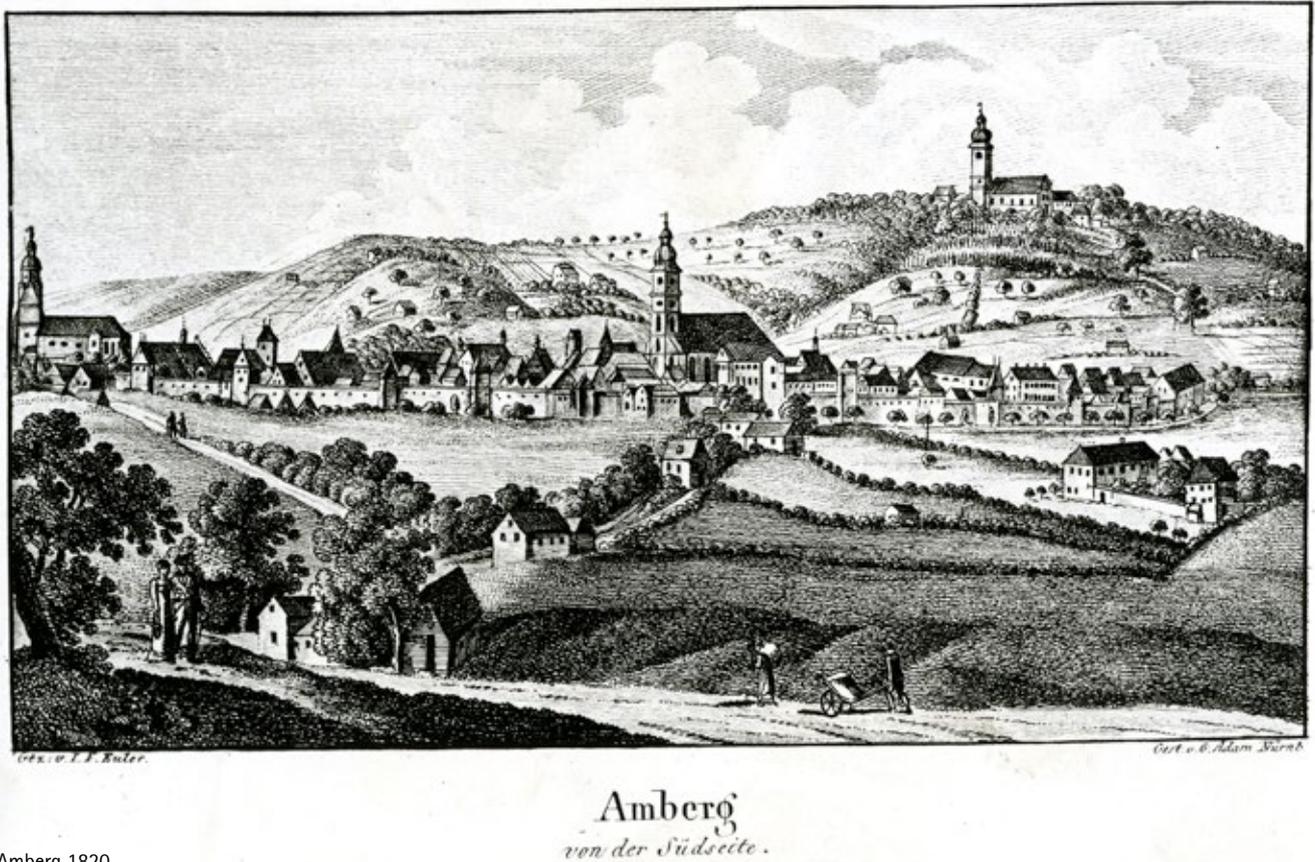
33 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München Ordensakte 12841, Gesuch Christoph Schleis von Löwenfelds um Verleihung des Bayerischen Zivilverdienstordens, dat. 25.3.1816. Darin zitiert Dankschreiben der Königlichen Landesdirektion der Oberpfalz, dat. Amberg, 11.02.1806.

34 Neue Leipziger Literaturzeitung 4. Band, Oktober-Dezember 1806, Buchbesprechung „Medicinische Topographie“, S. 2441-2445.

35 Dollacker (wie Anm. 17), S. 57.

31 Brügelmann (wie Anm. 26), S.53-57.

32 Zit. n. Locher (wie Anm. 3), S. 22.



Amberg 1820
Quelle: Stadtarchiv Amberg, StadtAAM Fotobestand 110-020-020

Versorgung seiner kleinen Kinder - Franziska von Hötendorf, wobei diese Ehe kinderlos blieb Über seine spätere berufliche Tätigkeit ist bisher wenig bekannt, z.B. dass er ein ausgezeichnet guter Verfasser von gerichtsärztlichen Gutachten gewesen sei.³⁶

Für das Oberpfälzer Statistische Wochenblatt lieferte Schleis von Löwenfeld medizinische Beiträge und übernahm von seinem Bruder Max ab 1817 die Herausgabe der Zeitung, die seit 1815 den Titel „Amberger Wochenblatt“ führte. Sein Name als Herausgeber erschien allerdings erst ab 1837 nach dem Tod des Bruders.³⁷

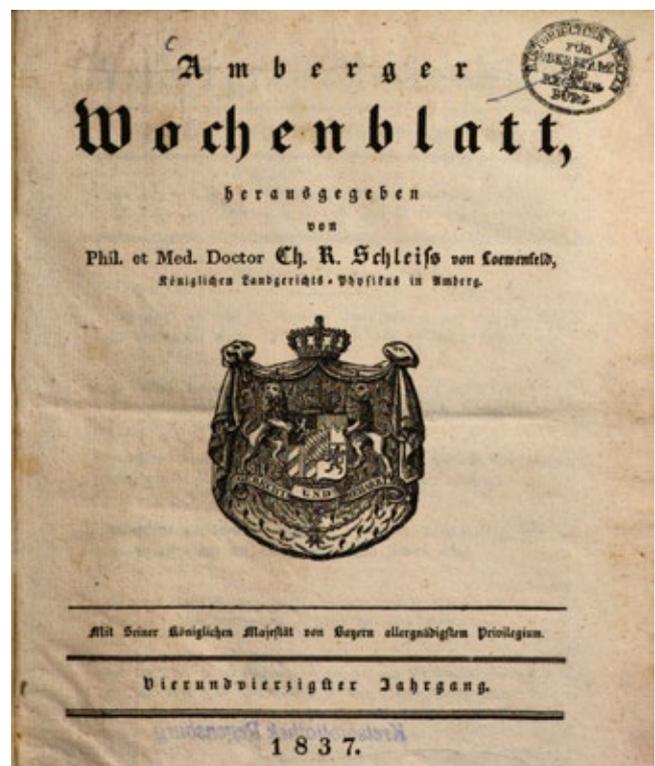
Sieben Jahre zuvor hatte er eine „Medizinische Topographie vom Stadt- und Landgerichtsbezirk Amberg“ angekündigt, sofern „eine hinlängliche Anzahl von Subscribenten vorhanden sei“.³⁸ Offenbar fand er jedoch nicht genügend Abonnenten, die die Finanzierung einer Medizinischen Ortsbeschreibung von Amberg ermöglicht hätten, da es später keine Hinweise auf eine derartige Druckschrift gibt.

.....

36 Hirsch (wie Anm. 3), S. 84.

37 Haffner (wie Anm. 3), S.108.

38 Amberger Wochenblatt 1830, Nr. 46, S. 699.



Quelle: Staatliche Bibliothek Regensburg, 999/Bav.2880(1837, Titelblatt, urn:nbn:de:bvb:12-bsb11166134-0

Ein von ihm angestrebter Verdienstorden blieb ihm zwar verwehrt,³⁹ doch erhielt Schleis von Löwenfeld am Ende seines Berufslebens noch Anerkennungen. Zur Feier seines fünfzigjährigen Doktorjubiläums wurde er Ehrenmitglied des Ärztlichen Vereins in München, am 23. Oktober 1845 erfolgte die Ernennung zum „Königlichen Rat“.

Am 19. Oktober 1848 wurde Christoph Raphael Schleis von Löwenfeld in den Ruhestand versetzt, er starb am 11. März 1852 in Amberg. Seine beiden Söhne wurden ebenfalls Ärzte.⁴⁰ Der ältere, noch in Sulzbach geborene Max Joseph (1809-1897) besuchte in Amberg die Schule und absolvierte anschließend das Medizinstudium in München, wo er auch als chirurgischer Assistenzarzt und später als praktischer Arzt und Armenarzt arbeitete. 1840 wurde er zum königlichen Hofstabschirurgen ernannt und 1851 sogar zum Leibchirurgen des bayerischen Königs Maximilian II. bestellt. Diese ehrenvolle Aufgabe nahm er auch für König Ludwig II. wahr, was dazu führte, dass sein Bekanntheitsgrad den des Vaters bis heute weit übertrifft.

Der jüngere Sohn Karl (1814-1870) wurde praktischer Arzt in Amberg und nach dem Tod des Vaters zunächst „Physikatsverweser“ und später Bezirksgerichtsarzt. Er führte das Amberger Wochenblatt, das seine Bedeutung über Jahre immer mehr verloren hatte, noch bis 1856 fort, spätestens ab Herausgabe der ersten lokalen Tageszeitung 1851 spielte die Zeitung aber keine Rolle mehr und wurde schließlich mit dem Amberger Tagblatt zusammengeführt.⁴¹

Ein Pionier der Öffentlichen Gesundheit

Mit seinen Veröffentlichungen hat Schleis von Löwenfeld sehr früh nach dem Vorbild von Johann Peter Frank, dem führenden medizinischen Repräsentanten des aufgeklärten Absolutismus,⁴² eine Haltung gezeigt, die über eine individuell ausgerichtete, kurative Medizin hinausging und in historischer Perspektive den Zusammenhang zwischen Lebensbedingungen und Krankheitsgeschehen herstellte. Als Pionier der Öffentlichen Gesundheit und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wollte er durch eine kritische Analyse der Verhältnisse für deren Verbesserung sorgen, insbesondere der medizinischen Versorgung, die Gesundheit der Bevölkerung durch Bildung fördern und Krankheitsrisiken vermindern. Dies spiegelt

den Erziehungsoptimismus und die Fortschrittsgläubigkeit des Zeitalters der Aufklärung wider.⁴³ Seine Berichte sind als Appelle an die Verantwortung des Staates und der Kommunen zu verstehen, gesunde Lebensverhältnisse zu schaffen und ihre Bürger vor Gefahren zu bewahren.⁴⁴ Die medizinischen Ortsbeschreibungen zeigen aber auch, welche Widerstände und Beharrungskräfte dabei zu überwinden waren, wobei nicht nur die Obrigkeit seinen Vorschlägen und Empfehlungen oft skeptisch bis ablehnend gegenüber stand. Auch die ländliche Bevölkerung verließ sich im Krankheitsfall in erster Linie auf Hausmittel oder „irreguläre“ Therapeuten und misstraute akademisch gebildeten Ärzten. Schleis von Löwenfeld beklagte immer wieder fehlende Anerkennung und nicht zuletzt die als nicht ausreichend empfundene Besoldung als Medizinalbeamter, wie sich einem Beitrag im Amberger Wochenblatt 1830 entnehmen lässt: Trotz einer Vielzahl von Aufgaben beziehe er ein spärliches Jahresgehalt von 600 Gulden, was der Hälfte der Jahresbesoldung anderer Staatsbeamten wie Juristen entsprach, er werde „vom Staate so renumeriert, daß er den größten Theil seiner Bedürfnisse, besonders wenn er Familie hat, durch Privatpraxis erwerben muß“.⁴⁵ Dabei stehe er jedoch in Konkurrenz zu Landärzten und praktischen Ärzten, was zu geringen Einnahmen führe.

Die medizinischen Topographien liefern als zeitgeschichtliche Dokumente nicht nur interessante Einblicke in die Lebensumstände um 1800, sondern weisen auch auf die Anfänge der Umwelthygiene und Sozialmedizin hin. „Armut und Gesundheit“ war schon vor mehr als 200 Jahren ein Thema, gerade auch im ländlichen Bereich. Vieles liest sich erstaunlich modern, wie die Ausführungen zur Säuglingssterblichkeit oder die Beschreibung der Lebensmittelkandale der damaligen Zeit. Die akribische Zusammenstellung von Statistiken einschließlich der Auswertung der Berufskrankheiten beeindrucken auch heutige Leserinnen und Leser noch. Bei den Krankheitsbeschreibungen ist natürlich zu berücksichtigen, dass sie dem Wissensstand in der vorbakteriologischen Zeit entsprechen, also lange vor den Entdeckungen von Erregern durch Robert Koch und andere Forscher. Umso bemerkenswerter ist zudem Schleis von Löwenfelds großes Engagement für die Pockenimpfung und für das Oberpfälzer Pressewesen.

39 Locher (wie Anm. 3), S.17.

40 Zur Familiengeschichte siehe insbesondere Locher (wie Anm.2).

41 Haffner (wie Anm. 3), S.113.

42 Haag (wie Anm. 6), S.152.

43 Martin Exner: Johann Peter Frank - Visionär und Initiator der modernen Hygiene und Öffentlichen Gesundheit. Umweltmed - Hygiene- Arbeitsmed 18 (3)/2013, S.165-174.

44 Locher (wie Anm. 3), S. 23.

45 Amberger Wochenblatt 1830, Nr. 34, S. 524 ff.

Der Landgerichtsarzt war seiner Zeit weit voraus. Der Aufforderung der bayerischen Regierung zur Vorlage einer Medizinischen Topographie kamen nur wenige Kollegen nach. Erst 50 Jahre später, 1858, in der Regierungszeit König Max' II., führte eine Ministerialentschließung zu einer Vielzahl von Physikatsberichten, die heute eine wichtige ethnographische Quelle darstellen.⁴⁶ Wolfgang Zorn hatte 1982 ihren Stellenwert erkannt und ins Bewusstsein der Forschung gerückt.⁴⁷ Seither sind zahlreiche kommentierte Editionen erschienen,⁴⁸ so auch 2015 eine von Konrad Zrenner zum Physikatsbericht des Arztes Dr. Franz Joseph Bauer für das Landgericht Sulzbach aus dem Jahr 1860.⁴⁹ Wiederholt wird dort Bezug genommen auf Schleis von Löwenfelds Topographie, die als Vorlage und Vorbild diente.

Die Beschäftigung mit der Biographie Christoph Raphael Schleis von Löwenfelds⁵ eröffnet den Blick auf die Anfänge des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Bayern: Zu Beginn des 19. Jahrhunderts beauftragte der leitende Minister des Kurfürsten Max IV. Joseph, Maximilian Joseph von Montgelas, den Münchner Arzt und später zum Obermedizinalrat ernannten Simon von Häberl (1772-1831) mit dem Aufbau eines neuen Medizinalwesens.⁵⁰ Besondere Bedeutung kam dabei der Institutionalisierung von Landgerichtsärzten als Staatsbeamten im Jahr 1803, also noch im Kurfürstentum Bayern, zu. Mit den Stadtgerichtsärzten wurde 1806 eine ähnliche Einrichtung für die größeren Städte geschaffen. Die Medizinalverwaltung wurde wie die gesamte Verwaltung in drei bis heute fortbestehende Instanzen gegliedert: Zentral-, Mittel- und Unterbehörden (Innenministerium, Kreise- heute Regierungsbezirke- und Landgerichte- heute Landkreise). Weitere wichtige Reformen betrafen die Ausbildung der Ärzte und anderer Heilberufe, das Behandlungsverbot für Laien, also für nicht medizinisch geschulte und ausgebildete Personen, und die Einführung der gesetzlichen Pockenschutzimpfung im Jahr 1807. Das „Organische Edict über das Medicinal-

wesen im Königreiche Baiern“ fasste schließlich 1808 als umfassendes Regelwerk für das gesamte Gesundheitswesen im neuen Königreich alle Reformen zusammen. Einen wichtigen Schwerpunkt bildete der Aufbau einer Gesundheitsfachverwaltung als Teil eines effizienten und effektiven bayerischen Staatsdienstes.⁵¹ Auch in Blick auf das Gesundheitswesen wird mithin deutlich, wie einschneidend die Montgelas'schen Reformen für die Entstehung des modernen Bayern waren. ▲



Das Grabmal von Dr. med. Simon Ritter von Häberl (1772-1831), erster Direktor des Krankenhauses links der Isar auf dem Alten Südfriedhof in München

Foto : sz-photo/Sarah Peters/imageBROKER

.....
46 Die Erstattung von Jahres-Berichten der Physikate betreffend/ Die Herstellung medicinischer Topographien und Ethnographien betreffend, in: Aerztliches Intelligenz Blatt 5, 1858, S. 209-213, Abdruck in: Gesund Leben in Bayern 1808-2008 (wie Anm. 18), S. 122.

47 Wolfgang Zorn: Medizinische Volkskunde als sozialgeschichtliche Quelle. Die bayerischen Bezirksärztebeschreibungen von 1860/ 61, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 69 (1982), S. 219-231.

48 Siehe Kuhn (wie Anm. 2), Wormer (wie Anm. 14) sowie Reder: Die bayerischen Physikatsberichte 1858-1861, Würzburg 1995.

49 Zrenner (wie Anm. 29), S. 213.

50 August Hirsch: Haebel, Simon von. In: Allgemeine Deutsche Biographie 10 (1879), S. 269, vgl. <https://www.deutsche-biographie.de/gnd116358335.html#adbcontent> [Stand: 21.09.2017].

.....
51 Wormer (wie Anm. 14), S. 132.

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz
Praterinsel 2
80538 München

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Uta Löhner

Titelfoto: ullstein bild/Photo 12: Das anatomische Theater an der Universität Leiden,
Stich aus dem Jahr 1612, Bibliotheque Nationale de France

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Praterinsel 2, 80538 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmbw.bayern.de
www.blz.bayern.de